DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

116 11. JAHRGANG Mai '94 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

DEBATTE

Die Alternativen-Versammlung am Sommerseminar des TAK AÖ ist zwar schon eine Weile her, trotzdem schlägt sie bzw. die Berichterstattung in CONTRASTE einige Wellen noch bis heute. Lauter Männer, die sogenannte Beiträge vorstellten, und lauter Männer, die mit ihrer Abbildung die CONTRASTE-Seiten zierten: So nicht, meint Marlis Cavallaro und klagt in ihrem Beitrag allgemein eine andere politische Kultur ein. Seite 2.

DIE TAZ

Nein: das vom Bundesgerichtshof ausgerufene »Recht auf Rauschhaben taz-RedakteurInnen nicht gleich mit der Absetzung ihres Chefredakteurs in die Tat umgesetzt. Trotzdem bleibt uns taz-LeserInnen unklar, was denn nun die »moral majority« zu ihrem doch drakonischen Handeln bewegt hat. Ein offener Brief an die taz zum Umgang mit Konflikten aus Sicht einiger SelbstverwalterInnen auf Seite 3.

FREIE RADIOS

Vernetzung ist nicht nur bei regionalen Betrieben und Initiativen ein Thema (unser Schwerpunkt), sondern auch in immer mehr Branchen, so z.B. seit kurzem bei freien Radios, die sich zu einem Bundesverband zusammengeschlossen haben. An einer Tagung mit mehr als 100 interessierten TeilnehmerInnen trafen sich ehemalige und jetzige RadiopiratInnen mit SendungsmacherInnen in offenen Kanälen. Nicht um Einschaltquoten sondern um Partizipations-und Beteiligungsmodelle drehte sich die Diskussion. Was sich tut im Äther auf Seite 4.

NICARAGUA

Selbstverwaltung in ihrer neuen Form der arbeiterInneneigenen Betriebe ist schon seit einiger Zeit regelmäßig Thema an dieser Stelle. Diesmal fassen wir auf Grund einer Umfrage vor Ort Einschätzungen und Meinungen der Betroffenen zum Privatisierungsprozeß zusammen. auf Seite 5.

BETRIEBE

»Wege aus der Krise – hin zum Regenbogen« setzte sich der Verband der selbstverwalteten Betriebe Hessen als Überschrift zur Auftaktveranstaltung seiner Seminarreihe. Neben einem kurzen Bericht gehen wir vertieft auf eines der diskutierten Themen ein: Demokratische Entscheidungsstrukturen haben sich wohl in jedem Betrieb im Verlauf der Zeit unterschiedliche herausgebildet. Für das Frankfurter Planungsbüro AUEN ist die jährlich wechselnde Geschäftsführung wichtiges Element für ihre demokratische Betriebskultur. Seite 10

GRUNDSICHERUNG

Dauernde Massenarbeitslosigkeit, Streichung von ABM-Stellen und zunehmende Armut: Und die Antwort soll Grundsicherung lauten? – Im Zusammenhang mit dem CONTRASTE-Schwerpunkt »Sozialpolitik« (Februar) forderte unser Autor, die soziale Grundsicherung zu einer Sache der Betroffenen zu machen. In einem längeren Debattenbeitrag gibt Markus S. Wetter eine Überblick über die verschiedenen öffentlich diskutierten Modelle auf Seite 11 und 12.

GENOSSENSCHAFTEN

Mobil muß gar nicht eigenes Automobil bedeuten, sagen seit zwei Jahren überzeugte AutoteilerInnen in Deutschland, die sich in CarSharing-Organisationen zusammengefunden haben. Zeit, eine Zwischenbilanz über Ansprüche an den Betrieb und Erwartungen an die Selbstorganisation zu ziehen auf Seite 13.

GEGENSEITIGE HILFE IN BRANCHENÜBERGREIFENDEN ZUSAMMENHÄNGEN

»Allein machen sie dich ein«

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Elisabeth Voß, Red. selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● »Allein machen sie dich ein« – das gilt nicht nur für vereinzelte Einzelne, sondern zunehmend auch für selbstverwaltete Betriebe und Projekte. Professionalisierungsdruck und Konkurrenz (gerade auch auf dem Öko-Markt), verbunden mit politischer Perspektivlosigkeit, nagen an den einstigen Idealen. Als Überlebenshilfe sind Branchenverbände und branchenübergreifende Zusammenschlüsse entstanden. Diese verfolgen in erster Linie pragmatische Zielsetzungen (Bereitstellung von Brancheninformationen, Finanzierungshilfen, Altersversorgung, etc.). Zur langfristigen politischen Absicherung selbstverwalteter Praxis gibt es Bestrebungen der Verbände zum Aufbau einer Selbstverwaltungs-Lobby nicht nur hierzulande, sondern europaweit.

Jenseits dieser Aktivitäten, die sich aufgrund der existentiellen Notwendigkeiten weitgehend an herrschenden Politikmustern orientieren, haben sich regionale Vernetzungen von unten entwickelt, die mit basisdemokratisch-anarchistischem Anspruch versuchen, in überschaubaren Regionen ein gemeinsames Leben und Arbeiten zu organisieren. Grundlage der Zusammenarbeit ist dabei nicht nur die gegenseitige ökonomische Hilfe, sondern auch die Schaffung sozialer Lebensräume für die Beteiligten als konkrete, alltäglich erfahrbare Sinngebung.

Wir stellen in diesem Schwerpunkt verschiedene Modelle solch regionaler, branchenübergreifender Vernetzungen dar: den RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) im Berliner Bezirk Kreuzberg als politischen und praxisorientierten Zusammenschluß von Kollektivbetrieben, und die kleinstädtischen Assoziationen von Wohn- und Arbeitsprojekten WESPE (Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen) im rheinland-pfälzischen Neustadt an der Weinstraße und VAKgroep (Vereinigte Arbeitskollektive) im niederländischen Utrecht.

Diese Gruppen haben erste Kontakte miteinander geknüpft und streben einen weiteren Erfahrungsaustausch an. Da wir uns nicht nur als BerichterstatterInnen, sondern auch als aktiv Vernetzende verstehen, sind wir sehr daran interessiert, von vergleichbaren Zusammenschlüssen zu erfahren, um Kontakte untereinander und zu den hier dargestellten Gruppen zu vermitteln. ●

Unser Schwerpunkt-Thema auf den Seiten 7 bis 9

P 8008 E

ADRESSVERZEICHNISSE IM WANDEL DER GESCHICHTE

Wegweiser durch den Szene-Dschungel

Heute gehören allgemeine Informationen wie Adresse und Telefon-Nummer über Betriebe und Projekte zur notwendigen Infrastruktur. Doch das war nicht immer so: Ein umfangreicher Blick auf Bedeutung und laufende Veränderungen von verschiedenartigen Adressverzeichnissen in Deutschland.

Waldemar Schindowski ● Wie vieles, kann auch die Geburtsstunde alternativer Adressverzeichnisse mit dem Jahr 1968 angesetzt werden. In der Umkehrung des berühmten Mao Tse-tung Satzes »von den Dörfern aus die Städte erobern«, ging die Entwicklung der Protestbewegung von den westeuropäischen Metropolen (Paris, Rom, Berlin etc.) aus – hinein in die Provinz. Die in den folgenden Jahren entstandene Struktur von Verlagen, Zeitschriften, Buchläden, ersten Ansätzen von Jugendzentren, republikanischen Clubs, Frauengruppen, Oberschüler- und Lehrlingsgruppen war in ihrer Unübersichtlichkeit Ergebnis dieses gewollten Prinzips der Selbstorganisation.

Die Struktur der Bundesrepublik hat im positiven Sinne ein einziges ökonomisches und intellektuelles Zentrum nicht zugelassen. Dieses föderalistische Prinzip ist für die Entwicklungsgeschichte sozialer Bewegungen in Deutschland enorm wichtig. In den verschiedenen Regionen, Bundesländern, Landstrichen haben sich unzählige Zusammenhänge gebildet. Am deutlichsten läßt sich dieser Prozeß Mitte der siebziger Jahre mit dem Entstehen der Ökologiebewegung benennen. Nicht die Großstädte waren Träger des Widerstands gegen Großprojekte (siehe Wyhl, Gorleben, Kalkar, Wakkersdorf), sondern auf dem flachen Land entstand ein Widerstandspotential, wo die städtischen Linken sich höchstens einfügen konnten.

Dabei entstand natürlich das Problem der »Vernetzung«. Obwohl dieser Begriff erst Anfang der siebziger Jahre in Deutschland benutzt wurde (er kam aus den USA), war jedoch schon mit der Entstehung der Studentenbewegung die Notwendigkeit einer praktischen Vernetzung klar. Rolf Schwendter, Herausgeber des ersten und einzigen »apo adressbuch '69/70« beschreibt im Vorwort die Beweggründe und Entstehungsgeschichte dieses Verzeichnisses, welches bewußt oder unbewußt Vorbild für alle nachfolgenden Versuche war, die sozialen Bewegungen mittels eines Adressverzeichnisses zu erfassen und der Öffentlichkeit transparent zu machen. »Am Ende meiner 'Theorie der Subkultur' hatte ich 67 Fragen formuliert; die Fragen 63 und 64 hatten gelautet: 'Auf welcher konkreten Basis kann eine Mehrzahl von Gruppen der progressiven Subkulturen zusammenarbeiten?' bzw. 'Auf welcher konkreten Basis kann eine Mehrzahl von nationalen oder auch insbesonders internationalen progressiven Subkulturen zusammenarbeiten?' Es muß zugegeben werden, daß die Neigung der Projektgruppe Subkultur nicht allzu groß war, an der Beantwortung dieser Frage zu arbeiten.«

Erste zaghafte Versuche, etwa im damaligen Zentralorgan der Studentenbewegung , dem »Kursbuch«, waren den Herausgebern zu unbefriedigend: »Ein Adressbuch müßte ganz anders aussehen: lokal weit gestreut, Vielzahl von Gruppen verschiedenster Prägung, Interessen und Fraktionen enthaltend,« und auch aus Sicht der neunziger Jahre mit einfachster Technik versehen »auf Adrema-Karteien übertragbar«. Damit wurden zum erstenmal Kriterien aufgestellt für die Herausgabe eines Adressverzeichnisses aus dem Umfeld der sozialen Bewegungen, welche sich im Grunde seit 25 Jahren kaum verändert haben. Alle nachfolgende Publikationen haben den Anspruch, die verschiedensten Gruppen vorzustellen und keine inhaltliche Zensur vorzunehmen, indem bewußt keine Adressen von anderen »Fraktionen« unterdrückt werden.

Fortsetzung auf Seite 6

INTERN:

Die linke Spalte

Anmerkungen zum nebenstehenden Beitrag von Marlis Cavallaro

Liebe Marlis,

zu Deiner Kritik an unserer Darstellung des TAK AÖ-Sommerseminars '93 sind mir einige Ergänzungen wichtig. Deine Argumentation finde ich grundsätzlich richtig, soweit Du allgemein über den Umgang mit eher »weiblichen« Aspekten solcher Tagungen schreibst. Daß auch in der Szene – bei aller rationalen Kritik an solcherlei Vorgehen – letztlich doch nur Ergebnisse zählen, Vorzeigbares, ohne Rücksicht auf die Befindlichkeiten der Beteiligten, ist ein Problem, das weder spezifisch für den TAK AÖ noch für CONTRASTE ist, sondern allgemein verbreitet. Das halte ich für wichtig zu thematisieren.

Daß Du jedoch uns als Redaktion jetzt die Schuld dafür zuschiebst, kann ich so nicht stehenlassen. Im Gegensatz zu Dir ging es mir gerade bei der Dokumentation der Alternativenversammlung so, daß ich die Bilder total gut fand, eben weil sie Realität abgebildet haben. Es war nun mal so, daß alle 6 Vernetzungsprojekte von Männern dargestellt wurden, und ich finde, das gehört dann auch so dokumentiert – das ist nicht gleichbedeutend mit irgendeiner Art von Zustimmung, sondern im Gegenteil praktische Kritik. Daß diese Projekte unter Mithilfe von Frauen konzipiert wurden, ist eine Vermutung, zu der nur die Beteiligten etwas sagen können. Selbst wenn es so wäre, ist es die Verantwortung der jeweiligen Gruppen, das dann auch entsprechend darzustellen. Wenn aber auf einer solchen Zusammenkunft ausschließlich Männer als Projektvertreter auftreten, spricht das für sich, und jede Beschönigung in der Dokumentation wäre für mich eine frauenverachtende Lüge, so von wegen: damit's nicht so auffällt, zeigen wir noch ein paar Frauen.

CONTRASTE kann nichts dafür, welche Projekte sich auf der Alternativenversammlung dargestellt haben. Die Entscheidung, diese Versammlung schwerpunktmäßig zu dokumentieren, rechtfertigt sich aus der ganzen Jubiläumsveranstaltung, die auf die erstmalige Durchführung einer (simulierten) Alternativenversammlung hinauslief. Eine Kritik hätte dorthin gehört, statt stellvertretend auf die BerichterstatterInnen einzuschlagen. Was ich jetzt aus Deinem Beitrag als Kritik herauslese, hätte ein konstruktiver Artikel über das Sommerseminar werden können.

Allerdings bekomme ich Bauchschmerzen an dem Punkt, wo Du forderst, den Beitrag von Frauen zum Gelingen des TAK AÖ-Seminars zu würdigen, und es vor allem hinausläuft auf das, was Frauen sowieso traditionell zugeschoben wird: verantwortlich zu sein für die Stimmung, das Zwischenmenschliche, das Nicht-Rationale. So wichtig ich all dies »typisch Weibliche« finde, läuft es mir doch total quer, daß das nun auch in unserer Szene wieder Frauensache (und als solche extra gewürdigt) sein soll. Weil – verdammt nochmal – die Männer genauso viel Verantwortung tragen für all dies (dazu gäbe es mit Blick auf das Sommerseminar auch etliche Beispiele – positiv wie negativ), und weil ich als Frau nicht bereit bin, mich reduzieren zu lassen auf meine »weiblichen« Eigenschaften – auch nicht, wenn ich dafür öffentlich gelobt würde. Ich bin im Besitz von Kopf und Bauch, und wenn ich mit anderen ein Projekt mache, dann will ich auch meine Gedanken einbringen und öffentlich darstellen, und das nicht den Männern überlassen. Aber in den Vernetzungsprojekten der Alternativenversammlung werden diesen Kampf die beteiligten Frauen – sofern vorhanden – selbst ausfechten müssen.

Der von Dir angeführte Bertold Brecht scheint mir in diesem Zusammenhang verführerisch mißbraucht. Wo er sich auf real existierende HERRschaftsverhältnisse bezieht, treten wir ja gemeinhin auf mit dem Anspruch, diese in »unseren« Reihen überwunden zu haben. Dies bedarf jedoch einer praktisch sichtbaren Widerlegung, nicht einer kosmetischdarstellerischen. Die Kritik gehört dorthin, wo selbstverwaltete Zusammenhänge noch immer nach hergebrachten Politikmustern funktionieren, wo die Frage nach dem Geschlechterverhältnis – aus Opportunitätsgründen oder aus Bequemlichkeit – immer noch als Nebenwiderspruch gehandelt wird. Da irgendetwas zu beschönigen, würde Frauen einen Bärendienst erweisen, sie hätten nur wieder ihr Kuscheleckchen, ohne unterm Strich wirklich Einfluß zu nehmen.

Ich finde es ziemlich gut, daß Du dieses Thema so angesprochen hast – wenn auch aus meiner Sicht in diesem Fall mit einer nicht zutreffenden Zielrichtung – und hoffe, daß diese Diskussion weitergeht, z.B. in der Vorbereitung der nächsten Alternativenversammlung.

Auf weiterhin gute Zusammenarbeit und mit solidarischen Grüßen

Elisabeth

PS: Daß Dein Beitrag nicht in der ursprünglichen Länge veröffentlicht wurde, habe ich mit zu vertreten. Wir sind dabei, eine Neukonzeption der CONTRASTE zu entwickeln, zu der auch eine Straffung aller Artikel gehört. Als Maximum für Lesbarkeit gilt eine Seite, was auch im Interesse der AutorInnen ist, und nichts mit inhaltlicher Wertung zu tun hat.

NACHWEHEN ZU BAD-SEGEBERG-BERICHT:

CONTRASTE-Frösche erklären eigenes Defizit zur »Frauenfrage«

Um die Darstellungsart der Bad Segeberger »Alternativen-Versammlung« und TAKAÖ-Vernetzungs-Tagung in CONTRASTE gab es, wie aus einigen redaktionellen Bemerkungen bis hin zur Märzausgabe 1994 (Die linke Spalte) aufglitzerte, einen »Männer-Frauen Konflikt«. Dabei kam nicht viel mehr rüber, als daß »die Frauen« nicht in der Darstellung »vorkamen«, und daß da welche drüber sauer waren.

Von Marlis Cavallaro, Frankfurt ● Da prangten sie in der Septemberausgabe: sechs Charakterköppe neben -ihren- -Beiträgen-. Die Kombination von Einzelporträt und Referat suggerierte: Einzelleistung. Text/Bild-Kombinationen dringen tiefer ein als Worte allein. Das läßt sich nur mit Worten nicht leicht löschen. Bilder sind nie nur -Lückenfüller-. Alle übrigen (und weiblichen) Wesen konnten also höchstens -aktiv- (siehe Zitat) darumherum gewuselt haben. Kreuzdonnerwetter!

Ich war mir unsicher: in's Protestgemotze einstimmen? Oder lieber cool und würdig schweigen? Wenn Frauen Übergangen-werden thematisieren, gibt es eine Fülle verletzender (da -Machoheute -out- ist: subtiler) Reaktionen, viele haben das erfahren. Frauenquote fordern? Au weia! Da wollen wir auch noch erwähnt werden, obwohl wir -keine Beiträge- gebracht haben???? Basta – raus aus der Falle! **Wieder einmal wurde die Frage nach politischer Kultur und ganzheitlicherer Politik als »Frauenfrage« abgespaltet. Das hat Geschichte.**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Leider schimmerten in der CONTRASTE-Reaktion auf den Frauenmotz wenig Selbstzweifel durch. Das Ganze scheint nur ein -Darstellungs-problem zu sein. Gab es keinen Verdacht sich selber gegenüber, daß es auch ein Wahrnehmungsproblem sein könnte? Daß die (männlichen) Wahrnehmungswege getrennt haben könnten zwischen -hardware- und -software-, oder besser: hardware und -Dekoration-? Wahrnehmung, die gleich wichtige Beiträge hierarchisch danach staffelt (und damit wertet), ob **»männlich«, »strukturiert«, »linke Hirnhälfte ansprechend«, oder ob »kulturell« verseucht, Bilder transportierend, Sinne ansprechend, »weiblich« ?** UND schlicht danach, ob etwas von Männern oder ob es von Frauen kommt? Na...???

Zitat aus -Linke Spalte-, CONTRASTE März '94:

-Wie aber damit umgehen, wenn, wie im September, nur Männerköpfe eine Veranstaltung des TAKAÖ zieren, **weil nur Beiträge von Männern vorlagen** (Hervorhebg. M.C.)? Eine eigene Geschichte mit den gleichfalls massig vorhandenen **Bildern der aktiven Frauen** (dito) erzählen?-. Dazu fiel mir gleich ein: das in Frauenbewegungszeiten entstandene Lied -Frauen gemeinsam sind stark-: -Männer sind im Vorstand (sie tragen was bei, juchhu, jubel, jubel!, das dann – handfest, handfest!!! -VORLIEGT!), Frauen stehn am Fließband- (sie sind aktiv, die fleißigen Bienlein!!! Und damit liefern sie keinen handfesten, -vorliegenden- -Beitrag-, sondern -Bilder-, die sie natürlich nicht -vorgelegt- haben, sondern die schlicht und bescheiden -vorhanden- sind. (So ist das Weib nun mal: einfach da – wie Mutter Erde!) Korinthenkackerei??? Sprache verhunzt gute Absichten manchmal bis zur Kenntlichkeit.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Zwar ist schon das -wir aber auch- der Frauen berechtigt, es reicht aber erfahrungsgemäß nicht zum männlichen Geistesblitz; **daß mit dem »wir auch« immer eine Frage der gesamten politischen Kultur berührt ist.** Mit dem Draußenlassen von Frauen werden wir beschnitten – es wird aber ebenfalls ein großer Anteil an Ausdrucksweisen, Gestaltungsmöglichkeiten, Sinnen, politischen und persönlichen Lern-Wegen von ALLEN wegkastriert. **Wo Frauen nicht (– oder für das »Wichtige Allgemeine« als unwesentlich und »nichts beitragend«) wahrgenommen und dargestellt werden, werden erfahrungsgemäß auch alle vielfältiger, sinnlicher, phantasievoller und sensibler als das grau »sachliche« Mittelmaß sich ausdrückenden und handelnden Männer unterschlagen und/oder an den Rand gedrängt, wird auch die Hierarchie zwischen »wichtigen« und »unwichtigen« Menschen, zwischen »GewinnerInnen« und »VerliererInnen«, zwischen Schüchternen und Bud-Spencer-Typen (beider Geschlechter), zwischen Eingeweihten und am Rande Stehenden brutalisiert.**

Es fiel nicht nur auf, -daß Frauen fehlten-, sondern auch die strukturelle Ähnlichkeit der Dokumentation mit der Darstellungsweise von Geschichte, wie sie unser aller Wahrnehmung und Denken geprägt hat: ein Geschichtsunterricht, der vielfältig fließende Rinnsale und komplexe Prozesse häufig verdummsimpelte und auf einzelne -Große Männer- projezierte. Diese Art und Weise, mit Geschichte umzugehen, geschah nicht aus Dussligkeit, sondern wegen Macht-Interessen. Die gibt es auch im Miniaturkosmos der Alternativen: mehr dargestelltund wahrgenommen werden, heißt auch -mehr Chancen- aller Art. Auszug aus: Bertold Brechts Fragen eines lesenden Arbeiters:

»Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon –
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?.....
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?.....
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegesschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?.....«

Es geht nicht ums Gleichsetzen unserer armen -Männerköpfe- mit derartigen historischen Finsterlingen oder Lichtgestalten... – sie sind weder so mächtig und monströs, noch so (Verzeihung, 'tschuldigung!) genial. Es geht aber um die Struktur der Darstellung und die Mechanismen der Wahrnehmung – ob nun kleine Alternativen-Fuzzi-Versammlung in der norddeutschen Pampa oder Cäsar, Asterix und Obelix.

Ich möchte **»CONTRASTE« zugute halten: Es ist gewiß nicht einfach, gemeinsam vorangebrachte Prozesse** so **zu dokumentieren, daß** beidem **Gerechtigkeit widerfährt:** sowohl **dem individuellen, besonderen und gewiß auch manchmal herausragenden Beitrag Einzelner** als auch **dem von vielen einzelnen Rinnsalen gespeisten gemeinsamen Strom.**

Die schlichte Umkehrung der Große-Männer-Tradition bringt ja bekanntermaßen auch nichts: Der -alle-machen-alles-Anspruch, das Wüten gegen -Personenkult- führten oft zum Abmurksen der Schöpferkraft von Einzelnen, zu dröger Mittelmäßigkeit,

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

etc. Entfleuchen sollte mann dieser Schwierigkeit allerdings nicht – in einer Zeitung, die sich den Gratwanderungen verschrieben hat!

Ich grabsche mir nun zänkisch-konkurrent, -persönlich beleidigt- und xantippig-giftig, wie wir Weiber halt so sind, ein Stückchen Definitionsmacht, setze meine subjektive Wahrnehmung der CONTRASTEDarstellung entgegen:

A) Es GAB von Frauen (und »unwichtigen«? Männern) eine Menge wahrnehmbarer Leistung (auch Einzelner!) auf dieser Vernetzungstagung – und nicht nur »massig vorhandene Bilder«!
B) Die sechs Referate/ Projektvorschläge waren erstens keine Einzelleistung und zweitens nicht das Wichtigste.
C) Das Wichtigste der Tagung und der Alternativenversammlung war, trotz einiger Fehler, der Fortschritt an politischer Tagungskultur (Bescheidener ausgedrückt: der Versuch zum Fortschritt...)

Zu A): In einem ersten Artikelentwurf habe ich Beispiele herausgegriffen (sie hätten mehr sein können und müssen). Da gab's für CONTRASTE das -Platzproblem-. Alles zu lang. Ist auch -Schuld- aller Unzufriedenen: die Gegendarstellung zur ungenügenden Darstellung einer gesamten, von vielen für sehr wichtig gehaltenen Vernetzungstagung hätte sofort im Herbst erfolgen müssen, über mehrere Seiten, und nicht kurz vor Redaktionsschluß sieben Monate später. -Seit jenem Tag sind viele, viele Monde – geschwommen still vorüber und vorbei....- (auch Brecht). Festzuhalten bleibt, daß CONTRASTE für zum Teil historisch und menschlich höchst unqualifizierte Artikel männlicher Schreibtischgockel zum Thema Spiritualität monatelang viele Seiten frei hatte.

Zu B): Die Vorträge auf der Alternativenversammlung waren -Auftragsarbeit- für Zusammenhänge, aus denen die Vortragenden kamen. Für sich genommen vernetzen sie nichts, nicht vorher, nicht nachher. Ohne Bericht dessen, was die Arbeitsgruppen der Versammlung dazu zu sagen hatten, gibt ihr Abdruck noch nicht einmal wichtige Teile der Versammlung selber wieder.

Eine höchst wichtige Frage von Frauen, die auf der AlternativenVersammlung nur Minuten Raum bekam, soll ihrer Zentralität wegen hier unterstrichen werden: Welchen -Beitrag- leisten Vorschläge mit dem Anspruch bundes-oder gar europaweiter Vernetzung, die heutzutage IMMER NOCH NICHT offensiv den Arbeits-, Rentabilitäts-, Produktivitätsbegriff der Marktwirtschaft in Frage stellen; die die aus der Frauen- und Eine-Welt-Bewegung stammenden ökonomischen analytischen Verunsicherungen zur Bewertung nicht-warenförmiger, aber gesellschaftlich (und menschlich!) höchst notwendiger Arbeit IMMER NOCH NICHT auch nur angucken?

FROSCHPRINZ

Auch ich tat in mei'm Leben häufig Frösche küssen,
hab sie nach Vorschrift kräftig an die Wand geschmissen,
doch statt der Prinzen kamen dann, oh Graus,
nur immer fettre und auch noch zermatschte Frösche raus.

Daß mir kein Prinz in'n Arm fluppt, weiß ich also schon lang,
vor'm Froscheküssen ist mir nicht mehr, nicht mehr bang,
trotzdem geb ich gerne zu, mein Vergnügen würd sich sehr vermehrn,
wenn die Frösche trockner hinter 'm Ohr und so'n bißchen, bißchen prinzlicher wär'n.

Ich hab keine Angst mehr vorm großen Maul und opportunistischem Geschleim,
ja, ich nehm so'n Tier auch gerne zu mir heim,
krumme Beine, Bauch und Glatze – macht mir alles nichts mehr aus,
und auch meine goldnen Kugeln hol ich gerne für ihn raus.
Er dürft ruhig grün mit roten, roten Flecken sein,
oder alternativ, oder rot mit nem kleinen grünen Bein,
er dürfte nass küssen und trockne Hirnfürze lassen,
und auch fürs endlos breite Quaken würde ich ihn nicht mehr hassen.

Sein in Strategiewolken rumhupfen und nach der Liebe gleich schnurchen
ließ ich ihm auch noch durchgehen, dem egomanischen Lurchen –
trotzdem geb ich gerne zu, mein Vergnügen würd sich sehr vermehrn,
wenn die Frösche trockner hinterm Ohr und so'n bißchen prinzlicher wärn.

Marlis Cavallaro, 1988

Und auch Zu C): Offenes Thema der gesamten Tagung inklusive Alternativen-Versammlung und ihrer Vorbereitung durch die TAKAÖ-Frauschaft und mannschaft war:

Moderation und politische Kultur (d.h. – damit nicht wieder wer an alternativen Beethoven denkt – die **alle Sinne berücksichtigende Ausgestaltung** unseres Zusammenlebens und -arbeitens). Heimliches Thema war: na, das ist aber denn doch des Guten zuviel (der Moderation) – da wird wohl -manipuliert-?????!

Und damit: 1. **Wie ist die Gratwanderung zu schaffen** zwischen den unfruchtbaren Extremen von hierarchischer -Steuerung- und Manipulation einerseits und oft in Zerstörung, Abbruch, Zerfleischung von -Fraktionen- mündendes Laufenlassen andererseits.

2.Nur -Geist-, -Inhalte-, Köpfe, -Sachlichkeit- für strukturschaffend und konstruktiv zu halten, Gefühle, Sinnlichkeit, Geborgenheitssehnsüchte, Bilder, Zeichen usw. hingegen für zwangsläufig -chaotisch- und destruktiv – das ist zerstörerische alte Tradition. Wir möchten unsere Gefühle und Gruppenprozesse gemeinsam in die Hände nehmen und -organisieren-. Das ist möglich – das kann mensch lernen. Das -Weibliche- und das -Männliche- muß untrennbar beides da sein, und wahrgenommen werden!!! – sonst ist alles nischtenix.

Die alte Arbeiterbewegung fetzte sich (ohne viel Durchblick) genau darum im Konflikt zwischen -Organisation- und -Spontaneismus-. Sie drückte sich vor der Gratwanderung und machte aus den zwei Seiten der Medaille unversöhnliche Fraktionierungen.

Mehr Vernetzung (Solidarität, Verbundenheit, Organisation, Einigkeit in Vielfalt und, last but not least, Hoffnung!) kommt nur, wenn solche Prozesse durchschaubarer werden, wenn mehr Menschen damit umgehen können, wenn es seit Lenins Tagen Fortschritte gegeben hat im Verständnis von Menschenseelen und Gruppenprozessen. Keine andere Kultur und Ökonomie ohne das Ringen um die Fähigkeit, gleichzeitig **»autonom, kreativ, phantasievoll, sinnlich, besonders« und »solidarisch, mitfühlend, sozial, diszipliniert« sein zu lernen. Referate halten, Projekte vorschlagen, Fahnen auf erstürmten Palästen hissen – das konnten schon viele, aber es hat seit Jahrhunderten kaum Wesentliches verändert, und die daran beteiligten Menschen auch nicht.**

Es ist unter anderem Verdienst der Frauenbewegung und von KulturarbeiterInnen, auf solche Notwendigkeiten hingewiesen zu haben. Sehr selten haben -große Männer- (oder die dazu hochgelobt wurden) und ihre Eitelkeit – etwas in diese Richtung beigetragen... Sehr viel haben auf der Bad Segeberger Tagung Frauen und nicht herausgelobte Männer zu Fortschritten in dieser Richtungbeigetragen. Sie wurden weder dargestellt, noch, scheint mir, besonders wahrgenommen. Nun – andere Wahrnehmung und Darstellung brauchen in Zeitungen mit dem Anspruch auf -das Andere- auch FürsprecherInnen. Ich hab's – wenn auch spät – mal versucht. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

NETZ-MITARBEITERiNNEN:

Offener Brief an alle taz-MitarbeiterInnen

Anzeige

VERBAND

netz
Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
44147 Dortmund
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

TAZ-GEBURTSTAG MIT FOLGEN

Moral nach dem Knall

Ein stolzes Fest sollte es geben: Die Jubiläumsausgabe war eingeplant und der Sekt kaltgestellt, denn schließlich gab's ja auch was zu feiern. Trotz aller Widrigkeiten konnte die taz am 17. April auf 15 Jahre als größter selbstverwalteter Betrieb Deutschlands zurückblicken, die letzten zwei dank einer Rettungsaktion ihrer LeserInnen als Genossenschaft.

Doch nicht nur Korken flogen in die Luft, auch der Chefredakteur von seinem Stuhl – abberufen vom Vorstand, da das Verhältnis zwischen Micha Sontheimer und der Redaktion für unheilbar zerrüttet gehalten wurde. Hauptsächlicher Auslöser: In besagter Jubiläumsausgabe spottete Micha Sontheimer, üblicherweise seien Redaktionen linker als ihre Chefredaktion; bei der taz sei es umgekehrt. In der gleichen Nummer meldet eine -Moral majority- der Redaktion: -Rechts ist da, wo der Micha links ist.-

Die Dinge nehmen ihren Lauf. Der Aufsichtsrat der taz entläßt drei von fünf Vorstandsmitgliedern, die Mehrheit der Redaktion stimmt der Abberufung Sontheimers zu, im Protest treten Elke Schmitter und Jürgen Gottschlich zurück und trotzdem gibt's -täglich eine linke radikale Tageszeitung-. Ende April wurde ein neuer Vorstand gewählt.

Taz-intern ist wieder wichtiges Thema geworden und einige Briefe von LeserInnen wurden veröffentlicht. Wir wollen der Diskussion mit nebenstehenden offenen Brief einen weiteren Aspekt hinzufügen. ●

Peter Streiff

Liebe tazlerInnen, liebe taz-Redaktion,

könnte es vielleicht sein , daß eventuell Euer neuerlicher ungeheurer interner Theaterdonner auch etwas damit zu tun hat, daß Ihr (als -größter selbstverwalteter Betrieb in Deutschland-) recht selten in Eurer Geschichte mal über den taz-Tellerrand geblinzelt habt, um Euch europäische und deutsche Erfahrungen in Sachen Selbstverwaltung und Genossenschaften anzugucken, sie detailliert zu rezipieren, und, in Erfahrungs-Austausch, etwas davon zu lernen – zum Beispiel zwecks innerer Strukturierung und Konfliktbearbeitung?

Nee? Alles aus den sozialen Bewegungen ist -weggebrochen-? Kann taz nischt von lernen? Irrtum. Nicht alles, was redaktionsmensch nicht wahrnimmt, nur weil's nicht dauernd auf Demos kreischt, ist verschwunden! Gäbe es da nur noch -Weggebrochenes-, so hätte es die große Vernetzungstagung 1993 in Bad Segeberg nicht gegeben. Eine solche Tagung zu organisieren – das war nur möglich, weil nicht wenige Leute weiterhin vom Traum von einer demokratischeren, sozial, ökologisch und III.Welt-verantwortlichen Wirtschaft umgetrieben werden und ergo dafür auch praktisch -in Bewegung- sind. Auf dieser Tagung ist zum Beispiel auch die Idee des Projektes -taz-Fahrrad- in Zusammenarbeit mit dem Verband der Selbstverwalteten Fahrradbetriebe entstanden. Dieser Verband ist (ebenso wie der Bundesverband Naturkost, wie die AG Ökologischer Forschungsinstitute, die Schreinereien, usw., usw...) Ausdruck einer schon länger andauernden Entwicklung von Branchen-Verbänden im Selbstverwaltungs- und Öko-Bereich, und er ist – wie andere Branchen-Verbände auch – Teil größerer, sich in den letzten Jahren entwickelnder Verbands-, Vernetz- und überregionaler Dienstleistungsbereiche der Selbstverwaltung. Da schafft sich eine frühere -Bewegung- Strukturen, die ihr Überleben als gesellschaftlicher Bereich sichern können – und ob von diesem Bereich in kommenden Katastrophenzeiten nicht doch weitergreifende innovative Impulse für Lebens- und Arbeitsperspektiven ausstrahlen könnten ... dies vorab mit schnoddrigen Kommentaren zu entscheiden, haben taz-RedakteurInnen bisher nicht die Information und Qualifikation, und haben wir in diesem Bereich Arbeitende nicht die prophetische Gabe, zumindest aber begründete Hoffnung. Auch der übrige Selbstverwaltungsbereich außerhalb des taz-Horizonts hat seit langem Konsequenzen aus den schmerzhaften Lernprozessen der Anfänge gezogen und von früheren maximalistischen Utopien Abschied genommen. Damit haben wir aber nicht alle Träume in die zeitgeistliche Kloake geschmissen, um dann noch paar Zynismen hinterherzuspukken – wir sind einfach nur -realistischer- geworden.

Zu diesem Realismus gehört die altneue Einsicht, daß nicht nur die in den Betrieben und Projekten ausgeübten Tätigkeiten professioneller werden mußten, sondern vor allem auch, daß -Selbstverwaltung- selber Gegenstand von regelmässiger Weiterbildung und Qualifikation der MitarbeiterInnen sein muß. Gruppendynamik muß nicht zwangsläufig unbeherrschbares Chaos beinhalten, Allergien gegen Chef-Figuren und Angst, eigene Führungsaufgaben wahrzunehmen – und was sonst noch alles so aus Euren jetzigen wilden Wassern hervorblitzt – das sind alles Prozesse, zu deren fruchtbarerer Bearbeitung sich allmählich immer mehr Instrumente entwickeln lassen. Zum Teil muß die Entwicklung solcher Instrumente selbstverwaltungsspezifisch sein und kann nicht einfach Management-Techniken der Großkonzerne abkupfern – oder aber das alte -Chaos- laufen lassen, um dann in self-fulfilling prophecy behaupten zu können, Selbstverwaltung sei eben doch eine dusslige infantile Utopie gewesen, die professionelle Arbeitsfähigkeit ausschließe.

Dies ist eins der zentralen Themen der Bildungsarbeit im selbstverwalteten Bereich, an dessen Diskussionen die taz höchst selten teilnimmt, obwohl sie da einiges lehren UND lernen könnte. Zum Beispiel für eigene Konfliktbearbeitung... Wann wird es endlich zum Weiterbildungskonzept von taz-RedakteurInnen gehören, in Selbstverwaltung fitter zu werden, anstatt die Selbstverwaltung als historisch mitgeschlepptes altes Klotz-am-Bein-Paket und die genossenschaftliche Rettung der taz als leider notwendiges Übel zu empfinden? Wir würden Euch gerne als -andere Zeitung- überleben sehen, auf Dauer! Und selbstverwaltet!

Viele SelbstverwalterInnen, die ich kenne, sind GenossenschaftlerInnen bei Euch. Bei allem Ärger halten sie Euch weiterhin die Treue, weil sie, im Gegensatz zu Teilen Eurer Redaktion, es für politisch bedeutsam halten, daß Ihr bisher als -größter selbstverwalteter Betrieb in Deutschland- überlebt habt. (Über diese -Größe- können allerdings SelbstverwalterInnen und GenossenschaftlerInnen in Großbritannien, Spanien, Italien usw. zurecht leise kichern – dort wärt Ihr ein Kleinbetrieb....) Doch bei Euch gibt's selten mal Gesprächsbereitschaft, Austauschbereitschaft. Bei aller -Treue- – ich fasse mir schon manchmal an den Kopp über Euch...!

Zum Schluß empfehle ich taz-MitarbeiterInnen und am Selbstverwaltungsaspekt der taz interessierten LeserInnen ein im Arbeitskreis Alternative Ökonomie aus langjährigen Knall- und Rumpel-Erfahrungen in -Kollektiven- entwickeltes Arbeitsbuch zur Konfliktbewältigung in SV-Projekten und -Betrieben: Elmar Sing/Andrea Gerth -Knatsch, Zoff und Keilerei- (Publikationsstelle der AG SPAK, München). Und vielleicht noch die März-Nummer 1994 der -CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstverwaltung-, zum Thema -Kündigung – alternativ-. Vielleicht gibt's doch allmählich mal mehr Motivation, Euch umzuschauen? Der Verband Selbstverwaltete Betriebe Hessen, zum Beispiel, organisiert im Juni zusammen mit dem stark angewachsenen SV-Betrieb Wagner & Co (Solartechnik und Regenwassernutzung), Marburg, ein Seminar zur Problematik von SV-Stukturen in größeren Betrieben. Warum auf sowas nicht mal TeilnehmerInnen entsenden? Am besten solche, die nicht eh schon alles vorher wissen (-alles weggebrochen-...) Auf der Bad Segeberger Vernetzungstagung erschien kurz Eure Geschäftsführung, um für die taz Propaganda zu machen und sich paar Gesprächen zu stellen. Von der Redaktion war niemand zu sehen, bis auf einen Kurzbesuch auf der in die Tagung integrierten -Alternativen-Versammlung-, der einen wenig informativen Kurzartikel zur Folge hatte.

Ihr mögt Euch als Zeitungsbetrieb ja für was Feineres halten und aufgrund des täglichen Erscheinungsdrucks, auch wirklich eine Menge Sonder-Probleme mit den Selbstverwaltungsstrukturen haben – aber viele Eurer Probleme gibt's nun mal überall. An ihre Bearbeitung klarer und strukturierter heranzugehen, die Erfahrungen anderer dazu nutzen, könnte vielleicht dann auch die Vermischung von -allzu Menschlichem- mit inhaltlichen (lechts-rinks...) Konflikten entwirren, die nur dann auch fruchtbar ausgetragen werden könnten.

Ich wünsche es Euch, ich wünsche es uns allen – für eine überlebende taz, die -anders- bleibt. ●

Marlis Cavallaro
(Mitglied im Bundesvorstand des -netz für Selbstorganisation und Selbstverwaltung-, Mitarbeiterin im Theorie Arbeitskreis Alternative Ökonomie – TAKAÖ)
Mitunterzeicher/in:
Peter Streiff (Redaktion CONTRASTE)
Karin Schröder (Vorstand netz Hessen/ Verband Selbstverwaltete Betriebe Hessen)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FAX

An taz
LeserInnenbriefredaktion
Kochstraße 18
10969 Berlin
Gabriele von Thun

Ffm, 29.04.94

Liebe Gabriele,

danke für die höchst prompte Reaktion / Nichtabdruck-Mitteilung betreffs unseres -Offenen Briefes- – ob's wohl am Thema liegt? So schnell haben ich und andere noch nie die Mitteilung erhalten....!

Dieser Brief war / ist nicht nur ein persönlicher Brief von mir und nicht vordringlich ein Brief für die LeserInnen-Briefseite, wie auch aus der Mitunterzeichnung von weiteren -netz--MitarbeiterInnen ersichtlich. Mehrere weitere haben nur aus Zeitgründen, Urlaub etc. ihre Absicht zu unterzeichnen, nicht realisieren können.

Hauptinteresse des Briefes ist, aus einem der laut Eurer Redaktions- -moral majority- angeblich ganz -weggebrochenen- Bereiche sozialer Bewegungen – nämlich des selbstverwalteten und ökologischen Wirtschaftens und angrenzender sozialer, Frauen- und Jugendprojekte – Euch alle als MitarbeiterInnen des von Euren SchreiberInnen öfters so bezeichneten -größten selbstverwalteten Betriebes in Deutschland- auf etwas aufmerksam zu machen, was uns alle seit langem ärgert. Wunsch dabei ist vordringlich: daß Ihr das diskutiert untereinander, daß es vielleicht auch Euch (= dem Projekt taz) nutzende Folgen haben könnte, es zu diskutieren.

Es ging also nicht hauptsächlich um Abgedruckt-Werden in der LeserInnenbrief-Seite, sondern um einen Diskussions-Beitrag zu Euerm momentanen Desaster. Wenn -Abdruck-, dann als LeserIn-Brief meinetwegen gekürzt, und ansonsten, wenn ganz, dann als Teil der Debatte über die taz.

Noch ist sie nämlich auch -unsere- taz – der LeserInnen, AbonnentInnen und GenossenschaftlerInnen aus dem kleinen, aber kräftig vorhandenen selbstverwalteten und genossenschaftlichen Bereich Deutschlands, zu dem nolens volens auch die taz noch gehört. Wir finden es eben etwas schizophren, daß beim -größten selbstverwalteten Projekt Deutschlands- die übrigen Projekte dieser Art in Deutschland bis auf wenige Ausnahme-Momente kaum wahrgenommen werden. Als ein so gemeinter Beitrag wurde der Brief auch an mehrere taz-Bereiche geschickt, nicht nur an Euren. Da Ihr manchmal sehr lange Briefe veröffentlicht, wenn Ihr es wichtig findet, was sie kundtun, nehme ich an, daß es nicht um -Länge- geht. Wir hoffen, irgendwo wirkt's trotzdem in Kopf und Herzen weiter – dann hätten wir ja was erreicht.

Und falls es doch nicht -am Thema- liegen sollte, sondern nur an der Länge – ich kürze das Ding gerne für Euch (sonst könnt Ihr das doch ganz gut...) !

Freundliche Grüße
Marlis Cavallaro

KURZ BELICHTET

München:

Paulo Freire Gesellschaft gegründet

Die Wichtigkeit der Ideen und methodischen Vorstellungen einer -befreienden Pädagogik-, die mit dem Namen Paulo Freire eng verbunden sind, wird angesichts Rassismus, Übergriffen auf Minderheiten und zunehmender Entsolidarisierung auch bei uns immer wichtiger. Die Paulo Freire Gesellschaft will ein Netzwerk zur befreienden Pädagogik oder wie das neue Buch von Paulo Freire heißt, eine -Pädagogik der Hoffnung- sein. Arbeitsschwerpunkte sind Publikationen, Seminare, Beratung von Gruppen und Projekten und die Internationale Zusammenarbeit.
Auskunft: Paulo Freire Gesellschaft, c/o AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 80337 München.

Schweiz:

Belegschaftsübernahme

Vier der sieben Angestellten der 150jährigen Druckerei Baumann am Zürichsee, die Ende Januar geschlossen werden sollte, haben ihren Arbeitsplatz gerettet. Sie gründeten eine neue Aktiengesellschaft namens Seedruck AG und wollen unter diesem Namen weiterarbeiten.
(aus: Salopp Nr.1/94, Netzwerk Zürich)

USA:

MitarbeiterInnen übernehmen Fluggesellschaft

Die größte Fluggesellschaft in den USA, United Airlines, geht mehrheitlich in den Besitz der Angestellten über. Mit rund 13 Mrd. Dollar Jahresumsatz wird United zur mit Abstand größten amerikanischen Firma im Angestelltenbesitz, ist aber bei weitem nicht die einzige, seit das US-Parlament in den 70er und 80er Jahren die sogenannten -employee stock option plants- steuerlich begünstigt hat, sind in den Staaten mehrere tausend Firmen in den Besitz ihrer MitarbeiterInnen gelangt.

Die Ursache für den Wechsel lag jedoch meist in der hoffnungslosen Lage der Firma und entsprang weniger dem Wunsch nach Demokratisierung der Wirtschaft als schierer Not.

In diesem Sinne stellt United eine Ausnahme dar, denn das Unternehmen mit 60-70.000 MitarbeiterInnen gilt trotz Verlusten als gesund. Die Leitung des Konzerns will die neuen MehrheitsaktionärInnen einem professionellen Management überlassen, und im Verwaltungsrat belegen sie nur drei von zwölf Sitzen. Den Zuschlag erhielt die gewerkschaftlich gut organisierte Belegschaft schließlich, weil sie sich unter diesen Umständen mit teilweise massiven Lohnkürzungen einverstanden erklärte. Die Übernahme sei ganz im Sinne der Clinton-Regierung, welche die MitarbeiterInnenbeteiligung als überlegene Strategie zur Sicherung von Arbeitsplätzen betrachte, hieß es in der Presse. (Aus: Salopp Nr. 1/94, Netzwerk Zürich)

Frankreich:

Subventionen

Zum ersten Mal in ihrer über 20jährigen Geschichte erhält die Europäische Kooperative Longo Mai staatliche Unterstützung. Die Kooperative bekommt eine Million französischer Francs zur Vollendung ihres Empangszentrums -Les Magnans- von der Region Provence - Alpes - Côtes d'Azur. Bedingung ist allerdings, daß die LandkommunardInnen das Anderthalbfache selbst aufbringen. Nun sucht der Verein -Pro Longo Mai- 380 Leute, die für 1.000 DM einen Feriengutschein kaufen.
Weitere Infos bei: Longo Mai, Postfach, CH-4002 Basel
(aus: Salopp Nr. 1/94, Netzwerk Zürich)

Spanien:

Europäische Kooperationsbörse für Unternehmen von Frauen

Unter dem Motto -Innovation & Tradition – European Businesswomen Meeting- (Europäisches Unternehmerinnen-Treffen) findet vom 27. bis 28.10.94 in Toledo/Spanien eine europäische Kooperationsbörse für Unternehmen statt, die ausschließlich oder größtenteils von Frauen geführt werden.

Nähere Auskünfte erteilt: Angelika Dierkes, REA e.V., Herrmannstr. 229, 12049 Berlin, Tel. (0 30) 621 88 62, Fax 621 86 40

Hannover:

Müllverbrennungsanlagen

Zu diesem Thema führen die Bürgernitiative Umweltschutz Hannover und der Landesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz am 4. Juni im Freizeitheim Ricklingen Hannover, eine Tagung durch. Referate von TechnikerInnen, JuristInnen und Betroffenen haben das Ziel, die TeilnehmerInnen mit den notwendigen fachlichen, juristischen und politischen Informationen zum Thema zu versorgen. Beispiel: In Niedersachsen sind zwölf neue Müllverbrennungsanlagen in der Diskussion und somit ein gutes Geschäft für die dahintersteckenden Firmen wie Siemens oder Preußen Elektra. Eine umweltgerechte Müllpolitik wird hierdurch allerdings blockiert: Wer setzt schon auf Vermeidung und Verringerungsmaßnahmen, wenn man alles einfach durch den Schornstein jagen kann?
Nähere Informationen: BiU Hanover, Stephanusstr. 25, 30449 Hannover.

FREIE RADIOS UND OFFENE KANÄLE

Gemeinsam sind wir...?

Ende letzten Jahres trafen sich über 100 Radio-Interessierte an einem »Runden Tisch« zur medienpolitischen Lage und Perspektive Offener Kanäle sowie Freier Radios in Hattingen. Die Gründung vom »Bundesverband Freier Radios« (BFR) soll zu medienpolitisch handlungsfähigen Vertretungsstrukturen beitragen. Der Beitrag ist im Einverständnis mit dem Autor deutlich gekürzt.

»Radio als Kommunikationsmittel bewegter Frauen seit 10 Jahren (Frauenredaktion 'die Hälfte des Äthers' bei Radio LoRa, Zürich)

Karlheinz Grieger, Bochum ● Ein Blick zurück in jüngste Radiogeschichte: Anläßlich eines Bundestreffens der »Assoziation der Freien Radios in der BRD« 1983 in Erlangen stellte Oskar Negt die besondere Eignung des Mediums Radio für eine emanzipatorische Medienarbeit und eine zu entwickelnde demokratische Öffentlichkeit heraus. Er sah damals die Chance, daß mit Freien Radios »neue, lebendige Verständigungsmöglichkeiten geschaffen« werden könnten. Solche Ansätze könnten, unter bestimmten Bedingungen, den »stummen Zwang der Verhältnisse durchbrechen und die begrifflichen wie sprachlichen Ausdrucksmittel des Protestes erweitern«. Er unterstützte die Forderung nach der Legalisierung Freier Radios, die damals alle von Post und Polizei verfolgte Piratensender waren. »Kein Kommerz auf Megahertz« und »Legalize it« waren die zentralen medienpolitischen Aussagen in Erlangen 1983, zugleich wurde der Kongreß zeitweise auf einer besetzten UKW-Frequenz übertragen. Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem wollte man durch eine nichtkommerzielle Säule »freien Gesellschaftsrundfunkes« ergänzen. Die kommerzielle Privatisierung des Rundfunkes sollte verhindert werden.

Trotzdem war der Erlanger-Kongreß kein politischer Aufbruch für Freie Radios, eher im Gegenteil. Nach einem guten Dutzend »Interferenzen«, dem drahtlosen Dienst für das freie Radio, ging dem Informations- und Diskussionsforum und somit der »Assoziation der Freien Radios« langsam die Luft aus. Völlig im Gegensatz zu diesem bundesdeutschen Trend: die Entwicklung in Freiburg. Dort hatte Radio Dreyeckland seit dem Erlanger-Meeting mit einer ausdauernden Doppelstrategie, die mobilisierende Frequenzbesetzungen und medienpolitische Arbeit mit einer politischen Verankerung in der Region verband, sich gegen vehementen Widerstand der Baden-Württembergischen Landesregierung eine eigene Frequenz und Sende-Lizenz erkämpfen können.

ENGAGIERTER DISKURS

Ende 1993 trafen sich auf einer Tagung im DGB-Bildungszentrum Hattingen erstmals wieder über 100 VertreterInnen von Freien Radios, Radioinitiativen und Offenen Kanälen aus der gesamten Bundesrepublik, um über bestehende Projekt- und Institutionsgrenzen sowie ideologische Gräben hinweg sich auszutauschen und medienpolitische Perspektiven zu diskutieren.

Tatsächlich existieren in der Bundesrepublik inzwischen wieder rund 30 Radioinitiativen und Radiostationen, die sich für einen nichtkommerziellen Rundfunk (offener Zugang, Medium als gesellschaftlicher Kommunikationsapparat, werbefreie Finanzierung durch Mitglieder) stark machen. Diese Freien Radiostationen und -Initiativen setzen auf direkte Demokratie und Selbstverwaltung im Radioprojekt und fordern eigene Sendefrequenzen für nichtkommerziellen Rundfunk. Das realexistierende Modell in der Bundesrepublik ist dafür nachwievor das seit 5 Jahren lizensiert aus Freiburg sendende Radio Dreyeckland (18 Stunden täglich auf Sendung, rund 200 ehrenamtliche MitarbeiterInnen, ca. 2500 zahlende Mitglieder). Aber auch mit Radio Z in Nürnberg, Radio Coloradio in Dresden oder Lora München senden modifizierte freie Radiostationen im bundesdeutschen Äther.

Parallel zu diesen alternativen, selbstorganisierten Medienprojekten entstanden in den letzten 10 Jahren auch 31 Offene Kanäle in acht Bundesländern. Auch dort produzieren BürgerInnen Fernseh- und Hörfunkprogramme selbst. Allerdings werden die Offenen Kanäle meist direkt von den Landesmedienanstalten getragen oder sind über einen Verein mit ihr verbunden. Die Finanzierung erfolgt weitgehndst durch den »Kabelgroschen« (Anteil an der Rundfunkgebühr). Insgesamt sehen 13 von 16 Bundesländern die mögliche Einführung Offener Kanäle vor. Installiert wurden die Offenen Kanäle erstmalig mit der Zulassung des privatkommerziellen Rundfunkes Mitte der achtziger Jahre.

WAS IST RICHTIGE PARTIZIPATION AM RUNDFUNK?

Aus dieser Tatsache und aus den jeweiligen medienpolitischen Beweggründen heraus resultiert auch ein alter Dissens zwischen Offenen Kanälen und Freien Radioprojekten. Offene Kanäle wurden aus der gesellschaftskritischen Position heraus in erster Linie als Legitimationsmäntelchen für die großflächige Kommerzialisierung des Rundfunksystems und als Beitrag zur Aktzeptanzförderung der »Verkabelungspolitik« der Bundesregierung verortet.

Die Entwicklungspalette der Offenen Kanäle bis heute reicht zum Beispiel vom täglich sechsstündigen mit festen Programmstrukturen (Fachredaktionen, feste Sendeplätze, terrestrisch über Antenne ausgestrahlt) versehen Hörfunk-Programm wie in Lübeck bis zum traditionellen kabelausgestrahlten Fernsehen in Ludwigshafen, wo die Sendebeiträge nach dem »Prinzip der Schlange« (Beiträge werden ohne Redaktionsstrukturen in der Reihenfolge des Eingangs ausgesendet) organisiert sind. Dies bedeutet, daß einige Offenen Kanäle zumindest hinsichtlich ihrer Programmstrukturen und redaktionellen Organisationsformen durchaus ähnliche Konturen wie Rundfunkprogramme Freier Radiostationen gewonnen haben.

Und als weitere Variante im bunten Spektrum des Partizipationsfunk bildeten sich in über 40-Verbreitungsgebieten in NRW vielfältige Radiovereine- und Gruppen, die dort 15% der Lokalfunk-Sendezeit für »Bürgerfunk« nutzen können. Diese Gruppen existieren als »Fenster« auf einer terrestrischen Lokalfunkfrequenz. Oft finden sich ihre Programme zwischen Werbeblöcken eingerahmt.

Insofern lag der Verdienst des Tagungsveranstalters in der Initiative, das gesamte Spektrum dieser Partizipationsmodelle am »runden Tisch« zu versammeln. Dies ermöglichte eine aktuelle Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik.

ES SPRIESSEN DIE RADIOINITIATIVEN IN OST UND WEST

Novellierungen der Landesmediengesetze z.B.in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg und jetzt auch in Hessen ermöglichen neue Ansätze für nichtkommerziellen Rundfunk und für Offene Kanal-Arbeit. In Baden-Württemberg ist es, vor allem durch die erfolgreiche Existenz von Radio Dreyeckland in Freiburg und den davon ausgehenden medienpolitischen Initiativen, gelungen, daß sich acht Radioinitiativen um eine Lizenz bemühen. In der »Assoziation Freier Gesellschaftsfunk in Baden Württemberg« haben sich diese Initiativen und Radio Dreyeckland kürzlich organisiert. Für diesen gemeinnützigen Gesellschaftsrundfunk fordert das Vorstandsmitglied Michael Menzel auch in Baden-Württemberg eine finanzielle Förderung aus der Rundfunkgebühr, wie es für die Offenen Kanäle schon realisiert ist.

Thomas Muntschick (Interessengemeinschaft gemeinnütziger Hörfunk Niedersachsen) verdeutlichte, wie nichtkommerzielle Radioinitiativen und Offene Kanäle im medienpolitischen Poker in Gefahr geraten, durch Ungleichbehandlung, politisch vereinnahmt oder gegeneinander ausgespielt zu werden. Ein Streitpunkt in der rot-grünen Regierungskoalition war die Finanzierung der Partizipationsmodelle. Auch in Niedersachsen sollen die Offenen Kanäle aus dem 2%-Anteil an der Rundfunkgebühr über die Landesmedienanstalten finanziell abgesichert werden. Der nichtkommerzielle Hörfunk hingegen soll über eine Abgabe von kommerziellen privaten Rundfunkveranstaltern finanziell gestützt werden. Diese wiederum halten eine solche Abgabe für verfassungswidrig und haben schon entsprechende Klagen angedroht. Thomas Muntschik sieht damit die Gefahr, daß der nichtkommerzielle Rundfunk, den die Initiativen überwiegend anstreben, an diesen Finanzierungsregelungen scheitern könnte und sich das Partizipationsmodell Offener Kanal (das von der SPD eher favorisiert wird) nur wegen der sicheren Finanzierungsgrundlage durchsetzt.

Ganz andere Sorgen plagten Carsten Rose von dem Zusammenschluß der ostdeutschen Freien Radiogruppen (Intitiativen in Berlin, Dresden, Erfurt, Illmenau, Potsdam, Weimar). Mangels gesetzlicher Regelungen müssen die meisten freien Radios ohne Lizenz auskommen und sind als Piratensender immer wieder von Repression bedroht. Wie die vielen Freundeskreise und massenhaften Aktionen zum Erhalt des DT-64-Jugend-Radios (inzwischen als Radio sputnik in MDR-Trägerschaft) aus der ehemaligen DDR schon zeigten, gibt es in Ostdeutschland bei vielenpolitischen-kulturellen Gruppen ein Bedürfnis nach authentischen, selbstbestimmten Beteiligungsmöglichkeiten auch am Rundfunk und entsprechend medienpolitisch aktive Gruppierungen in vielen Städten. ColoRadio, entstanden aus den Reihen des Neuen Forums, ist zwischenzeitlich immerhin berechtigt, ein vierstündiges Fensterprogramm pro Woche auf der kommerziellen »Elbwelle« in Dresden auszustrahlen. Auch über die Ausgestaltung der im Prinzip in den neuen Bundesländern vorgesehen Offenen Kanälen ist bisher kaum was entschieden. Explizit sieht nur Sachsen-Anhalt keine Offenen Kanäle vor.

BUNDESVERBAND FREIER RADIOS GEGRÜNDET (BFR)

Bei allen Differenzen zwischen den einzelnen Partizipationsansätzen war man sich in Hattingen einig, daß die praktischen Medienerfahrungen des Einzelnen in freien Sendern und Offenen Kanälen in der Mediengesellschaft immer wichtiger werden. Direkte Bürgerbeteiligung ermöglicht eigene Produktionserfahrungen und Einsichten in die Konstruktionsmechanismen der Mediengesellschaft, in der der Einzelne mit seiner Wahrnehmung und seinem Weltbild immer mehr von der Wirklichkeitskonstruktion der Massenmedien bedrängt ist. Partizipation an den Medien eröffnet Teilhabe an einer Öffentlichkeit, die erst durch vielfältigen Zugang und Beteiligung eine demokratische Öffentlichkeit sein kann und die besonders im Medienbereich von massiven Konzentrationsbewegungen bedroht ist. Im lokalen und regionalen Bereich können Radio und Fernsehen mit Hilfe der Beteiligungsansätze wichtige gesellschaftliche Kommunikationsfunktionen einnehmen. Dabei sind Offene Kanäle oder Freie Radios keine Massenmedien, die sich an der »Einschaltquotenjagd« beteiligen können oder wollen. Partizipationsfunk ist massiv mit den Hör- und Sehgewohnheiten, die durch kommerzielle Entwicklungen im duale Rundfunksystem geprägt werden, konfrontiert. Offene Kanäle haben dabei manchmal nur die NutzerInnen als RezipientInnen vorm Fernseher sitzen. Freie Radios senden ein gezieltes Programm zum ein- und ausschalten, nicht zum durchhören. Ihre Programmsparten richten sich oft an genaue Zielgruppen (z.B Sendungen in anderen Sprachen; Sendungen von Schwulen/Lesben; Sendungen von Arbeitslosen/Sozialhilfeinitiativen oder auch Sendungen für spezielle Musik/Kulturinteressen). Aber genau mit diesen Programmen können Freie Radios, wie das Beispiel Radio Dreyeckland in Freiburg aufzeigt, für politisch-kulturelle Anliegen Teilöffentlichkeiten herstellen, Vernetzungen anregen und durchaus politisches Handeln initiieren.

Eine praktische Konsequenz der medienpolitischen Diskurse in Hattingen war, daß sich die anwesenden Freien Radioinitiativen zu einem »Bundesverband Freier Radios« (BFR) zusammenschlossen. Mit diesem Schritt wollen die Radios/Ini's künftig eigene Interessen medienpolitisch effektiver vertreten und die Vernetzung und Kooperation untereinander vorantreiben. Inzwischen haben sich verschiedene Arbeitsgruppen im BFR konstituiert. Die erste Nummer eines Rundbriefes ist erschienen und eine Arbeitsgruppe hat für den 20.-22. Mai 1994 in Hannover den ersten Bundeskongress vorbereitet (Siehe Ankündigung, CONTRASTE wird darüber berichten). Zusammen mit den Interessensvertretungen der Offenen Kanäle in der Bundesrepublik (Bundesverband und Arbeitskreis OK) bilden sich so langsam medienpolitisch handlungsfähige Vertretungsstrukturen im bunten Spektrum der Partizipationsmodelle heraus. ●

Der vollständige Text erscheint voraussichtlich in der Zeitschrift »Medium« Nr.2/1994 (2. Quartal 94)

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT:

Vernetzung auf freien Frequenzen

Für einen mutmachenden Blick über die deutschen Verhältnisse hinaus sorgten auf der Medientagung Vertreter des Weltverbandes nichtkommerzieller freier Radios (AMARC). Felix Forster und Peter Widlok als Mitglieder des Europaausschusses der AMARC berichteten, daß weltweit etwa 3.500 bis 5.000 Communityradio's (gemeinnützige freie Radiostationen) existieren. Was in Deutschland noch medienpolitisches Neuland zu sein scheint, hat in den USA oder Kanada Tradition und ist bei unseren europäischen Nachbarn in Skandinavien, Holland, Belgien, Frankreich, Italien oder Spanien selbstverständlicher Bestandteil der Rundfunklandschaft. Ganz praktische Vernetzungen und Kooperationen über die Grenzen hinweg demonstrierte Birgit Huber, Mitarbeiterin des »InterKonneXiones(IKX)-Projektes« aus Freiburg, das von der EG gefördert wird. Dieses Projekt will weltweit einen Programmaustausch zwischen den verschiedensten nichtkommerziellen, freien Radiosendern initiieren. Damit wird der Versuch unternommen, entgegen den großen multinationalen Strukturen der Medienkonzerne und der so intendierten Weltinformationsordnung, einen weiteren kleinen Baustein für eine Vernetzung »von unten«, auf der Ebene von Projekten und Beteiligungsmodellen zu erstellen und vor allem auch hinsichtlich der Berichterstattung über die »Dritte Welt« andere Akzente zu setzen.

1. BUNDESKONGRESS DES BFR/QUERFUNKRATSCHLAG

Das Programm:

Freitag 20. Mai:
Abends: Vorstellungsrunde der TeilnehmerInnen in Kurzbeiträgen
Vorstellung und Diskussion des Tagungsprogramms
BFR live on air (Tapes, Ideen mitbringen)

Samstag 21. Mai:
9 Uhr: Vorstellung verschiedener inhaltlicher Konzepte von Freiem Radio in Stichworten:
- Wie aktuell sind die Freiburger Thesen von 1981
- Die Principles of Amarc, die Charta der Weltorganisation der Communty Radios
- inhaltlich/politische Bestimmung der Radios Libres del Euskadi / Baskenland
- Wie wirken sich Satzungen in der Praxis aus, das Beispiel von Radio LORA, Zürich
- Worin liegen inhaltliche Unterschiede von feministischen Frauenradios

9.45 Uhr: Aufteilung in Arbeitsgruppen:
1. Inhalte, Grundsätze, Konzepte
   Wer sind wir, was wollen wir, warum machen wir Radio, Diskussion der vorgestellten Thesen.
2. AG Medienrecht
   welche gesetzlichen Betimmungen gibt es und wo sind dort unsere Chancen, unsere Forderungen, wo wollen, müssen wir intervenieren?
3. AG Öffentlichkeitsarbeit
   Welche Presseverteiler brauchen wir, wer sind die AnsprechpartnerInnen bei den Landesmedienanstalten, welche Kampagnen sind notwendig, welche machbar.
4. AG Technik (HF/NF)
   Welche technischen Mindestvoraussetzungen gibt es, was kostet dies, wo kann man günstig einkaufen, lohnt sich ein Sammeleinkauf?

15 Uhr: Nach der Mittagspause Fortsetzung der AG's
5. Inhalte, Grundsätze, Konzepte
6. AG Aus- & Fortbildung
   Welche Aus- und Fortbildungsprogramme und Institutionen gibt es, wie können wir dies bundesweit koordinieren, ohne sich gegenseitig Konkurrenz um die hier erhältlichen öffentlichen Gelder zu machen.
7. AG Interne Kommunikation und Programmaustausch
   u.a. geht's um das 2. H.I.R.N. & Hertz-Hörfestival im November in Erfurt.
8. AG Finanzen
   Welche Finanzierung und wieviel braucht ein Freies Radio und woher nehmen; ist eine gemeinsame Vorgehensweise möglich/nötig?

abends: Der Kongreß tanzt

Sonntag 22. Mai:
10.30 Uhr: Arbeitsgruppenplenum
14 Uhr: Formen des Programmaustauschs und der Vernetzung in anderen Ländern:
Radio Populare, Milano; Radio Sherwood, Padua und AIRA und das alternative Computer-Network ECN, ADAI, Agencia dáltres Informacións, Barcelona, Canal A, das nichtkommerzielle Abonnement-Mantelprogramm aus Macon, Frankreich, Pacifica Network, das älteste alternative Radionetwork aus den USA.
anschließend: Abschlußplenum

Weitere Informationen und Anmeldung:
Bundeskongreß Freier Radios, c/o Joseph Dreier, Poststr. 5, 79098 Freiburg, Tel. (07 61) 2 50 47, Fax 2 32 30

NICARAGUA-SERIE TEIL 7: DIE ARBEITER-UNTERNEHMERiNNEN IN NICARAGUAS APT:

Wie sie sich selbst in ihrer neuen Rolle sehen!

Im unserer Serie zum nicaraguanischen Arbeitereigentumssektor APT beschäftigen wir uns heute mit Einstellungen und Meinungen der ArbeiterInnen hinsichtlich des Privatisierungsprozesses zu ihren Gunsten. Der Bericht des nicaraguanischen Instituts ist ergänzt mit Einschätzungen der AutorInnen.

Küche, La Paz del Tuma, APT-Kaffeebetrieb — Foto: Pierre Pfundt

Informationsbüro Nicaragua ● Wir stützen uns auf eine Untersuchung des Instituto Para el Desarollo de la Democracia (IPADE). (1) Im Februar 1993 wurden 108 Arbeiter-GesellschafterInnen aus acht repräsentativen Landwirtschaftsunternehmen befragt und daraus Vorschläge zu ihrer Unterstützung abgeleitet.

LÖHNE

Keiner der Arbeiter-GesellschafterInnen erhält einen Gewinnanteil. Nach wie vor bestehen die Einkommen im wesentlichen aus Löhnen. Insgesamt gesehen liegen die befragten ArbeiterInnen mit ihren Einkommen im Durchschnittsbereich, was ihnen wenigstens die Deckung der Grundbedürfnisse ermöglicht. Eine Aufschlüsselung zeigt, daß eine erhebliche materielle Ungleichheit zwischen den Wirtschaftszweigen, in einigen Fällen sogar zwischen einzelnen Betrieben ein und desselben Zweiges besteht. Das Lohnniveau hängt von der Kapitaldecke, den Produktionsergebnissen, der Marktlage, sowie vom Investitionsvolumen jedes einzelnen Betriebes ab. Einige politische Maßnahmen zur Erhaltung des Realeinkommens, die kürzlich eingeführt wurden, wie z.B. Verteilung von Produkten des täglichen Bedarfs und Mittagessen tragen wenigstens dazu bei, den Arbeitswillen der GesellschafterInnen, die keine kurzfristigen Aussichten auf Gewinnbeteiligung und zugleich niedrige Einkommen haben, aufrechtzuerhalten.

EIGENTUM

Die Mehrzahl der befragten ArbeiterInnen sieht sich nicht als EigentümerInnen, da sie bisher keinerlei rechtsgültigen Dokumente diesen Inhalts gesehen haben. Als EigentümerInnen fühlen sich 41%. Wie immer gibt es Ungleichheiten. Eine überdurchschnittlich hohe Identifikation gibt es in dem Betrieb mit der besten wirtschaftlichen Lage innerhalb der Gesellschafterversammlung. In diesem Betrieb gibt es keine Gewerkschaft und fast alle ArbeiterInnen sind auch GesellschafterInnen. Trotzdem gibt die Mehrheit der Befragten zu, nicht zu wissen, wie Finanzstatus und Investitionsprogramm des eigenen Betriebes aussehen, und 46% geben an, daß sie gar nichts über die Erfüllung der Produktionsziele wissen.

Im Bereich Reisanbau behaupten 53% der Befragten, daß ihnen die Mitglieder des Leitungsgremiums ihres Betriebes unbekannt sind, und 69% kennen deren Befugnisse nicht. 42% aller in den acht Betrieben befragten ArbeiterInnen geben an, daß sie den Produktionsprozeß ihrer Arbeitsstätte nur unvollständig kennen. Mehr als 70% behaupten, die Betriebsverfassung des eigenen Unternehmens nicht zu kennen.

PARTIZIPATION

Ein zweites Problem ist die Art und Weise der Partizipation.

La Paz del Tuma, APT-Kaffeebetrieb — Foto: Pierre Pfundt

der Stichprobe.

Die Erwartungen der GesellschafterInnen auf künftige Besserung aufgrund der Privatisierung sind ziemlich hoch. 72% von ihnen erwarten, daß mit der Eigentumsübertragung die Einkommen steigen werden. Die Mehrzahl hat keine klare Vorstellung davon, wann die Betriebe Gewinn erwirtschaften können oder glaubt, daß dies nicht vor Ablauf von drei Jahren der Fall sein wird. Nur 30,5% glauben, daß es schon kurzfristig geschehen wird. In diesem Punkt überwiegt also das Denken in langen Zeiträumen, und das kann ein Bewußtsein hinsichtlich der Anstrengungen und Herausforderungen schaffen, die bewältigt werden müssen, wenn die Betriebe vorwärts gebracht werden und die ArbeiterInnen ihre Lage verbessern sollen. Abgesehen von der rechtlichen Eigentumsfrage und den Erwartungen auf Einkommensverbesserung ist die innere Beteiligung der ArbeiterInnen an dem Privatisierungsprojekt zu ihren Gunsten noch schwach.

INFORMATIONSFLUSS

Ein erstes Problem stellen die Informationsmechanismen dar. Das wichtigste Mittel zur Information der ArbeiterInnen im allgemeinen und der GesellschafterInnen im besonderen über den Fortgang des Unternehmens ist die Vollversammlung.

Im Falle des gut gehenden Viehzuchtbetriebs Chiltepe ist das – anscheinend sehr effektive – Informationsmittel die Nur 31% der ArbeiterInnen geben an, in wichtigen Fällen an der betrieblichen Beschlußfassung teilgenommen zu haben. Von diesen wieder hat ein gutes Drittel angegeben, daß sie nur über die Wahl des Leitungsgremiums bzw. des/der BetriebsleiterIn entschieden haben. Eine Mehrzahl sieht sich selbst ausgeschlossen von Verfahren, die ihre Partizipation garantieren.

Natürlich braucht jede Art von Entscheidung ihre Organe. Die GesellschafterInnen können nicht alles selbst bis ins letzte Detail entscheiden. Aber in Angelegenheiten wie Produktions- und Investitionsplänen, dem Einsatz von Ressourcen in der Produktion, dem Einsatz an Arbeitskraft in jedem Produktionszyklus, Veränderungen in Organisation und Administration der Betriebe, Auswertung der Umsetzung von Entscheidungen und anderen wichtigen Fragen sollten die GesellschafterInnen nicht nur informiert und nach ihrer Meinung gefragt werden, hier bedarf es einer eingehenden Diskussion aller GesellschafterInnen. Und dies nicht um einer formalen Verfahrensregel zu genügen, sondern vor allem, damit die GesellschafterInnen sich die Entscheidungen zu eigen machen und sich für ihre Umsetzung einsetzen. Vorerst verbleiben also viele Entscheidungen in der ausschließlichen Kompetenz der LeiterInnen. Die Betriebsführung vollzieht sich weiterhin »von oben nach unten«.

Einige ArbeiterInnen behaupten, daß ihre GewerkschaftsvertreterInnen für sie mitwirken, daß diese besser informiert sind, besser diskutieren und Alternativen vorschlagen können. Aber dieses Delegationsverfahren garantiert nicht, daß die GesellschafterInnen ihre Kenntnisse und Erfahrungen bei der Ausarbeitung der Grundzüge ihrer Unternehmenspolitik beisteuern können.

Sicherlich verfügt die Mehrzahl der GesellschafterInnen infolge mangelhafter Ausbildung über wenig technisches Wissen, aber alle könnten ihre Erfahrungen bei der Beschlußfassung einbringen. Ebensowenig dürfen wir übergehen, daß die Partizipation nicht nur ein Recht, sondern vor allem eine eminent praktische Notwendigkeit ist, damit diejenigen, in deren ureigenstem Interesse das Funktionieren der Betriebe liegt, die dazu notwendigen Anstrengungen zu ihrer eigenen Sache machen.

MOTIVATION

Ein drittes Problem ist die Frage, was die GesellschafterInnen motiviert, ihren Betrieb voranzubringen. Die Hauptmotive sind: mehr Geld verdienen, den Arbeitsplatz sichern und das Gefühl, Pflichten als ArbeiterInnen erfüllen zu müssen. Diese Motive können sich positiv auswirken, sofern die Bedingungen für ein produktives Wachstum der Betriebe gegeben sind. Es wäre wichtig, eine Einschätzung zu gewinnen, inwieweit und in welchen Zeiträumen es möglich ist, ein substantielles Wachstum zu erzielen, das die Einkünfte der ArbeiterInnen steigert und ihre Arbeitsplätze sicherer macht. Davon hängt in hohem Maße ab, daß die GesellschafterInnen, die in den Privatisierungsprozeß ihr Vertrauen setzen, ihr Interesse an einer Intensivierung dieses Projektes beibehalten.

Kurzfristig kann mit starken Spannungen gerechnet werden. In einigen Unternehmen der Stichprobe könnte es wegen Mangel an finanziellen Mitteln zu einer Verringerung der Anbaufläche kommen, was sich negativ auf Einkommen und Sicherheit der Arbeitsplätze auswirken würde. Man müßte dann entweder ArbeiterInnen entlassen oder die Löhne kürzen, damit die Lage der Betriebe sich nicht verschlechtert; dann wäre zu erwarten, daß dadurch das Vertrauen der ArbeiterInnen in das Projekt leidet.

BILDUNGSSTAND

Gewöhnlich gibt es eine lineare Beziehung zwischen Bildungs- und Entwicklungsniveau. Viele dachten, daß Erziehung und Ausbildung Vorbedingungen für den Fortschritt sind, und tatsächlich belegen mehrere Fallbeispiele, daß dies vernünftig ist. Gewöhnlich wird bei Gründung eines Betriebes dasjenige Personal gesucht, das für die Erfüllung der unterschiedlichen Aufgaben und die Besetzung der Verantwortungsbereiche geeignet ist. Dennoch gibt es Beispiele dafür, daß diese Reihenfolge auch umgekehrt sein oder sich eine kompliziertere Wechselwirkung ergeben kann.

Nach unseren Untersuchungen gab es zum Zeitpunkt der Privatisierung nur im Bereich Viehzucht ein hohes Ausbildungsniveau. Genau in diesem Bereich finden sich die meisten der beruflich Hochqualifizierten und viele TechnikerInnen. In den übrigen Zweigen findet sich zumeist nur Grundschulniveau, nur ein kleiner Prozentsatz besitzt höhere beruflich-technische Qualifikation. Mehr als 76% des Personals haben in den letzten zwei Jahren keinerlei Fortbildung erhalten. Durchschnittlich gibt es noch 13% Analphabeten, am schlimmsten ist es im Bereich Kaffee, wo es 33% sind.

Wir befinden uns also in einer Lage, wo die Gründung von Aktiengesellschaften stattfand, noch bevor es geeignet qualifizierte Arbeitskräfte gab. Die Aufgaben, die die Betriebe zu lösen haben werden, bestimmen also, welche Anforderungen an das Ausbildungs- und Erziehungsniveau gestellt werden müssen. Hier wurden zuerst die Betriebseinheiten geschaffen; die Anforderungen an die Ausbildung der Beschäftigten ergaben sich dann eher als Resultat statt als Vorbedingung dieses Prozesses. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die zur Weiterentwicklung erforderliche Ausbildung in Fällen von kollektivem Eigentum und kollektiver Betriebsführung bei nur geringem Zugang zu Kapital nachgeholt werden kann. Wichtig ist

a) daß die Arbeiter-GesellschafterInnen sich bewußt sind, wie der Fortschritt zu erzielen ist,
b) daß sie sich darüber klar werden, daß nur durch Weiterbildung ihre Entscheidung, die Betriebe zu übernehmen, verwirklicht werden kann und
c) daß die Bedingungen dafür gegeben sind, Ausbildungslücken in relativ kurzer Frist schließen zu können.

Tatsächlich ist die Hauptforderung der Befragten, daß endlich abschließend über das juristische Eigentum an den Betrieben entschieden wird. Die Mehrzahl geht davon aus, daß sie sich nicht als EigentümerInnen der Betriebe oder Betriebsteile fühlen werden, solange es keine Dokumente gibt, die das belegen. Aber es überwiegt das Bewußtsein, daß sie Weiterbildung benötigen. Und dies nicht nur, um ihre Produktionseinheiten voranzubringen, sondern vor allem, um bessere Möglichkeiten für die eigene Weiterentwicklung und für bessere Chancen am internen Arbeitsmarkt des Betriebes als auch am externen Arbeitsmarkt zu schaffen.

Das Interesse der GesellschafterInnen, ihre Kenntnisse zu erweitern, konzentriert sich (in angegebener Reihenfolge) auf die Weiterbildung in den Bereichen Technik, Verwaltung und Betriebsführung sowie auf die Erlangung höherer Schulabschlüsse. Dies könnte für zukünftige Programme der Bildung und Weiterbildung eine Richtschnur abgeben.

Für den Moment können wir nur vorschlagen, Programme der Erwachsenenbildung einzurichten (durch Druck auf die Staatsorgane oder in Verbindung mit Nichtregierungsorganisationen), die den Analphabetismus reduzieren und für eine abgeschlossene Grundschulausbildung aller ArbeiterInnen sorgen. Zugleich schlagen wir vor, daß für jeden einzelnen Betrieb ein Arbeitskräfteprofil (Aufgaben und Verantwortlichkeiten, freie Stellen, Lücken im vorhandenen Wissen) erstellt wird, um Projekte der Weiterbildung in Technik und Verwaltung durchführen zu können, damit die nötige technische Qualifikation zur Nutzung der schon vorhandenen Ressourcen zustandekommt. Wenn neue Techniken und neue Arbeitsverfahren eingeführt werden, so muß die entsprechende Ausbildung als davon untrennbar angesehen werden.

GESUNDHEIT

Die medizinische Versorgung der ArbeiterInnen stützt sich im wesentlichen auf firmeneigene Mittel, für die Familienmitglieder aber sind hauptsächlich Regierungsprogramme verantwortlich. Das ist widersinnig. Einerseits leisten fast alle ArbeiterInnen Beiträge zur Sozialversicherung, zugleich aber geben fast 3/4 davon an, keinerlei Leistungen von dieser Stelle zu erhalten. Demnach kommen die Unternehmen für Leistungen auf, für die eigentlich der Staat zuständig ist. Unbedingt muß das Ausmaß der medizinischen Versorgung weiter aufrecht erhalten und nach Möglichkeit ausgedehnt werden. Die ArbeiterInnen sagen, daß einer der wichtigsten Gründe für Verspätungen oder Absentismus gesundheitliche Probleme sind. Die Notwendigkeit der Erhaltung der Arbeitskraft wird sich noch stärker bemerkbar machen, wenn das Produktionsvolumen der Betriebe wieder zu wachsen beginnt. Klar ist, daß nur eine Minderheit der ArbeiterInnen für private Krankenversorgung aufkommen kann; daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Unternehmenspolitik, die darauf abzielt, die Zuständigkeit für die Krankenversicherung selbst zu übernehmen oder aber dafür zu kämpfen, daß das Sozialversicherungssystem seinen Verpflichtungen entsprechend den Beiträgen der ArbeiterInnen nachkommt.

AUSSICHTEN

Unter den GesellschafterInnen herrscht die Überzeugung vor, daß es notwendig ist, die Gewerkschaften als allgemeine Interessenvertretung der ArbeiterInnen funktionsfähig zu halten. Nur in Chiltepe gibt es keine Gewerkschaft, und anscheinend funktioniert hier die GesellschafterInnenversammlung als geeigneter Ersatz. Aber in den anderen Betrieben werden Gewerkschaften als notwendig erachtet: zur Verteidigung schon erkämpfter Rechte, als Schutz der ArbeiterInnen gegenüber den die Mehrheit bildenden GesellschafterInnen, zur Vermeidung von feindlichen Maßnahmen und auch zum Kampf für die Forderungen der ArbeiterInnen.

Desgleichen meint eine große Mehrheit (62%), daß GewerkschaftsführerInnen sich auf diese Funktionen beschränken und keine direkten Verwaltungsaufgaben übernehmen sollten.

Das deutet daraufhin, daß die GesellschafterInnen sich noch nicht als EigentümerInnen, sondern als LohnarbeiteInnen sehen, was vielleicht in direktem Zusammenhang damit steht, daß die Betriebe sich im Übergang zur Aktienübereignung an die GesellschafterInnen und zur Erwirtschaftung von Gewinnen befinden.

Es müssen noch Anstrengungen unternommen werden, die ArbeiterInnen davon zu überzeugen, daß ihre tatsächliche (nicht nur formale) Beteiligung an der Betriebsführung unabweislich notwendig ist, wenn Produktion und Produktivität wachsen sollen. Zugleich müssen Verfahrenswege geschaffen oder verbessert werden, die diese echte Beteiligung garantieren. Solange dies nicht gelingt, werden sie kaum akzeptieren, daß ihre Vertreter Verantwortung in Leitung und Verwaltung der Betriebe übernehmen müssen.

Jedenfalls ist die Einstellung der ArbeiterInnen gegenüber der Betriebsleitung nicht durch Konfliktfreudigkeit, sondern durch Zurückhaltung gekennzeichnet.

Eine Mehrheit glaubt, daß im Verhältnis von Gewerkschaft und Leitung Solidarität und Kooperation vorherrschen sollten, ein kleinerer Anteil sagt, daß es hauptsächlich um Kampf und Auseinandersetzung gehen muß. Dieser Punkt wird unterstrichen durch die Feststellung, daß 63% der ArbeiterInnen meinen, daß die Gewerkschaft ihre Arbeit auf den Kampf für die unmittelbaren Forderungen der ArbeiterInnen und für die Rentabilität und das produktive Wachstum der Betriebe konzentrieren soll. ●

(1) in deutscher Übersetzung erschienen im November 93 in einer Broschüre über den APT (76 S., 10 DM). Bezugsadresse: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 42013 Wuppertal

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Wegweiser durch den Szene-Dschungel

Stadtbücher und regionale Verzeichnisse

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre entstanden eine Vielzahl von Medienprojekten mit regionaler Ausrichtung, die unter dem Begriff -Alternativpresse- zusammengefaßt werden. Der Nährboden dieser Medien – neben den Printmedien, 16-mm-Film, Fotogruppen, erste Versuche mit freien Radios und der sich entwickelnden Videotechnik – war eine Szene, welche neue Formen des Zusammenlebens (Wohngemeinschaften) und neue Formen der Arbeit (selbstverwaltete Betriebe) ausprobierte. Außer den -Volksblättern-, welche ihre Ausrichtung auf die Bürgerinitiativenbewegung hatte und damit sich aus den engeren Szene-Rahmen lösten, waren die -Stadtzeitungen- und später die -Stadtmagazine- Seismographen und -Vereinsblatt- in einem (1).

Parallel zu dieser Entwicklung entstanden die regionalen Stadtbücher. Teilweise traten als Herausgeber die Redaktionen der jeweiligen Stadtzeitung auf oder es bildete sich wie z.B. in Berlin ein eigener Kreis um dem -Stattbuch-Verlag-. Gerade in dieser Stadt mit seiner unüberschaubaren Projektelandschaft, zeigen sich auch die Grenzen eines -Wegweiser durch das andere Berlin-. Schon in der Ausgabe 3 (1984) umfaßte das Buch 976 Seiten. Damit waren auch die Grenzen der Übersichtlichkeit, welches die Intention der Herausgabe eines Stadtbuches ist, erreicht. Ebenso ist vom missionarischen Schwung, der Hoffnung etwas in Gang zu setzen, wenig übrig geblieben. Hieß es noch im -Stattbuch 1- (1978) zur Motivation der Herausgabe: -Es sollte Neuankömmlingen in der Stadt eine Orientierung sein, es sollte für alle Leute, die auf der Suche sind nach Ansätzen nichtentfremdeter Arbeit, nach Beratungsstellen, die sich für die Interessen ihrer Klienten engagieren, nach Gruppen, die der Ignoranz, der Menschenfeindlichkeit, der Unterdrückung von Minderheiten und der politischen Entrechtung den Kampf angesagt haben, ein Wegweiser durch eine Stadt werden, die jeden vergißt, der sich nicht nahtlos in ihre festgefügten Normen einpaßt.- Der -Neuankömmling in der Stadt- , welcher noch 1978 in -Stattbuch 1- begrüßt wurde, ist knapp 15 Jahre später umgeben von einem alternativen Markt, wo er z.B. in einem eigenen Wegweiser aus hunderten von Therapieangeboten auswählen kann.

Die Hochzeit der Stadtbücher ist vorbei. An Hand der bibliographisch erfaßten Stadtbücher – natürlich ohne Vollständigkeitsanspruch! – läßt sich nachweisen, daß die regionalen Verzeichnisse ein Ergebnis der politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung Ende der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre sind (2). Von den 50 erfaßten Stadtbüchern wurden von 1978 bis 1980 insgesamt 13 Publikationen herausgegeben, von 1981 bis 1985 insgesamt 27 Bücher und von 1986 bis 1989 waren es noch 11 Stadtbücher.

Heute ist zumindest in Großstädten die politische und kulturelle Oppositionsbewegung – soweit sich noch als gesellschaftliche Opposition versteht – derart aufgesplittert, daß auch die verschiedenen Gruppierungen ihre eigenen -Wegweiser durch die Region- herausgeben. Am deutlichsten wird dies bei Frauenprojekten, die mittlerweile z.B. in Berlin und Frankfurt einzig unter dem Aspekt der -Frauen- ihre Adreßbücher zusammenstellen. Dies ließe sich beliebig auch bei anderen sozialen Bewegungen und Gruppierungen nachweisen.

Überregionale Adreßverzeichnisse

Als eine Strömung aus dem Auflösungsprozess der Studentenbewegung bildeten sich etwa ab 1974 verstärkt Produktions- und Lebensgemeinschaften. Den deutlichsten Ausdruck findet diese Richtung innerhalb der Alternativbewegung in den Landkommunen. Nachweislich festgehalten sind diese -ansonsten öffentlich wenig wahrgenommenen Einzelinitiativen und Projekte, die nicht wirtschaftlich oder subsistenzwirtschaftlich angelegt sind- (Wolfgang Beywl) seit 1976 im jährlich herausgegebenen -Alternativen Adreßbuch-. Ab 1984 erschien das Nachfolgeprojekt -Connexions-. Endsprechend dem damaligen Zeitgeist in der Alternativbewegung, bildete sich um den HerausgeberInnenkreis – -Free-Work- aus Ober-Olm bei Mainz – ein Netzwerk verschiedenster Ansätze gemeinschaftlicher Wohn- und Arbeitsprojekte.

Charakterisch für die Kommunikatonsstrukturen war die Bereitschaft der aufgelisteten Personen und Projekte über eine -Geschäftsbeziehung- hinaus zu gehen. In den Selbstdarstellungen im -Alternativen Adreßbuch- wird immer wieder zu direkter Kontaktaufnahme aufgefordert. Daniel C. aus Entrevanzix (Frankreich) zum Beispiel schließt seinen Text ab mit: -Während des gesamten Jahres können 3 oder 4 Leute mit Schlafsack bei mir übernachten. Im Sommer besteht die Möglichkeit zum campen. Ich freue mich über Besuch!-

Ein anderes nationales Adreßbuch-Projekt, welches mittlerweile in der sechsten Ausgabe vorliegt, ist -Das Alternative Branchenbuch-. Symbolisch steht dieses Adressenverzeichnis für die Entwicklung der 90er-Jahre. Neben den bundesweiten Adreßbüchern, die sich thematisch beschränken (Medien, Frauenprojekte, Selbsthilfe, Antifaschismus etc.) ist -Das Alternative Branchenbuch- die umfangreichste öffentlich zugängliche Adressensammlung mit dem Schwerpunkt -umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen-. Über 21.000 Bezugsquellen werden genannt: von Abfallberatung über Kosmetik bis hin zu Wurmzüchter. Nicht ökologische Apokalypse ist hier angesagt, sondern -neue Lösungen haben nichts mit Verzicht, Anklagen oder Leiden zu tun, intelligente und lebensfreundliche Aktivitäten sind auf dem Vormarsch.- (3)

Ohne jetzt im einen Fundamentalismus abzugleiten, kann aber -Das Alternative Branchenbuch- – genauso wie andere Projekte, z.B., Ökobank, Verbraucherinitiative, Verkehrsclub Deutschland usw. – als Synonym für den Wertewandel in der Gesellschaft genannt werden. Das sich entwickelte ökologische Bewußtsein breiter Kreise hat mittlerweile dazu geführt, daß dieses Bedürfnis von einer Unzahl regionaler und nationaler Verbände, Institute und Dienstleistungsunternehmen aufgenommen und mit Informationsangeboten befriedigt werden soll. Allein die bundesweite -Verbraucherinitiative- hat über 30.000 Anfragen in Jahr. Der Slogan aus der Ökologiebewegung -global denken – lokal handeln- ist hier endgültig marktwirtschaftlich umgesetzt worden.

Die »BUNTEN SEITEN« von CONTRASTE

Die Zeit, in der die erste Ausgabe der BUNTEN SEITEN erschien (Frühjahr 1986), war bei den selbstverwalteten Betrieben von Umbruch geprägt. Im Editorial heißt es dazu: -Auf der Projektemesse 1983 wurde die Parole ausgegeben 'Verbände gründen' und es wurde gegründet bzw. sich formiert. In Hessen und Bremen und auch in lokalen Zusammenhängen, vor allem dort, wo es um Staatsknete geht. Die Berliner Wintertag brachten die Branchen näher. Und wenn sich auch nicht alle Branchen institutionell vernetzt haben wie die Fahrradläden, so gibt es immerhin ein DrukkerInfo, regelmäßige Schreiner- und Bauleutetreffen u.a. mehr.-

Diese Adressenliste sollte auch Instrument sein, um in die Vernetzungsdiskussion einzugreifen und -einmal ganz praktisch aufzuzeigen, inwieweit Betriebe, Projekte, Netzwerke etc. bereit sind, in einem 'BRD'-weiten Adress- und Anzeigenteil die bestehenden Verknüpfungen auch zu dokumentieren-. Der Anspruch, ein -Baustein der Vernetzung- zu sein, konnte in den nächsten zehn halbjährlichen CONTRASTE-Beilagen insofern eingelöst werden, daß seitdem ein Adressenverzeichnis vorliegt, welches -derzeit der aktuellste Adressenpool- (B. Runge/F.Vilmar) ist.

Als Gründe kann die Nähe der Redaktion zu den Projekten genannt werden. Deutlichster, weil konzeptioneller Unterschied zu anderen Adressenbüchern ist wohl der, daß die -BUNTEN SEITEN- im ursprünglichen Sinne -von unten getragen- sind. Eine Reihe von regionalen Verbänden, z.B. -Netzwerk Selbsthilfe- in Berlin, haben durch die Bereitschaft, die Adressenlisten zu überarbeiten, zur Kontinuität der -BUNTEN SEITEN- beigetragen. Von diesem Wechselverhältnis zwischen Projekten und Redaktion sind auch die -BUNTEN SEITEN-, – im Gegensatz zu anderen professionellen Abdreßbüchern, etwa das schon vorgestellte -Alternative Branchenbuch- –, abhängig. Die Geschichte von CONTRASTE ist immer auch Ausdruck gewesen, wie sich qualitativ und quantitativ die selbstverwalteten Betriebe entwickelten. Von daher sind auch die -BUNTEN SEITEN- Spiegelbild der Geschichte der Selbstorganisation in der BRD. ●

Anmerkungen:

(1) u.a. zum Komplex Alternativzeitungen: Karl Heinz Stamm, Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen. Frankfurt/New York, 1988

(2) Bibliographisch erfaßt wurden die Stadtbücher bisher in: Brigitte Runge/Fritz Vilmar, Handbuch Selbsthilfe, Frankfurt/Main, 1988 und bei: Waldemar Schindowski, Alternative Ökonomie. Eine Bibliographie, Berlin 1990 Auflistung, nach Städten geordnet

(3) Altop-Verlag (Hg.), Das Alternative Branchenbuch, Ausgabe VI 1994, München 1993

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

BUNTE SEITEN 1994/95

Im Oktober diesen Jahres ist es wieder soweit! Die BUNTEN SEITEN – der Adressenführer durch die Selbstverwaltungsszene – erscheinen im neuen Gewand. Statt wie gewohnt im unhandlichen Zeitungsformat werden die BUNTEN SEITEN im Buchformat (DIN A4) erscheinen. Damit ist endgültig die Zeit des umständlichen Hantierens bei der Suche nach Adressen vorbei.

Ob Tagungshaus oder Freie Schule, ob Stadtteilkneipe oder Naturkostladen, ob Beratungs- oder Frauenprojekt, alles ist dann (natürlich mit fünfstelligen Postleitzahlen) auffindbar. Aber nicht nur die Aufmachung wird sich ab Herbst ändern. Neben der Auflistung nach Postleitzahl werden ein Register Ort-PLZ, Branchenregister, Landkarte mit Leitpostzahlen, sowie Namensregister der vertretenen Projekte und Initiativen als Hilfsmittel zur Verfügung stehen.

Wenn auch die BUNTEN SEITEN in der Vergangenheit -der aktuellste Adressenpool- (F. Vilmar/B. Runge) waren, so ist es trotzdem notwendig, permanent daran zu arbeiten. Die nächste Ausgabe wird komplett überarbeitet und erweitert werden. Waren im letzten Verzeichnis z. B. 227 Frauenprojekte vertreten, so werden es in diesem Jahr ca. 1.000 aus diesem Bereich sein. Auch ist nicht einzusehen, daß zwar eine ganze Reihe von Buchläden vertreten waren (insgesamt 106), aber auch eine Anzahl von alternativen und linken Buchläden in den BUNTEN SEITEN fehlten. Dieser Mangel soll behoben werden. Systematisch wird deshalb daran gearbeitet, -Lücken- der vergangenen Ausgaben zu schließen: Branche für Branche, Region um Region.

Unter Mithilfe der CONTRASTE-LeserInnen und der Branchen-Verbände werden die bisherigen Adressen aus dem traditionellen Bereich der Selbstverwaltungswirtschaft aktualisiert und um Adressen aus den Bereichen Selbsthilfe, Gesundheit, Alternativmedien und Multiplikatoren im weitesten Sinne, Dritte Welt-Projekte, Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, Kulturinitiativen erweitert werden. Damit gehen wir über unseren bisherigen Kreis hinaus, werden somit auch dem verstärktem Interesse außerhalb der Selbstverwaltungsszene gerecht.

Die BUNTEN SEITEN sollen einen Handbuch-Charakter erhalten. Für den Benutzer und die Benutzerin ergibt sich daraus der klare Vorteil, statt mühselig nach einzelnen Anschriften aus den unterschiedlichsten Bereichen zu suchen, diese kompakt in den BUNTEN SEITEN auch zu finden.

Dieses umfassende Adressenverzeichnis wird über Buchhandlungen, Naturkostläden, anderen Verkaufsstellen und direkt über CONTRASTE vertrieben. Durch den erweiterten Vertriebskreis werden die BUNTEN SEITEN zu einem interessanten Werbeträger. Bei Interesse an einer Anzeigenschaltung bitte die Anzeigenpreisliste bei CONTRASTE, Redaktion BUNTE SEITEN, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, anfordern.

Die Produktion als Handbuch hat seinen Preis: ca. 30,– DM werden die BUNTEN SEITEN kosten. CONTRASTE-AbonnentInnen können diese für 20,– DM bestellen. In den nächsten Wochen wird jede/r AbonnentIn benachrichtigt und kann sich entscheiden, ob er/sie auch weiterhin diese wichtige Adressenliste beziehen will. ●

W.S.

VERNETZUNGSTREFFEN KURZ BELICHTET

20. bis 27. Juli '94

Sommercamp der Gemeinschaftsprojekte

Das Camp wird als Chance begriffen, die ganze Vielfalt von Gemeinschaften kennenzulernen und im persönlichen Austausch eine direkte Auseinandersetzung zu führen. Es besteht die Hoffnung, daß auf dieser persönlichen Basis ein Bewußtsein entwickelt wird dafür, daß viele auf dem Weg und alle – auch mit ihren Besonderheiten, Fehlern und Schwächen – ein Teil der Lösung sind. Die Bewegung könnte so lernen, sich als -in Bewegung- wahrzunehmen und mehr Kraft und Vertrauen für Zusammenarbeit und politische Perspektiven zu gewinnen.

Programmschwerpunkte:

Mi. bis Fr.: Gemeinschaftsthemen gemeinschaftlich erleben – themenzentrierte Kleingruppen:

- Utopie und Realität
- Liebe, Sexualität, Partnerschaft und Gemeinschaft
- Macht und Ohnmacht
- Spiritualität und Gemeinschaft
- Natur und Ökologie
- Weitere angeregte Themen: Kinder in der Gemeinschaft – verschiedene Gemeinschaftsformen im Vergleich: von der Kommune bis zur Nachbarschaft – Verlaufsformen von Gemeinschaftsbildung: Erfolg und Scheitern – Sucht und Gemeinschaft – Ökonomiemodelle: zwischen Geld und Selbstversorgung... sowie die Idee einer themenlosen Gruppe zur menschlichen Begegnung im ideologie- und projektfreien Raum.

Sa./So.: Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Selbstverständnis:

- Vorstellung und Auswertung der Arbeiten der Kleingruppen
- -Markt der Möglichkeiten-
- Kultur, etc.

Mo./Di.: Vernetzungsperspektive und politische Vision:

- interner Austausch
- Außendarstellung und politische Perspektive

Teilnahmebedingungen: Es sind nur Projektmitglieder und in der Vernetzung arbeitende Menschen eingeladen – keine ProjektsucherInnen! Anreise nur Dienstag- und Freitag- und Samstagabend möglich. Grundpreis 20,- DM/Tag, für die ganze Zeit 120,- DM, für das Wochenende 60,- DM.

Anfragen und Anmeldungen bis 15. Mai an:
ÖKODORFPROJEKTZENTRUM, Dorfstr. 4, 29416 Groß Chüden, Tel.: 0390171227, Stichwort: Vernetzungscamp

HandwerkerInnen in Niederkaufungen:

Neuer Berufsverband gegründet

Mitte April fand im Tagungshaus der Kommune Niederkaufungen die Gründung des -Berufsverbandes Unabhängiger HandwerkerInnen- statt. Gemeinsames Ziel der anwesenden HandwerkerInnen aus dem Baubereich war es, eine Plattform für selbständiges Arbeiten ohne Meistertitel zu schaffen.

Die Anwesenden berichteten von ihren zum Teil sehr negativen Erfahrungen mit den Ordnungsämtern bei der Ausstellung eines Reisegewerbescheins und den Handwerkskammern, die sich mit dem Vorwurf der Schwarzarbeit eine lästige Konkurrenz vom Halse schaffen wollen.

Um hier mehr Rechtssicherheit zu schaffen, soll in Zukunft u.a. auch geprüft werden, in wie weit das deutsche Handwerks- bzw. Gewerberecht unzureichend gestaltet ist und eine Gewerbefreiheit zu sehr einengt. So ist bei der letzten Verabschiedung der Änderungen in der Handwerksordnung auch vom zuständigen Bundestagsausschuß an den hohen Zugangsvoraussetzungen für inländische Selbständige im Handwerksbereich Kritik laut geworden. Hier sieht der Verband eine Möglichkeit der Klärung der eigenen Rechtsposition, die evtl. mehr Gewerbefreiheit zuläßt.

Weitere Informationen bei: Berufsverband Unabhängiger HandwerkerInnen, c/o K. Müller, Loher Str. 16, 29348 Dalle/Eschede

Bayern

Know-how für soziale Organisationen

Das Institut für Beratung und Projektentwicklung (IBPro) hat sein aktuelles Seminarprogramm Herbst/Winter 94/95 veröffentlicht. Es wendet sich an gemeinnützige und soziale Organisationen und Projekte. Im Vordergrund stehen Themen wie Finanzierung, Arbeitsorganisation und -methodik und Arbeiten in Teams. Ziele sind effektiveres und professionelleres Arbeiten sowie die finanzielle Absicherung von Organisationen.

Beispiele für Seminarangebote sind Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Büroorganisation und schriftliche Kommunikation.

Nähere Auskünfte und das Programm sind erhältlich bei: IBPro, Hartmut Hofbauer, Kaulbachstr. 85, 80802 München, Tel. (0 89) 34 33 53, Fax 34 57 85.

DIE WESPE IN NEUSTADT/WEINSTRASSE

Regionale Vernetzung

Ein Insekt breitet sich aus

Seit 1990 existiert in Neustadt ein dezentrales Projekt mit dem Anspruch, eine Kleinstadt anarchistisch zu »unterwandern«, in dem alle Lebensbereiche »ökologisch, selbstverwaltet, libertär« gestaltet werden: Die WESPE (Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen) in Neustadt an der Weinstraße

Der Ökohof in Neustadt/Weinstraße — Foto: WESPE-Archiv

AM ANFANG WAR DAS BUCH ...

Elisabeth Voß, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● 1985 erschien das Buch »Das Projekt A« von Horst Stowasser, einem Anarchisten, der in Wetzlar das »Anarchistische Dokumentationszentrum« (adz) aufgebaut hatte: ein Entwurf eines Projektes zur praktischen Umsetzung von Anarchie im Alltag. Durch einen Zusammenschluß von selbstverwalteten wirtschaftlichen Betrieben, sozialen Einrichtungen und politischen Initiativen sollte ein soziales Gebilde entstehen, welches zum einen für die Beteiligten ein Stück der großen Utopie vom Leben in Solidarität und Freiheit er-lebbar machen würde, zum anderen – beginnend in einer westdeutschen Kleinstadt – modellhaft weitere solcher Projekte anstoßen könnte, verteilt über Europa oder sogar weltweit. Dieses Netz von A-Projekten sollte die Basis einer revolutionären anarchistischen Bewegung bilden.

Das Buch wurde konspirativ, in numerierten Einzelexemplaren, in der Szene verteilt, um den Projektbeginn (die anarchistische »Unterwanderung« einer westdeutschen Kleinstadt durch Anmieten bzw. Kauf von Gewerbe- und Wohnobjekten) nicht durch zu große öffentliche Aufmerksamkeit zu gefährden. Das Projekt wurde über einige Jahre von mehreren hundert Menschen in wechselnder Zusammensetzung diskutiert, und von der sich herausbildenden Gruppe theoretisch und praktisch vorbereitet.

Das Fahrradkollektiv mit FreundInnen — Foto: WESPE-Archiv

... UND DIE SZENE IN NEUSTADT

Mitte der 80er Jahre gab es in Neustadt drei selbstverwaltete Betriebe: eine Möbelschreinerei, einen Betrieb für Möbelrestauration und ökologische Baustoffe und einen Buchladen. Desweiteren im benachbarten Lambrecht ein Kulturzentrum und im 15 Kilometer entfernten Elmstein das anarchistische »Internationale Medienzentrum«.

Unter anderem angestoßen durch den Volkszählungsboykott, entstand das Bedürfnis in dieser Szene, mehr zusammen zu machen. Es gab monatliche Treffen, auf denen über Anarchie, Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Neustädter Szene und die Gründung eines Projektzentrums diskutiert wurde.

DAS PROJEKT A IN NEUSTADT

1988 gab es die ersten Kontakte zwischen Leuten der Projekt A-Gruppe und der Neustädter Szene, und nach vielen Diskussionen wurde der Verein »Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen« (WESPE) gegründet, der Mitte '89 eine ehemalige Möbelfabrik im Stadtzentrum pachtete, und ein Jahr später dann kaufte: den »Ökohof«.

Dieser bietet heute Platz für zwei Wohngemeinschaften, eine baubiologische Fachhandlung, die Ausstellungsetage einer Möbelschreinerei und die Werkstatt einer Bauschreinerei. Im Keller befindet sich der Probenraum der WESPE-MusikerInneninitiative. Die ebenfalls auf dem Ökohof untergebrachte provisorische Kantine soll demnächst durch eine Kulturkneipe mit Gastronomie überflüssig werden, die auf dem Ökohof vom »Kneipenkollektiv Wespennest« errichtet wird. Ein Betrieb für Solartechnik, Installationen, Fahrradanhänger und Erfindungen ist im Sommer '93 aus Platzgründen aus dem Ökohof ausgezogen in ein größeres Gebäude auf einem Industriegelände am Stadtrand.

Weitere in den letzten Jahren entstandene WESPE-Betriebe sind: Naturkostladen, Fahrradladen, umweltanalytisches Labor, Werbeagentur, »Antikladen« in Deidesheim, Naturwaren-Spedition (als Einmannbetrieb der Rest eines ursprünglichen Kollektivs) und ein Laden für Percussions und gebrauchte Elektro- und elektronische Geräte, der auch von einem Einzelmenschen betrieben wird.

Neben den Betrieben gibt es in Neustadt eine Reihe von Initiativen: Horst Stowasser ist mit seinem »adz«, das nun »AnArchiv« heißt, nach Neustadt gezogen. Die Mediengruppe »Publik« bringt monatlich die WESPE-Zeitung »Stichpunkte« heraus, neuerdings auch ein internes Blättchen »xyz«, und macht die sonstige Öffentlichkeitsarbeit der WESPE. Darüberhinaus gibt es noch eine Kulturgruppe, die sich als eigenständiger Verein konstituiert hat und verschiedene Veranstaltungen (Musik und Literatur) organisiert. Ab 1995 ist ein eigenes Bildungsprogramm im Rahmen einer »Alternativen Volkshochschule« geplant, und perspektivisch ein Tagungshaus. Ein weiterer Verein sucht Räume und Geld für eine altersgemischte Kinderbetreuungseinrichtung. Die Arbeit in diesen Initiativen ist ehrenamtlich.

Neben diesen langfristigen Gruppen gab und gibt es immer wieder politische Initiativen zu einzelnen Problemen, z.B. seinerzeit gegen den Golfkrieg, praktische Unterstützung der hier kasernierten Flüchtlinge, verschiedene Antifa-Aktionen und eine projektinterne Struktur zur finanziellen Unterstützung für Frauen, die von der Verschärfung des 218 betroffen sind.

SOZIALE VERNETZUNG

Zur WESPE gehören mittlerweile zwischen 100 und 200 Menschen. Das läßt sich deswegen nicht genauer sagen, weil es zwar einen Verein »WESPE« gibt, die Mitgliedschaft in diesem jedoch keine zwingende Voraussetzung ist, um dazuzugehören. Es gibt auch keine Definition für diese Zugehörigkeit, sondern sie ergibt sich aus dem Leben. Da gibt es die Menschen, die in einem WESPE-Betrieb arbeiten (das sind so etwa 50, von denen jedoch nicht alle voll bezahlt werden, z.B. sind einige UmschülerInnen überwiegend vom Arbeitsamt finanziert) und/oder in einer der vielen Wohngemeinschaften leben (davon gibt es zur Zeit 12, davon sind 3 Frauen-Wohngemeinschaften). Aber auch allein oder in einer Kleinfamilie Lebende, Menschen in bürgerlichen Jobs, bisher nicht der WESPE angegliederte EinzelunternehmerInnen oder Arbeitslose, die sich in WESPE-Zusammenhängen engagieren oder einfach mal zum gemeinsamen Frühstück kommen, das monatlich stattfindet, und öffentlich ist. Auch eine kleine Landkommune auf Korsika fühlt sich der WESPE zugehörig.

Einige der Projektmitglieder sind wegen dem Projekt A nach Neustadt gekommen, mit einer politischen Perspektive. Andere kommen, weil sie in einem bestimmten Kollektiv arbeiten möchten. Es gehören auch Menschen dazu, die mit Politik nicht viel am Hut haben, aber das soziale Miteinander schätzen. Gemeinsam ist allen, daß sie – wenn auch auf unterschiedliche Weise – für sich und ihr Leben mehr suchen, als die bürgerliche Gesellschaft zu bieten hat. Die WESPE ist offen und verlangt als Eintrittskarte kein Glaubensbekenntnis zur Anarchie. In dieser Vielfältigkeit ergeben sich immer wieder Konflikte, zu deren Bearbeitung es bisher keine klaren Strukturen gibt. Für harte Auseinandersetzungen um finanzielle Konflikte (denen meistens zwischenmenschliche Verletztheiten zugrundeliegen) finden sich auf Nachfrage im Einzelfall SchlichterInnen oder Leute zum Reden, aber von manchen wird die soziale Unverbindlichkeit bemängelt.

Durch das schnelle Anwachsen des Projektes ist das Wir-Gefühl der ursprünglichen Gruppe verlorengegangen, es gibt nicht mehr die große WESPE-Familie, sondern verschiedene Untergruppen (Frauengruppe, Kommunegruppe, und unterschiedliche Zugehörigkeiten nach Interessen, Gewohnheiten, etc.), und immer wieder Einzelne, die dabei übrigbleiben und durch's soziale Netz rutschen. Wie wohl in den meisten Projekten dieser Art erfordert auch die Zugehörigkeit zur WESPE ein gewisses Maß an Selbstvertrauen, Durchsetzungsfähigkeit und sozialer Kompetenz.

ORGANISATORISCHE VERNETZUNG

Oberstes Entscheidungsgremium der WESPE ist das monatlich stattfindende Plenum, das für alle Projekt-Beteiligten offen ist und nach dem Konsensprinzip entscheidet. In letzter Zeit ist es weniger gut besucht, was schon zu der Frage führte, wieviele Entscheidungsbefugnisse es sich zugestehen kann. Ebenfalls monatlich treffen sich im NutzerInnenrat alle, die auf dem Ökohof wohnen oder arbeiten, zur Klärung praktischer Fragen rund um den Ökohof. Die laufenden Geschäfte der WESPE werden von einem ehrenamtlichen Verwaltungskollektiv geführt.

WIRTSCHAFTLICHE VERNETZUNG

Das Lohnniveau in den WESPE-Kollektiven ist extrem niedrig (so ungefähr zwischen 1.100,– und 1.500,– DM netto im Monat). Dabei gibt es Einheits- oder Bedarfslohn, und geringe Zuschläge für Kinder. Darüberhinaus erhalten die Kollektivmitglieder weitere Leistungen (allerdings nicht in allen Betrieben): Rabatte bei Bezug von Waren oder Dienstleistungen durch andere WESPEBetriebe (die werden teilweise auch Einzelpersonen gewährt, die zu WESPE gehören), betrieblich finanziertes Mittagessen in der Kantine (oder auch im Betrieb gekocht), und die Kindertage: Eltern oder dauerhafte Bezugspersonen von Kindern werden innerhalb ihrer bezahlten Arbeitszeit für 2-3 halbe Tage von den Betrieben zur Kinderbetreuung freigestellt. In der Gestaltung ihrer Löhne und Sozialleistungen sind die Betriebe autonom.

Ende '92 wurde der »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe« (RGW) gegründet. Einmal monatlich treffen sich hier – während der Arbeitszeit – VertreterInnen aller WESPE-Betriebe, um gemeinsame finanzielle Belange zu besprechen. Vor allem geht es um die Vergabe kurzfristiger Kredite an Betriebe, die Liquiditätsengpässe haben. Aber auch weitergehende Hilfeleistungen und Beratungsmöglichkeiten zwischen den Betrieben werden hier besprochen.

Die Frage »Was ist ein WESPE-Betrieb« beschäftigt zur Zeit das RGW-Perspektivtreffen, das ebenfalls monatlich stattfindet, aber abends und für alle Interessierten offen, und auf dem grundsätzliche wirtschaftliche Fragen besprochen werden. Die Diskussion ist bisher soweit gediehen, daß es keine Kriterien zum Abhaken geben kann, wohl aber gemeinsame Zielvorstellungen hinsichtlich Betriebsstruktur, Löhnen, Produkten und dem Umgang der Betriebe miteinander (z.B. Rabatte, Konkurrenz, etc.). Diese sollen möglichst konkret erarbeitet werden und an ihnen werden sich zukünftige Diskussionen mit weiteren Betrieben, die an einer WESPE-Mitgliedschaft interessiert sind, orientieren.

Daß es bisher keine weitergehende wirtschaftliche Vernetzung zwischen den Betrieben gibt, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß WESPE in dieser Form nicht möglich gewesen wäre ohne das – auch ökonomische – Zusammenwirken der Betriebe und Einzelpersonen. Arbeiteinsätze, Kredite und Bürgschaften für den Ökohof stellen einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor dar, und solcherart Unterstützung hat auch so mancher WESPE-Betrieb bereits bekommen. Es gibt – abgesehen von den RGW-Krediten – bisher keine organisierte Form der ökonomischen Vernetzung (ein Mietausgleich war mal im Gespräch, ist aber zur Zeit auf Eis gelegt), aber eine Fülle an solidarischer Hilfsbereitschaft (Beratung, Auftragsvergabe, Unterstützung durch das Verleihen von Autos und Geräten, etc.), die aus dem sozialen Miteinander entsteht – allerdings nicht immer selbstverständlich und konfliktfrei. ●

Kontakt:
WESPE, Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen, Friedrichstr. 36, 67433 Neustadt

Der Ökohof — Foto: WESPE-Archiv

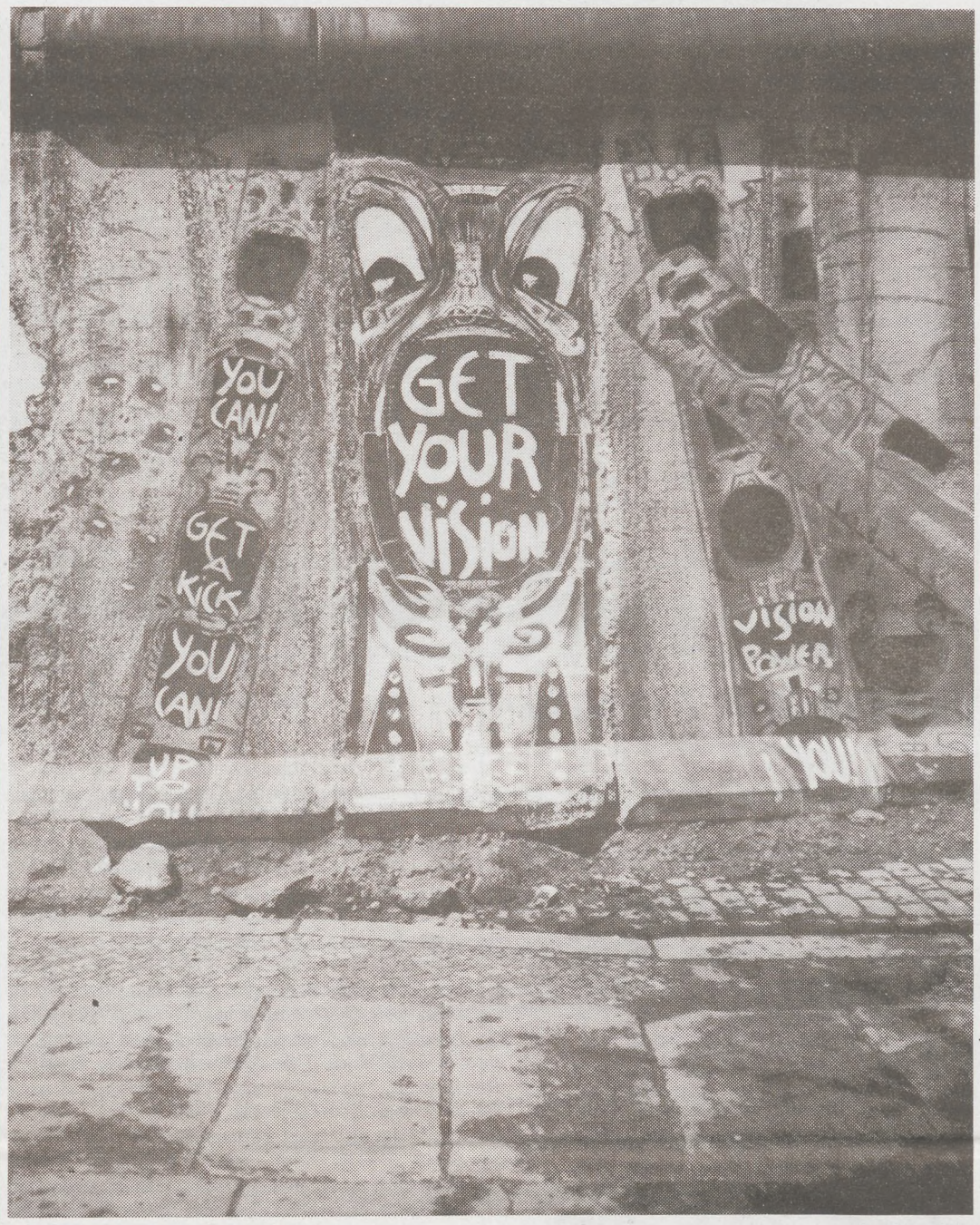
Dieser Beitrag ist ein (gekürzter und leicht veränderter) Vorabdruck aus: Flieger, Nicolaisen, Schwendter (Hrsg.): »Gemeinsam mehr erreichen – Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte. Theorie – Beispiele – Hilfen«, das im Herbst im AG SPAK-Verlag erscheinen wird.

BERLIN: »RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE« (RGW)

Regionale Vernetzung

Kollektiv geht nicht alles schief

Um von SteuerberaterInnen und anderen ExpertInnen unabhängig zu werden, versuchen einige Kreuzberger Betriebe, sich das erforderliche Wissen gemeinsam anzueignen.



Mauerbild von Indiano, Berlin-Kruezberg 1989 Foto: Elisabeth Voß

Elisabeth Voß und Waldemar Schindowski, Red. selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Ende der 80er Jahre taten sich Menschen aus verschiedenen Kreuzberger Kollektiven und aus dem Umfeld des Netzwerk Selbsthilfe zusammen, um sich gegenseitig bei der Buchführung zu unterstützen. Anfangs drei, später immer mehr Leute arbeiteten ehrenamtlich an Wissensvermittlung und konkreter Hilfestellung, und die Nachfrage stieg.

Gleichzeitig gab es überbetriebliche KollektivistInnentreffen zu verschiedenen politischen Themen (z.B. Volkszählung, IWF) und zum Erfahrungsaustausch über Probleme in Kollektivbetrieben (siehe Kasten).

Aus beiden Zusammenhängen entstand 1991 das RGW-Büro, weil die Arbeit anders nicht mehr zu schaffen war. Entstanden ist die RGW-Idee auch, so einer der Mitinitiatoren, aus dem Gedanken heraus: »... daß der Alltag in den Kollektiven so eine Dampfwalze ist, daß überbetriebliche Strukturen kaum erhalten bleiben können oder in den Hintergrund geraten.« Hilfe zur Selbsthilfe in allen Fragen zu Rechtsformen, Finanzierung, Buchführung und Steuern wird dabei auch als »Einflugschneise« zu den Projekten verstanden.

EXPERTiNNENWISSEN TRANSPARENT MACHEN

Das Büro ist Bestandteil des regelmäßigen KollektivistInnentreffens, hat hier seinen politischen Rückhalt und ist ihm gegenüber zu Transparenz verpflichtet. Es soll sich kein ExpertInnentum herausbilden, sondern erklärter Anspruch ist, das vorhandene Wissen an die von ihren Betrieben in den RGW entsandten KollektivistInnen weiterzugeben. Diese sollen nicht nur dazu qualifiziert werden, die Verwaltungs- und Buchführungsarbeiten in ihren Betrieben autonom – das heißt ohne Steuer- und sonstige Beratungsbüros – durchführen zu können, sondern (im Idealfall) innerhalb ihrer Kollektive auch die erforderliche Transparenz herstellen, damit alle die betrieblichen Finanzen durchschauen. Buchhaltung wird dabei nicht nur als ein technisches Hilfsmittel verstanden, damit nicht der Überblick über die Finanzen des einzelnen Projektes verloren geht, sondern auch als Ausdruck der Autonomie der beteiligten KollektivistInnen: »... daß das Wissen als Grundlage dient – ein Betrieb ist ja eigentlich nur ein Mittel zum Zweck – daß es nicht mehr zu solchen Situationen kommt, wo es heißt: Unser Steuerberater hat gesagt, daß wir uns jetzt nur noch 8 DM in der Stunde auszahlen dürfen.«

Es gibt 14tägige Koordinationstreffen, wo der Bedarf der Betriebe festgestellt wird, und dann Treffen zu verschiedenen speziellen Themen, z.B. Jahresbilanztreffen, auf denen die Betriebe gemeinsam ihre Bilanzen erstellen (ohne Betriebsgeheimniskrämerei), simulierte Betriebsprüfungen, um Schwachstellen in den Buchhaltungen festzustellen, und Buchführungskurse auch speziell für Frauen (mangels Fachfrau von einem -mann angeboten).

Einige Leute in der Bürogruppe bringen nützliches Wissen mit, andere wachsen in diese Tätigkeit hinein. Die Arbeit in der Bürogruppe, die zur Zeit von 6 Leuten (5 Männer und 1 Frau) gemacht wird, wird nach dem Bedarfslohnprinzip bezahlt, jedoch bestreitet keineR ihren/seinen Lebensunterhalt ausschließlich damit, sondern die Beteiligten haben darüber hinaus ihren jeweiligen, meist kollektiven Alltag.

VERNETZUNG DURCH ALLE BRANCHEN

Die RGW-Betriebe sind bunt gemischt: verschiedene Handwerksbetriebe, IngenieurInnenbüros, Taxibetrieb, Kneipe, Naturheilpraxis und selbstverwaltete HeilpraktikerInnenschule, Fahrschule, Buchhandlung, Lehmbauverein, Eine-Welt-Laden und Anwältinnenbüro haben sich hier zusammengeschlossen. Eine Ostberliner Druckerei wurde 1990 mit Hilfe von in WestKollektiven gesammelten Geldern gegründet. Während die KollektivistInnentreffen im Prinzip für alle Interessierten offen sind, ist über Kriterien einer RGW-Mitgliedschaft viel diskutiert worden. Im Moment ist es so, daß es keine Einstiegskriterien gibt, sondern je nach Einzelfall entschieden wird.

Finanziert wird das Büro aus Mitgliedsbeiträgen der RGWBetriebe. Diese betragen monatlich zwischen 50 und 500 DM, je nachdem, wieviel der jeweilige Betrieb durch den Verzicht auf externe BeraterInnen einspart. Dafür stehen die Leistungen des Büros den Mitgliedsbetrieben kostenlos zur Verfügung. Der Umfang, in dem das Büro beansprucht werden kann, hängt vom Bedarf und den Möglichkeiten der Büro-Crew ab und ist unabhängig von der Höhe des Mitgliedsbeitrags. Nicht-Mitglieder können gegen Honorar beraten werden, diese Dienstleistungen werden aufgrund des Selbsthilfe-Anspruchs jedoch eingeschränkt.

AUTONOMIE STATT STAATSKNETE

Während viele – auch alternative – Beratungsbüros auf Basis des Beratungsförderungsgesetzes des Bundes arbeiten, ihre Leistungen also teilweise vom Staat finanziert werden, verzichtet der RGW bewußt auf diese Staatsknete. Zum einen, um sich nicht den – überhaupt nicht auf den Bedarf von Kollektivbetrieben zugeschnittenen – Förderungsbedingungen unterwerfen zu müssen (z.B. Anforderungen an Beratungsberichte), zum anderen, weil dieses Gesetz ausdrücklich nur die Förderung von Beratungsleistungen, nicht aber die Begleitung der Betriebe bei der Umsetzung der Beratungsergebnisse vorsieht, die zu einem wichtigen Bestandteil der Arbeit des RGW gehört.

Manchmal ist es noch ein Problem, daß nicht genug professionelles Wissen im RGW vorhanden ist, so daß einige Beratungen viel Zeit beanspruchen, bis die erwünschten Ergebnisse erreicht werden. Oft zeigt sich auch, daß hinter finanziellen oder organisatorischen Problemen gruppendynamische Konflikte stecken, die dann von der Bürogruppe ebenfalls bearbeitet werden – bisher allerdings mehr nach Einfühlungsvermögen und aufgrund persönlicher Erfahrungen als mit professionellen Methoden.

Über die Beratungs- und Schulungsarbeit hinaus fungiert der RGW auch als »Geldverschiebebahnhof«: Aus Geldern, die dem Zusammenhang geschenkt wurden, werden kurzfristige Kredite als Liquiditätshilfe an die Mitgliedsbetriebe vergeben, sowie Kredite zwischen den Betrieben vermittelt. Die Vergabe der RGWGelder erfolgt im Konsens, wobei die persönliche Kenntnis voneinander wichtiger ist als formale Sicherheiten.

WIDERSPRÜCHE UND ERFOLGE

Problematisch ist immer wieder die Differenz zwischen MacherInnen mit Durchblick und KonsumentInnen, die froh sind, wenn ihnen lästige Arbeiten abgenommen werden. Der Vernetzungsanspruch konnte bisher nicht verhindern, daß der RGW vor allem für akute Nothilfe in Anspruch genommen wird. Neuen fällt es oft schwer, sich in diesem gewachsenen Zusammenhang zurechtzufinden, und für Frauen ist der Zugang auch dadurch erschwert, daß sowohl beim KollektivistInnentreffen als auch besonders in der Bürogruppe die Männer in der Mehrzahl sind.

Die bisherige Arbeit des RGW war vor allem ein »learning by doing«. Einige Kollektive sind wieder in herkömmliche Strukturen zurückgefallen: »Wir haben schon erlebt, daß sie Berater für einen Tagessatz von 1.500 DM einfliegen lassen.« Es sind aber überwiegend Beispiele vorhanden, die die geleistete Arbeit sinnvoll erscheinen lassen. Das heutige Frauenkollektiv UFE (Heizung und Sanitär) ist z.B. ein solches. Ursprünglich ein gemischtes Kollektiv, stand es nach dem Weggang von einigen Leuten kurz vor dem Ende. Heute ist es ein Betrieb von 5 Frauen. Wichtig war in der Übergangszeit – neben der praktischen Hilfe – daß die Diskussion mit anderen Kollektiven im Rahmen des RGW von den UFE-Frauen genutzt werden konnte.

Ein wichtiges Anliegen des RGW ist das »PraktikantinnenProjekt«. Dabei geht es darum, daß junge Frauen (zwischen 20 und 30 Jahren) die Möglichkeit bekommen, innerhalb eines Jahres in verschiedenen Kollektiven mitzuarbeiten und sich dann zu entscheiden, ob kollektive Arbeitsstrukturen eine Perspektive für sie sind. Dieses Projekt wird – mit Unterstützung durch den RGW – von den Praktikantinnen selbst verwaltet. Bei dem seit ca. 7 Jahren laufenden Projekt bestand die Gefahr, daß nur noch eine »Selbstrekrutierung« innerhalb der Szene stattfand. Auch aus diesem Grund ist für dieses Jahr geplant, das Praktikantinnen-Projekt einzig mit Emigrantinnen durchzuführen.

Die RGWlerInnen der Bürogruppe verstehen ihre Arbeit nicht als Aufsicht über die Betriebe, sondern als Unterstützung. Neben den praktischen Fragen werden im RGW auch politische Themen behandelt, z.B. die Möglichkeiten kollektiver Strukturen für FreiberuflerInnen (AnwältInnen, IngenieurInnen), und allgemeine Selbstverwaltungs-Probleme, wie sie im Thesenpapier (siehe Kasten) formuliert wurden.

BERLIN-KREUZBERG

Das Modell RGW, welches kein verspätetes Remake des damaligen Wirtschaftsverbundes der staatssozialistischen Systeme sein soll, ist vielleicht nur zu verstehen, wenn die besondere Situation des »Biotop« Kreuzberg berücksichtigt wird. Immer noch hat dieser ehemals eigenständige Postleitzahlbezirk (Kreuzberg 61 und das legendäre SO36) eine Dichte von Kollektiven und Projekten aufzuweisen, die solche Projektzusammenschlüsse wie den RGW begünstigt, sie vielleicht erst ermöglicht. Das noch bestehende Berliner Netzwerk Selbsthilfe (als eines der letzten), die Servicegesellschaften (denen vom Staat die Verwaltung der Massenarbeitslosigkeit zugeschanzt wurde), die Frauenprojekte u.a. sind dabei jeweils Ausdruck der ungewollten Arbeitsteilung in der Berliner Szene. Sie ergänzen sich möglicherweise, sind – wie auch der RGW – Ausdruck einer speziellen Geschichte zwischen dem Paul-LinkeUfer und der U-Bahn-Station Schlesisches Tor und lassen sich nicht ohne weiteres auf andere Städte übertragen. Jenseits dessen, was zur Zeit innerhalb der Selbstverwaltungsszene schleichend um sich greift: eine (schlechte) Kopie des Vorhandenen zu sein, liegt jedoch der überregionale Stellenwert des RGW darin begründet, daß dieser Zusammenhang konkreter Ausdruck ist für Kooperation und gegenseitige Hilfe. ●

Kontakt: RGW c/o Praktische Pädagogik e.V., Zossenerstr. 5, 10961 Berlin

Dieser Beitrag entstand auf Grundlage eines Gesprächs der AutorInnen mit Mitgliedern der Bürogruppe des RGW im März 1994, dem auch die Zitate entstammen. ●

AUS EINEM IMMER NOCH AKTUELLEN THESENPAPIER VON 1989

1. Eine wesentliche Ursache für die Probleme in den Kollektiven dürfte darin liegen, daß keine Sinngebung mehr stattfindet. Es gibt derzeit keine Ideologie oder Bewegung, die Diskussionen in die Betriebe reinträgt. Die Auseinandersetzungen stagnieren, Ziele verschwimmen, eine oder mehrere Orientierungen, Perspektiven fehlen. Das führt dazu, daß einige Betriebe, die ihren betrieblichen Alltag so halbwegs in die Reihe kriegen, weiterwusteln und andere, bei denen es nicht so läuft, aufgeben oder sich umstrukturieren, yuppisieren.

2. Wenn es über dieses Problem zu Diskussionen kommt, wird die »Schuld« meist weggeschoben, also den »anderen« (Feinden) oder den äußeren Umständen (Kapitalismus) gegeben. Diese Argumente benennen reale Probleme und sollen nicht vom Tisch gewischt werden, aber sie klammern die Frage nach der eigenen Verantwortlichkeit aus.....

3. Eine Diskussion um Sinn und Ziel von Kollektiven sollte gerade auch bei lange gehegten Tabus und Prinzipien ansetzen. D.h. nicht, daß alles was entwickelt wurde, über Bord geworfen werden soll, sondern in Frage gestellt und neu diskutiert wird – an den Erfahrungen aus der alltäglichen Praxis.

4. Eine wesentliche Orientierung von Kollektiven ist, daß sie herrschaftsfrei strukturiert sein sollen. Die Erfahrung zeigt, daß sich dieser Anspruch so absolut nicht durchhalten läßt. Auch ohne formale Chefs gibt es in den Kollektiven Hierarchien (Häuptlinge), setzen sich einige besser durch als andere. Die Absolutheit des Anspruchs be-/verhindert eine Auseinandersetzung über die real existierenden Strukturen.....

5. Ein weitverbreitetes Mißverständnis dürfte in der Gleichsetzung von »herrschaftsfrei« und »konfliktfrei« bzw. »harmonisch« liegen. »Herrschaftsfrei« bedeutet in der Realität aber gerade konfliktreich und streitlustig, weil es ja um einen Umgang mit verschiedenen, mehr oder weniger gegensätzlichen Interessen geht.....

6. Eng damit verbunden ist das Postulat der Gleichheit bzw. der Gleichheit der Interessen. Ist das Postulat erfüllt, ist keine Auseinandersetzung notwendig, weil ja eh gleich (angeblich). Ist es nicht erfüllt, geht nichts mehr zusammen – Ende.....

7. Das Kollektiv ist zu einer Autorität geworden, der sich die Individuen unterzuordnen haben. Die Beschlüsse gelten für alle gleich, individuelle Besonderheiten bleiben unberücksichtigt. Bei der Entscheidungsfindung wird meist versucht, die Meinungen zu vereinheitlichen, was in der Konsequenz eine Vereinheitlichung der Interessen bedeutet. Es wird also nicht ein gerechter, fairer Ausgleich der unterschiedlichen Interessen gesucht, sondern eine Angleichung der Interessen -eben ein Kompromiß.....

8. Es wäre sicherlich auch noch eine Diskussion und praktische Experimente wert, rauszubekommen, inwieweit die bestehenden Strukturen (Plena, etc.) diese Probleme begünstigen, bzw. ob andere Strukturen (Aufteilung in Untergruppen, offene Plenen, offene DelegiertInnen-Treffen) neue Entwicklungen begünstigen, Raum für neue Wege schaffen. ●

DIE VAKGROEP (VEREINIGTE ARBEITSKOLLEKTIVE

Regionale Vernetzung

20 Jahre Selbstverwaltung in Utrecht

20 Jahre Selbstverwaltung in Utrecht haben ein klar strukturiertes Projekt hervorgebracht, mit verschiedenen Gremien, vielen Regeln und Verbindlichkeiten, die einen möglichst hohen Grad an Autonomie für die Beteiligten gewährleisten sollen.

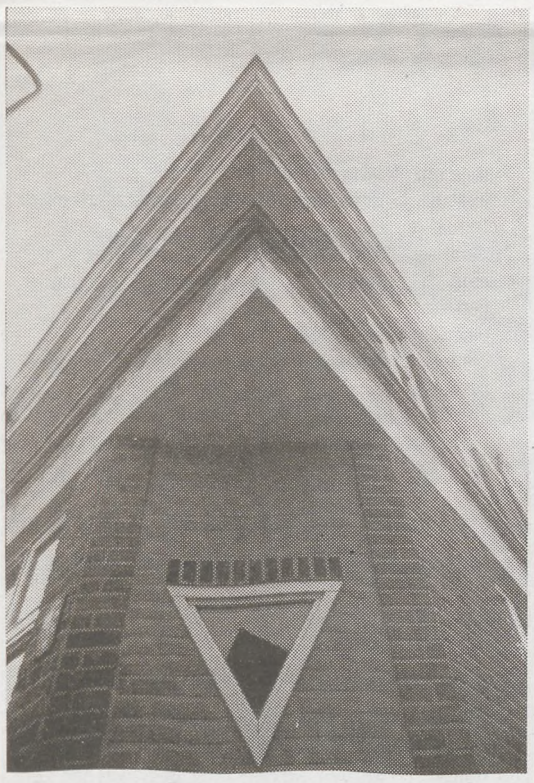
VAKgroep-Bauprojekt Foto: Henckie van Lievenoogen

Elisabeth Voß, Red. selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Angeregt durch die anarchistische Diskussionsgruppe »Keerkring« (Wendekreis) schlossen sich 1974 verschiedene Utrechter Projekte (v.a. aus dem Gesundheitsbereich) und Einzelpersonen zusammen, um Wohnen und Arbeiten gemeinsam zu organisieren. Diese politische Assoziation litt jedoch unter Fluktuation, mangelnder Transparenz und Verbindlichkeit untereinander. Gleichzeitig brachte die KraakerInnenbewegung (HausbesetzerInnen) Zulauf von Menschen, die an anderen Lebensformen interessiert waren.

Um die entstandenen Wohn- und Arbeitsstrukturen zu stabilisieren, wurde 10 Jahre später die verbindlichere Struktur der VAKgroep geschaffen. Die Beteiligten – überwiegend Wohngruppen, aber auch selbstverwaltete Betriebe und kulturelle Projekte – gründeten nach und nach verschiedene Stiftungen (eher unseren Vereinen vergleichbar), welche die gemeinsamen Belange professionell organisieren.

STIFTUNGEN ÜBERNEHMEN VERANTWORTLICHKEITEN

Die Stiftung »Kollektieve Kas« (Gemeinsame Kasse) verwaltet einen Teil der in der VAKgroep erwirtschafteten Gelder (z.B. zahlen Betriebe 3% ihres Umsatzes dort ein), und vergibt sie an die Mitgliedsgruppen, wenn besonderer Bedarf besteht, z.B. als Liquiditätshilfe für Betriebe oder Unterstützung von Wohngruppen, an deren Häusern unerwartete Reparaturen anfallen. Aus einem speziellen Fonds können auch Einzelne Geld bekommen, wenn sie z.B. durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit bedürftig werden.



VAKgroep-Bauprojekt Foto: Henckie van Lievenogen

Gruppen, die dies wünschen, können sich bei Kauf und Renovierung von Wohn- und Gewerbegebäuden von der Stiftung »Huis« (Haus) beraten lassen, sowohl in fachlichen als auch Finanzierungsfragen. Diese Beratung – die durch bezahlte Fachleute aus VAKgroep-Betrieben durchgeführt wird – ist Bedingung einer evtl. finanziellen Unterstützung durch die Kollektieve Kas, falls nicht vorhersehbare Kosten entstehen.

Um die immateriellen Interessen der Föderation kümmert sich die Stiftung »Komma«. Sie erstellt (in geringem Umfang) Informationsmaterial der VAKgroep, bringt ein 4-5 mal jährlich erscheinendes internes Informationsblatt heraus und steht bei Konflikten zur Vermittlung zur Verfügung.

Die Stiftungen funktionieren als Arbeitsgruppen interessierter Einzelpersonen, die in ihnen ehrenamtlich tätig sind, jedoch werden ausführende Arbeiten (Bauplanung, Verwaltung, etc.) an Betriebe oder Einzelne vergeben und bezahlt. Während die Leistungen der Stiftungen »Kollektieve Kas« und »Komma« nur von Mitgliedern der VAKgroep in Anspruch genommen werden können, arbeitet die Stiftung »Huis« auch für externe Gruppen, die dafür – ebenso wie VAKgroep-Mitglieder – ein entsprechendes Honorar zahlen müssen. Darüber hinaus gibt es die Stiftung »Ana Maria Fonds« (siehe Kasten), die als Betrieb auf der Basis bezahlter Arbeit organisiert ist. Sie wurde gegründet, um weitere Projekte in und außerhalb der VAKgroep zu ermöglichen. Organisationen und Einzelpersonen stellen ihr Geld als Schenkung oder leihweise zur Verfügung, das an Projekte weitergegeben wird – meist als Kredit, manchmal auch als Zuschuß. Der Ana Maria Fonds kauft und mietet darüberhinaus auch Wohn- und Betriebsräume zur Weitervermietung. Entweder an Gruppen, für die ein selbständiger Erwerb zu riskant wäre (z.B. Betriebe, deren wirtschaftliches Überleben nicht gesichert erscheint) oder an ehemalige PatientInnen psychiatrischer Einrichtungen, die dort lernen, wieder selbständig zu leben (mit ehrenamtlicher Unterstützung durch VAKgroep-Mitglieder).

Heute sind in der VAKgroep etwa 150 Menschen zusammengeschlossen, von denen ca. 30 in VAKgroep-Betrieben arbeiten, die verschiedenen Branchen angehören: Handwerkskollektiv, Bauberatung, Architekturbüro, Betriebsberatung, Verlag und Design- und Computertechnik. Weitere 20-30 Menschen sind ehrenamtlich in kulturellen Projekten engagiert. Die anderen – und etliche Mitglieder von Betrieben und Projekten natürlich auch – leben in Wohnvereinen der VAKgroep (zur Zeit gibt es davon 10), die jeweils einzelne Häuser, Häuserblocks oder mehrere verstreut liegende Gebäude umfassen, in denen die Menschen in WGs, als Familien oder auch allein wohnen. Zentrum der VAKgroep ist nach wie vor Utrecht, zugehörig sind aber auch je ein Wohnverein in Nijmegen und Leiden und zwei kleine Gruppen in Frankreich, die einen Ziegenbauernhof und Seminarräume betreiben.

BETRIEBE, PROJEKTE UND WOHNVEREINE

Die Betriebe, Projekte und Wohnvereine sind innerhalb der VAKgroep autonom. Sie entscheiden über ihre Finanzen, Strukturen und die Aufnahme neuer Mitglieder selbst. Um möglichst viel Freiheit für Einzelne und Gruppen zu ermöglichen, sind umfangreiche Absprachen erforderlich. Verbindlich (auch für einstiegsinteressierte Gruppen) sind Vereinbarungen über Beitragszahlungen an die VAKgroep, Einkommen, Umgang mit Konflikten und kollektives Eigentum der jeweiligen Gruppe an ihren Wohn- oder Betriebsgebäuden und den Produktionsmitteln. Dies gilt jedoch nur für die Zeit der Mitgliedschaft. Wer aus einem Betrieb oder Wohnverein aussteigt, bekommt ihre/seine Einlage zurück, zuzüglich einem Drittel einer evtl. Wertsteigerung. Die anderen zwei Drittel des Mehrwerts gehen an die VAKgroep, und werden von der Stiftung Kollektieve Kas weiterverwendet.

Die Arbeit in den Betrieben der VAKgroep wird nicht mit einem festen Monatslohn, sondern nach den geleisteten Arbeitsstunden vergütet. Mit ca. 25-30 Gulden pro Stunde (je nach betrieblicher Situation) ist die Bezahlung nicht schlechter, als in einer bürgerlichen Firma, und diese Regelung ermöglicht – im Rahmen der betrieblichen Notwendigkeiten – einen hohen Grad an Autonomie der/des Einzelnen.

Die VAKgroep steht allen Interessierten offen. Ihr Beratungsangebot wird von vielen Gruppen in Anspruch genommen, die sich ihr nicht anschließen wollen, und es gibt keinerlei Bestrebungen, um jeden Preis zu wachsen. Die politische Idee eines sozial-anarchistischen oder feministisch-sozialistischen Lebens- und Arbeitsmodells wird nicht bei allen Mitgliedern vorausgesetzt, sondern im Keerkring diskutiert, der sich als eine Art politischer Partei der VAKgroep versteht. Diese feste Gruppe ist Anlaufstelle für Interessierte, arbeitet Ideen und Prinzipien als Diskussionsgrundlage für die ganze Gemeinschaft aus, hat aber nicht mehr Entscheidungsbefugnisse, als andere VAKgroep-Mitglieder. Um eine kontinuierliche Arbeit der Stiftungen – und damit das Funktionieren der gesamten VAKgroep – zu gewährleisten, hat der Keerkring sich verpflichtet, Stiftungsvorstände zu stellen, wenn sich sonst keineR dafür findet.

OFFENHEIT MIT ANARCHISTISCHEM ANSPRUCH

Die VAKgroep selbst ist ein Verein mit nur formalem Vorstand. Alle Entscheidungen werden auf der Jahresversammlung getroffen, der Delegierte aller Betriebe, Projekte und Wohnvereine angehören. Je nach Größe hat jede Gruppe 1-3 Stimmen in diesem Gremium. Der Jahresversammlung obliegt es, Entscheidungen der Stiftungen – die im Gegensatz zu den anderen Gruppen nicht autonom sind – zu bestätigen oder zu widerrufen.

Das soziale Zusammenleben der VAKgroep spielt sich überwiegend als gemeinsames Wohnen und Arbeiten in den Gruppen ab. Es gibt kein kulturelles Zentrum, aber im gemeinsamen Büro der Stiftungen (wo auch die Verwaltungen einiger Betriebe untergebracht sind) Räumlichkeiten für Versammlungen, gemeinsames Kaffeetrinken, etc. Einmal in der Woche findet ein Treffen in einer Kneipe statt, und es gibt verschiedene thematische Zusammenkünfte. Zur Zeit wird diskutiert über eine Lohnnivellierung, einkommensabhängige Mieten, eine eigene Krankenkasse und Altersversorgung und die Frage des Selbstverständnisses als Netzwerk autonomer Gruppen oder verbindlichere Organisation.

SOZIALES MITEINANDER UND AUSSENWIRKUNG

Trotz ihrer Größe und ihres langjährigen Bestehens war die VAKgroep bis vor kurzem – selbst innerhalb der niederländischen anarchistischen Szene – relativ unbekannt. Obwohl sie für sich beansprucht, ein Modell einer anderen Ökonomie und Lebensweise aufzubauen, wird bewußt auf Öffentlichkeitsarbeit verzichtet. Sie gehen davon aus, daß die Verwirklichung ihrer Ideen Zeit braucht, und daß sie innerhalb ihres sozialen Umfeldes lieber durch ihr Tun überzeugen wollen, als durch Propaganda. Da sie jedoch mittlerweile auch überregional beratend tätig und seit letztem Jahr in einem landesweiten anarchistischen Zusammenschluß engagiert sind, nimmt ihr Bekanntheitsgrad langsam zu. Neben der Stabilisierung der eigenen Zusammenhänge ist es ihnen ein wichtiges Anliegen, neue Initiativen – auch außerhalb der VAKgroep – zu unterstützen. An einem Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Projekten ist die VAKgroep sehr interessiert. ●

Dieser Beitrag entstand aufgrund von Gesprächen und in Absprache mit Paul Dijkstra, einem der Gründer von Keerkring und VAKgroep.

Kontakt: VAKgroep, Vereinigte Arbeitskollektive, Lauwerecht 55, 3515 GN Utrecht

ANA MARIA FONDS:

Geld für eine bessere Welt

Auszug aus dem deutschsprachigen Info der VAKgroep
Das Ziel dieser Stiftung ist, Geld und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen an einzelne Personen oder Gruppen, die über Formen direkter Demokratie streben nach kollektivem Eigentum, Zusammenarbeit und Selbstbestimmung. Die Früchte des Eigentums und der Arbeit dienen einer lebenswerteren Welt, worin man sich gegenseitig hilft und zusammenarbeitet. Das Resultat des verliehenen Geldes oder Dienstes muß etwas hinzufügen an das, was die Welt im sozialen und politischen Sinne braucht, um besser zu werden.

DER NAME

Ana Maria ist der Name einer führenden Guerilla aus El Salvador. Sie wurde im April 1983 grausam ermordet in Managua. Es war die Tat eines radikalen Flügels der salvadorianischen FMLN. Man warf Ana Maria vor, daß sie neben dem bewaffneten Streit auch mit der amtierenden Regierung verhandeln wollte. Dadurch, daß wir die Stiftung nach ihr benannt haben, lebt die Erinnerung an sie weiter. Wir probieren deutlich zu machen, daß wir einen eigenen Weg gehen wollen innerhalb der Möglichkeiten unserer Gesellschaft. Wir wollen uns davon bewußt sein, daß die Alternativen, die wir schaffen wollen, nicht nur von der Gesellschaft, sondern auch von eigenen Leuten oder vergleichbar gesinnten bedroht werden. ●

Anzeige

PLAKATMAPPE:
STADTGUERILLA

Plakate der letzten 25 Jahre aus:
BRD
Italien
England
Frankreich
Niederlande

14 verschiedene Plakate. Ein Plakatüberblick in der Geschichte der letzten 25 Jahre zum Thema Stadtguerilla in der BRD. Aus dem Beständen des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam. Der Überschuß kommt der Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen zu.
DIN A3 - teilweise vierfarbig, Mappe. (Gegen 30 DM + 10 DM Porto u. Verpackung, nur gegen Vorkasse - Scheck, Bargeld)

CONTRASTE
Postfach 104520
69035 Heidelberg

Eine Initiative von CONTRASTE in Kooperation mit ID-Archiv im IISG, Amsterdam

DEBATTE ZU DEMOKRATIE IM BETRIEB:

»Totgesagte leben länger«

Am 23. April konnte die Veranstaltungsreihe vom Verband der selbstverwalteten Betriebe Hessen e.V. (VSBH) erfolgreich gestartet werden. Die Diskussion zum Thema »Wege aus der Krise – hin zum Regenbogen« fand engagierte und interessierte TeilnehmerInnen.

Peter Streiff ● Vor zwei Jahren hätte wohl noch niemand geglaubt, daß eine solche Tagung zustande kommen würde, meinte Hans-Gerd Nottenbohm vom Netz rückblikkend auf das Tief von älteren selbstverwalteten Betrieben im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Bruch zu Beginn der 90er-Jahre. Doch zur Auftaktveranstaltung der VSBH-Seminarreihe im Frankfurter Ökozentrum diskutierten immerhin knapp 20 Menschen aus verschiedenen Betrieben engagiert ihre Erfahrungen und Vorstellungen zu betrieblichen Strukturen, Suche neuer MitarbeiterInnen und zu Kooperationsmöglichkeiten.

Sind demokratische Entscheidungsstrukturen in einem Betrieb eher durch eine Rotation aller Aufgaben – sowohl Putzdienst wie Geschäftsleitung – zu gewährleisten, wie das die neun IngenieurInnen bei AUEN praktizieren? (vgl. dazu nebenstehenden Artikel) Oder verspricht der laufende, informelle und projektgebundene Kontakt sowie ein Projektrat im losen Zusammenhang des Werkhofs Darmstadt, der übergeordnete Entscheidungen bei Bedarf klärt, eine erfolgreiche und demokratische Arbeitsweise? Die Diskussionen drehten sich noch weiter: Für die Realität der Ablaugerei in der Krebsmühle, wo sich die Gruppe von kurdischen Mitarbeitern zwar selbständig organisiert innerhalb klar vorgegebener Arbeitsaufträge, wäre eine Rotation der Geschäftsleitungsfunktion völlig undenkbar, wie Karl Bergmann betonte. Dies provozierte prompt die Frage, ob so eine klare Arbeitsteilung denn noch selbstverwaltet sei. Wie so oft, konnte dazu keine allgemein gültige Antwort gefunden werden: Zu unterschiedlich sind wohl betriebliche Anforderungen und persönliche Qualifikationen, was auch bedeutet, daß wohl jeder Betrieb seine eigene Form und Struktur finden muß, wie Sven Borstelmann mit der vielfachen Erfahrung der Kommune Niederkaufungen ergänzte.

Eine vielschichtige und interessante Debatte entwickelte sich am Nachmittag rund um die Frage, welche Anforderungen an neue MitarbeiterInnen eines selbstverwalteten Betriebs gestellt werden und wie sich ein Eintrittsverfahren abspielt. Am Beispiel von Wagner & Co. machte Alois Wilhelm deutlich, wie umfaßend teilweise die Ansprüche an MitarbeiterInnen in selbstverwalteten Betrieben formuliert sind, da neben der fachlichen Qualifikation die soziale Kompetenz, persönliche Ziele und das Engagement von besonderer Bedeutung sind. Hier zeigen sich Schwierigkeiten, wenn neue MitarbeiterInnen nur noch über normale Anzeigen zu finden sind.

Kooperation als Markteroberungsstrategie: Drittes und wohl am meisten polarisierendes Thema. Mit klarer Aufgabenteilung versucht das Managementteam der Krebsmühle in Kooperation mit Arbeitslosen vor Ort neue Ablaugereien im Osten aufzubauen und immer größere Marktanteile in diesem Dienstleistungsbereich zu erobern. Da in der gerade eröffneten ersten Ablaugerei in Chemnitz das Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, für Karl Bergmann wichtiger ist als den Betrieb möglichst getreu selbstverwalteter Grundsätzen zu organisieren, löste dies heftige Debatten aus, die mit Sicherheit über die Veranstaltung hinaus anhalten werden. Letztlich standen sich dabei die Ziele gegenüber, Selbstverwaltung erst mal im eigenen Betrieb realisieren zu können oder mit vorwiegend sozialen Grundsätzen eine gesellschaftspolitische Alternative aufzeigen zu wollen.

Soweit eine kurze Nachlese. Wir hoffen auch für die kommenden Veranstaltungen auf ähnlich belebende und spannende Diskussionen. Zum Beispiel beim Seminar für Frauen, die neu in selbstverwaltete Betriebe einsteigen möchten oder auf der Tagung bei Wagner & Co in Marburg, wo es drum geht, wie in einem wachsenden Betrieb möglichst demokratische Strukturen beibehalten werden können. ●

-Ausführliche Dokumentation/weitere Informationen bei:
AG Seminarreihe im VSBH:
Peter Streiff, Friedensstr. 30, 63512 Hainburg, Tel. 06182/68275

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

This is the end

Aus dem Inhalt der grandiosen Abschlußnummer

★ **Was bleibt nach 20 Jahren Anti-AKW-Bewegung?**
Lesenswerte Beiträge von Wolfgang Ehmke, Jens Scheer, LUPUS, dem BBA u.a.

★ **Rückblick auf 17 Jahre atom**
Ein nostalgischer Streifzug durch die Highlights der Bewegung – und unserer Berichterstattung. Mit Fotos und Originalberichten von „damals".

★ **Und natürlich: Warum wir aufhören...**

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
21301 Lüneburg
Preis: nur 5 Deutschmark

ENTWICKLUNG VON ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN IM BETRIEB

Rotierende Geschäftsführung

Während zehn Jahren Betriebsgeschichte haben die IngenieurInnen bei »AUEN« mehrere Formen der internen Arbeitsorganisation praktisch erprobt. Nicht kurzfristige Effizienz ist ihnen wichtig, sondern sie setzen auf Generalisierung und Rotation aller Aufgaben bis zur Geschäftsführungsfunktion und fördern somit Mitverantwortung und Individualität der Einzelnen.

Peter Streiff ● Einen rotierenden oder hektischen Eindruck machten sowohl Helmut Klenk als auch Renate Steinkrauß von AUEN (Arbeitsgemeinschaft für Umweltplanung, Energieberatung, Naturschutz) überhaupt nicht an der VSBH-Veranstaltung (vgl. nebenstehenden Artikel), obwohl beide dank Rotation der Aufgaben schon mal GeschäftsführerIn von AUEN waren. Diese konsequente Generalisierung im Betrieb wurde dann auch ausgiebig diskutiert, wobei dieses Modell entweder als zu ineffizient galt (aus der Sicht eines größeren Betriebs) oder schlicht als nicht praktikabel wegen fehlender Qualifikationen der meisten MitarbeiterInnen.

Bei AUEN, 1985 von vier Männern als GbR gegründet, sind heute 9 MitarbeiterInnen (davon 4 Frauen) in den Bereichen Beratung, Konzepte, Studien, Ausführungsplanung und Bauleitung tätig, die meisten mit abgeschloßenem Diplom. Nach einer Anfangsphase von drei Jahren (einzige Struktur: das wöchentliche Plenum) folgte eine Phase der Strukturbildung, wobei dem Plenum die Geschäftsführung (halbjährlich rotierend unter den GesellschafterInnen) sowie die verschiedenen Fachgruppen und Gruppen für laufende Projekte zugeordnet waren. Zusätzlich fand und findet zwei Mal pro Jahr ein Wochenende für strategische Entscheidungen statt.

Vor ungefähr einem Jahr wurde diese Struktur modifiziert und optimiert. Die Fachgruppen erhielten klarere Entscheidungskompetenzen, außerdem wurde verstärktes Gewicht auf Personaleinsatz- und Projektplanung sowie Aquisition gelegt. Die Funktion der Geschäftsführung wechselt nun nach Ablauf eines Jahres zum/zur Nächsten; Rotation wird nach wie vor als Mittel betrachtet, um Machtanhäufung zu vermeiden.

Soweit ein kurzer Abriss der Arbeitsorganisation bei AUEN. Im Zusammenhang mit der erwähnten Veranstaltung erläuterte Helmut Klenk zur Frage -demokratische Entscheidungsstrukturen contra Effizienz und Spezialisierung- die Hintergründe, die ihre Betriebsstruktur gewandelt und lebendig erhalten hatten:

-Diese Strukturentwicklung beinhaltet sowohl eine Entscheidungs als auch eine Verantwortungshierarchie, d.h. von allen an die FunktionsträgerInnen auf Zeit übertragene Kompetenzen, die der laufenden Kontrolle des Plenums unterliegen. Gleichzeitig vollzog sich naturgemäß ein Spezialisierungsprozeß, sowohl fachlich (Fachgruppen) als auch unternehmens- (GF-Zuständigkeiten) und arbeitorganisatorisch (wer macht welche Arbeiten für alle, z.B. Post, Putzen, Schreibarbeiten)

Also I.: Kurzfristige Effizienzsteigerung durch Spezialisierung, denn keineR kann alles!
Aber 2.: Mittel- und langfristige Effizienzsicherung durch einen Generalisierungsprozeß, denn jedeR kann doch vieles lernen, wenn es auch eine -unproduktive- Zeit dauert.

Der Generalisierungsprozeß bedeutet:
- fachlich: sich in neue und andere Fachgebiete einarbeiten, bei fachfremden Projekten mitarbeiten, sich über die Projekte der andern informieren (Verbreiterung der Qualifikation),
- unternehmerisch: Rotation in den Unternehmensfunktionen und Aneignung der dafür erforderlichen Qualifikationen,
- arbeitsorganisatorisch: alle machen alle Verwaltungs- und Bürotätigkeiten.

Der Vorteil der Generalisierung:
- keineR ist unersetzlich, fällt jemand aus, übernimmt jemand anders die Funktion;
- jedeR kennt sich im ganzen Betrieb ausreichend aus;
- die fachliche Einsatzfähigkeit der Einzelnen wächst;
- jedeR weiß in etwa, was die andern tun und kann es berücksichtigen;
- es macht mehr Spaß.

Demokratische Entscheidungsstrukturen und Effizienz

Falsch verstandene Demokratie verhindert Effizienz und wird unrealisierbar, bzw. der Betrieb geht ein, wenn z.B.
- alle alles entscheiden sollen,
- immer alle einstimmig sein sollen,
- Entscheidungen nicht klar delegiert werden,
- nach der Entscheidung keine Ausführung folgt,
- letztlich sich niemand verantwortlich fühlt oder immer nur dieselben Leute,
- alle sich hinter dem Kollektiv verstecken (es müßte mal jemand...).

Deshalb sind für die Selbstorganisation wichtig:
- eine klare Bedeutungshierarchie von Entscheidungen,
- eine klare Kompetenzzuordnung,
- eindeutige Entscheidungs- und Verantwortungszuordnung,
- von allen akzeptierte Abstimmungsmodi,
- eine generelle Transparenz aller Tätigkeiten,

und die jeweilige Kontrolle durch Plenum, Fachgruppe oder Einzelne.

Konfliktfähigkeit, Mitverantwortung, Individualität

-Alle Menschen sind verschieden, auch im selbstverwalteten Betrieb-, denn jedeR hat andere Vorstellungen von Ziel und Zweck des Unternehmens und seiner eigenen Rolle. Was uns zu schaffen machte, waren Menschen, die
- dominieren wollten (z.B. Männer über Frauen),
- dominiert werden wollten (sag mir, was ich tun soll),
- keine Kritik ertragen konnten,
- möglichst viel Geld verdienen wollten,
- nur an sich selbst dachten,
- unseren Betrieb nur als Durchlauf sahen,
- nur einen Berufseinstieg suchten,
- nicht bereit waren, sich wirklich auf die Anderen einzulassen,
- nur ihre normale Arbeit machen wollten.

Mit ihnen war es schwer, eine demokratische Betriebskultur aufzubauen. Manche entwickelten sich, andere gingen von sich aus.

Fazit:
1. ca. 30 Menschen durchliefen mehr oder weniger lang das AUEN-Projekt, 9 blieben;
2. es gibt eine Sorte von Menschen, die im Moment nicht für demokratische, selbstbestimmte Strukturen geeignet sind;
3. es gibt keine fertigen Selbstverwaltungsmenschen in dieser Gesellschaft, aber entwicklungsfähige;
4. eine demokratische Betriebsstruktur benötigt Menschen mit einer entsprechenden Individualität;
5. diese Individualität kann sich nur in und mit dem Kollektiv entwickeln, fachlich, menschlich und unternehmerisch;
6. wer all dies erkannt hat, kann in einem Kapitalverwertungsbetrieb nicht mehr arbeiten.-

BEDARFSORIENTIERTE GRUNDSICHERUNG

Die Spaltung des Arbeitsmarktes sozial abfedern

Die Grundsicherung kann zwei große gesellschaftliche Probleme der Gegenwart lindern helfen: Sie kann die zunehmenden Verarmungstendenzen der auf Sozialhilfe oder andere staatliche Leistungen angewiesenen Menschen stoppen und sie kann, wenn sie mit Anreizen zum Hinzuverdienst gekoppelt ist, Impulse für neue Beschäftigungsmöglichkeiten geben. Die bisher vorgeschlagenen Grundsicherungskonzepte sind verschieden, viele Fragen sind offen, viele Befürchtungen berechtigt. Die Grundsicherungsidee aber für verstaubte Klassenkampf-Träumereien eines Aufstandes der »Lohnabhängigen« gegen das »Kapital« zu instrumentalisieren, wie es Rainer Roth in CONTRASTE Nr. 113/94 getan hat, schadet der Sache und wird den Betroffenen nicht gerecht.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Markus S. Wetter, Redaktion Sozialpolitik ● Vier Fragenkomplexe können im Zusammenhang mit der Grundsicherungsdiskussion unterschieden werden:

1. Wie ist eine bedarfsorientierte Grundsicherung ausgestaltet, welche Höhe soll sie haben, wie soll die Koppelung mit anderen Sozialleistungen aussehen?
2. Wie soll eine Grundsicherung finanziert werden? Welche Bevölkerungsgruppen sollen die Mittel aufbringen?
3. Welche positiven Wirkungen können Grundsicherungssysteme für mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bringen, wenn sie mit Anreizen zum Hinzuverdienst (sei es durch Jobs oder Teilzeitarbeit) gekoppelt werden?
4. Welche negativen Folgen könnten durch die mögliche Herausbildung eines (legalen) Niedriglohnsektors für die Höhe der Tariflöhne, die Tarifautonomie und die Stellung der Gewerkschaften entstehen?

Neben Bemerkungen zu den vier Fragenkomplexen möchte ich im folgenden auch mögliche Auswirkungen eines Grundsicherungssystems auf die Alternativwirtschaft beleuchten und bewerten.

VORGESCHLAGENE GRUNDSICHERUNGSKONZEPTE

Ein vieldiskutierter Vorschlag zum Thema Grundsicherung stammt von Prof. Fritz W. Scharpf vom Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftspolitik (Zusammengefaßt in Frankfurter Rundschau, 04.08.1993). Auf der Basis von Ideen zur »negativen Einkommenssteuer« konservativer US-Ökonomen (Milton Friedmann und Nachfolger) entwickelt er ein auf bundesdeutsche Verhältnisse angepaßtes Grundsicherungssystem, welches »unter den heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von den Linken aufmerksam geprüft werden sollte«. Scharpf schlägt vor, durch politische Entscheidung zwei neue staatliche Einkommensebenen zu schaffen. Zum einen ein **Substistenzeinkommen**, auf das jede/r arbeitsfähige Bürger/in der Bundesrepublik Anspruch hat, welches in etwa dem derzeitigen Sozialhilfesatz entspricht und an dessen Bezug keinerlei Bedingung, also auch keine Arbeitspflicht, geknüpft ist. Daneben wird ein sozial akzeptables **Niedrigeinkommen** eingeführt, von dem ab erst die Einkommenssteuerpflicht beginnt. Wer kein Arbeitseinkommen erhält, erhält auf jeden Fall das Substistenzeinkommen. Wer gegen Entgelt arbeitet, aber weniger als das Niedrigeinkommen verdient, erhält einen staatlichen Zuschuß, der – beginnend beim Substistenzeinkommen – sich mit steigendem Einkommen (linear) vermindert und erst bei Erreichen des Niedrigeinkommens entfällt. Für alle EinkommensbezieherInnen ist erst für jede über das Niedrigeinkommen hinaus verdiente Mark Einkommenssteuer fällig; darunter könnten die staatlichen Zuschüsse daher auch als »negative Einkommenssteuer« bezeichnet werden.

Aber Scharpf geht es nicht in erster Linie um eine gleichwohl sinnvolle Vereinfachung des Einkommersteuerrechts und Sozialleistungssystems. Es geht ihm um die Schaffung eines Niedriglohnsektors unterhalb der jetzigen unteren Tariflohngruppen. Die dort tätigen Personen sollen jedoch im Unterschied etwa zu den USA durch Tätigkeiten in einem Niedriglohnsektor nicht unter die Armutsgrenze fallen, sondern durch staatlich gesicherte Subsistenz- und steuerfreie Niedrigeinkommen gerade davor bewahrt werden. Die Finanzierung des Systems würde zur Bundesaufgabe und die Kommunen von den sie verstärkt drückenden Sozialhilfeleistungen entlastet. Ansprüche aus Versicherungsbeiträgen, wie etwa Arbeitslosengeld oder Rentenzahlungen, wären anzurechnen.

In ihrem Vorschlag für eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Bundestagswahlprogramm 1994 fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Anlehnung an die Armutsgrenze der EU ein staatlich garantiertes Grundeinkommen in Höhe von 50% des durchschnittlich verfügbaren Einkommens eines Landes. Die Grundsicherung soll aus einer Pauschale und dem Ersatz der tatsächlichen Wohnungskosten bestehen. Der Hinzuverdienst aus Erwerbsarbeit soll nicht bestraft werden, sondern erst ab einer bestimmten Grenze auf die Grundsicherung angerechnet werden. Im Unterschied zu Scharpf wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber die Entstehung eines privatwirtschaftlichen Niedriglohnsektors verhindern (keine Lex Mc Donald's). Sie fordern ein Mindestlohngesetz, damit »Arbeitgeber die Grundsicherung nicht zur Subventionierung unterbezahlter und prekärer Erwerbsverhältnisse mißbrauchen«. Die Bündnisgrünen wollen die Grundsicherung allen, »die aus eigener Kraft kein existenzsicherndes Einkommen erzielen können« zahlen. (Im Vorfeld der Programmerstellung war noch die Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt als Bezugsbedingung diskutiert worden, siehe taz vom 28.01.1994).

Insgesamt scheint es keine Differenzen hinsichtlich der Eignung der Grundsicherung als Modell gegen zunehmende Verarmungstendenzen in der Gesellschaft zu geben, auch nicht mit den hier nicht näher besprochenen Konzeptionen von SPD und DGB/DPWV. Auch bezüglich der grundsätzlichen Notwendigkeit, Anreizsysteme für die Aufnahme von Erwerbsarbeit zu schaffen, die auf der Grundsicherung aufbauen, besteht offensichtlich Konsens.

COMMERZBANK
Die Bank an Ihrer Seite

Die Bank an seiner Seite? Foto: Subway

DIE KRUX MIT DER HÖHE DER GRUNDSICHERUNG

In einem Interview mit der taz (10.03.1994) lehnte André Gorz die »bedingungslose Grundsicherung« als Modell für ein staatliches Einkommen ab, weil jede Höhe für eine Grundsicherung Nachteile hätte. Wenn die Grundsicherung zu niedrig sei, würden »Drecksarbeiten« durch Ausbeutungsfirmen im Niedriglohnsektor subventioniert und die (Einkommens)-Situation der betroffenen Menschen nicht wirklich verbessert. Sei die Grundsicherung dagegen zu hoch, würden jegliche Anreize zur Arbeit entfallen und die Faulheit subventioniert. Gorz: »In beiden Fällen spaltet sich die Dualgesellschaft immer tiefer.« Er plädiert stattdessen für die Einführung »einer Pflicht zu einem begrenzten Quantum an gesellschaftlich wertvoller Arbeit.«

Genaue Vorstellungen über die entsprechende Höhe hat die BAG der Sozialhilfeinitiativen (taz vom 6.12.93). Sie fordert ein Existenzgeld in Höhe von 1.200 DM pro Kopf plus Miete ohne Arbeitsverpflichtung. Beim Vorschlag der Bündnisgrünen würden für die alte Bundesrepublik derzeit etwa 1.300 DM pro Monat und Person herauskommen.

Ich will die Debatte um die richtige Höhe hier nicht vertiefen. Prinzipiell sollte meiner Meinung nach eine Grundsicherung aber der Verarmung von immer mehr Menschen entgegenwirken. Sie sollte über dem jetzigen Sozialhilfeniveau liegen, möglichst unbürokratisch erhaltbar sein und weitgehend pauschalisiert sein. Die unwürdigen Bittstellereien auf zusätzliche Sachleistungen sollten entfallen. Verbleibende staatliche Leistungen wie Rentenzahlungen oder Lohnersatzleistungen müßten angerechnet werden.

Im Gegensatz zu Gorz' Arbeitspflicht muß meiner Meinung nach jedem/r offengelassen werden, ob er oder sie

- das »Recht auf Faulheit« in Anspruch nimmt
- selbstbestimmt gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten erledigt, die nicht finanziell entgolten werden
- öffentliche Angebote zu gemeinnützigen Arbeiten (bei entsprechender Entlohnung) annimmt

oder in Zeiten, in denen Vollarbeitsplätze fehlen, mit Hinzuverdiensten aus Jobs überbrückt.

WER SOLL DIE GRUNDSICHERUNG FINANZIEREN?

Eine bedarfsorientierte Grundsicherung kostet Geld. Eine Analyse von Professor Bödecke von der FH Mannheim für das DPWV-Grundsicherungsmodell (taz vom 28.01.1994) ergab, daß der Bund als Träger der Grundsicherung mit Mehrbelastungen von 29,4 Mrd. DM pro Jahr rechnen muß, die Kommunen im Gegenzug von den derzeit 12,7 Mrd. DM Sozialhilfezahlungen entlastet würden. »Die Grundsicherung muß aus den Gewinnen der Unternehmer finanziert werden«, fordert Rainer Roth und verkennt dabei völlig, daß die Formel »UnternehmerInnen und Selbständige grundsätzlich = reich«, »ArbeitnehmerInnen und Lohnabhängige grundsätzlich = arm« vielleicht noch in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts gegolten hat, aber längst nicht mehr für die Verteilung des Vermögens in der Bundesrepublik der 90er Jahre gilt.

»Da sind Bündnis 90/Die Grünen schon realitätsnäher und sehen in ihrem Steuerkonzept »Mehreinnahmen zu Lasten der Vermögenden« durch die Erhöhung von Grund- und Erbschaftssteuer vor, wohlwissend, daß die jetzige ErbInnengeneration längst nicht nur aus UnternehmerInnen besteht.

Auch ich meine, daß die Finanzierung der Grundsicherung im Rahmen eines neuen Lastenausgleichs erfolgen sollte. Die oberen 2/3 der Gesellschaft, die noch in den produktiven 1.Arbeitsmarkt (inkl. des öffentlichen Dienstes) integriert sind, sei es als Selbständige, ManagerInnen, BeamtInnen, FacharbeiterInnen oder Angestellte, müssen sich gemeinsam solidarisch zeigen mit dem Drittel der Gesellschaft, das aus der Arbeitswelt herausgedrängt wird oder herausfällt. Nicht ein heutzutage soziologisch illusionäres »Bündnis zwischen Lohnabhängigen und der Armutsbevölkerung« (Rainer Roth), sondern die Bereitschaft des gesamten wohlhabenden Teils der Gesellschaft für einen Einkommens- und Vermögensverzicht zugunsten der auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten ist erforderlich.

Insgesamt sehe ich, daß die Bereitschaft zum Verzicht bei immer mehr Menschen wächst, glaube aber, daß diese letztlich auch von der konkreten Ausgestaltung der Grundsicherung abhängt. Eine Grundsicherung, die weit über dem Existenzminimum liegt und daneben keinerlei »Arbeitsmarktverfügbarkeitsregelung« mehr enthält, ist wohl momentan und in naher Zukunft (leider) nicht konsensfähig und durchsetzbar.

NEUES INSTRUMENT DER ARBEITSMARKTPOLITIK

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt spitzt sich derzeit dramatisch zu. Neben den amtlich registrierten 4 Mio. Arbeitslosen muß zusätzlich etwa 2 Mio. Menschen (überwiegend SozialhilfeempfängerInnen) gerechnet werden, die gerne – zumindest zeitweise – arbeiten würden, aber nicht in den offiziellen Statistiken geführt werden. Die Bundesregierung, gestützt von SPD und Arbeitgebern, nutzt die Finanzkrise zu allerlei Kürzungen bei ABM, Arbeitslosengeld und anderen AFG-Leistungen.

Die Argumente der KritikerInnen an dieser Leistungskürzungspolitik, die von DPWV über DGB bis hin zu SPD-Ländern reichen, verharren aus meiner Sicht aber in alten Rezepten zur Lösung der Arbeitsplatzkrise und verfallen einer Illusion. Der Illusion nämlich, daß auch heute noch oberstes Ziel einer aktiven Arbeitsmarktpolitik die Vollbeschäftigung zu Tariflöhnen für alle sein könne und müsse! Sie glauben, durch geeignete Maßnahmen für alle, die Arbeit suchen, tariflich entlohnte Arbeitsplätze im 1. oder 2. Arbeitsmarkt schaffen zu können. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen, seien es finanzielle Überbrückungsgelder als Einstellungsbeihilfen oder Qualifizierungs-, Beschäftigungs- oder Motivationsprojekte der unterschiedlichsten Arten sind auf dieses Oberziel ausgerichtet.

Die Analyse des »Negativsteuerverfechters« Scharpf geht in eine andere Richtung. Seiner Ansicht nach sind alle traditionellen Wege gescheitert, die darauf abzielten, eine große Zahl von Langzeitarbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen oder anderen auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten dauerhaft in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln. Das Ziel der Vollbeschäftigung im hochproduktiven, tariflich entlohnten ersten Arbeitsmarkt sei illusionär. Durch ein Grundsicherungssystem nach dem Negativsteuerkonzept werden »die derzeit rigorose Trennung zwischen denen, die in die Arbeitswelt integriert sind, und denen, die dazu verurteilt bleiben, an oder unterhalb der Armutsgrenze von Sozialeinkommen zu leben, wieder durchlässig.« Ich teile Scharpf's Analyse in weiten Teilen. Nicht ein Niedriglohnsektor spaltet den Arbeitsmarkt, sondern die derzeitige Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik an der Vollbeschäftigung zu Tariflöhnen, die eine immer größere Zahl von Menschen ausgrenzt, die den Anforderungen der hochproduktiven Industrie- und Dienstleistungsbetriebe bezüglich Qualifikation und Belastbarkeit nicht mehr gewachsen sind.

Nebenbei bemerkt halte ich es auch aus ökologischen Gründen für nicht vertretbar, für alle Erwerbstätigen in diesem Land eine Beschäftigung zu den ihrer Ausbildung entsprechenden Tariflöhnen anzustreben. Aber das ist eine andere Diskussion.

Die derzeitige Regelung nach BSHG und AFG schließen (oberhalb geringer Freigrenzen) Hinzuverdienste aus Gelegenheitsarbeiten, Honorartätigkeiten oder Teilzeitjobs aus und rechnen diese zu 100% an. Die Motivation zur Arbeit wird erstickt und die Betroffenen, sofern sie keinen Vollzeitarbeitsplatz bekommen oder anstreben, in die Schwarzarbeit getrieben.

Weil die Verbindung von Sozialhilfebezug und Arbeitsmarktverfügbarkeit nicht aufgebrochen werden soll, reagiert der Gesetzgeber auch mit dem jetzt im BSHG eingeführten Zwang zu Gemeinschaftsarbeiten.

Eine viel propagierte Maßnahme zur Schließung der »Arbeitsplatzlücke« ist der weitere Ausbau des »öffentlich geförderten Arbeitsmarktes« oder auch »2. Arbeitsmarktes«. Dazu werden gesellschaftlich notwendige, aber nicht marktfähige Beschäftigungsfelder gerechnet, z.B. im Naturschutz, der Entsorgung, Erziehung, Pflege und sonstigen sozialen Infrastruktur. Grundsäulen dieses 2. Arbeitsmarktes sind bisher: Nur Übergangsperiode (Zielrichtung bleibt der erste arbeitsmarkt) und kein zweitklassiger Arbeitsmarkt, also tarifliche Entlohnung.

Ich beobachte jedoch bei zunehmend mehr Personen, daß das Ziel einer Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt trotz mehrerer Qualifizierungs-, Integrations- oder gar Umschulungsmaßnahmen nicht erreicht wird und diese Maßnahmen stattdessen immer wieder durch Zeiten der Arbeitslosigkeit, bestenfalls ABM, unterbrochen werden. Diese besonders benachteiligten Personen sind oft ältere oder gering qualifizierte Arbeitslose oder Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen (oft mit Drogenproblemen).

Fortsetzung auf Seite 12

Anzeige

Das neue Vertriebsprogramm 94/95 ist da!

Eine kommentierte Literaturauswahl mit ca. 400 Titeln zu Anarchismus, Ökonomie, Ökologie, Welt(un)ordnung, libertären Tendenzen in Pädagogik und Kultur & vielem mehr.

ANARES Nord
Versandbuchhandlung, Postfach 2011, 31315 Sehnde, Tel. 05132 7415

FORTSETZUNG VON SEITE 11:

Die Spaltung des Arbeitsmarktes sozial abfedern

Stark benachteiligt sind auch alleinerziehende Menschen, überwiegend Frauen, weil Kinderbetreuung und Vollzeitarbeitsplatz sich nicht miteinander verbinden lassen, Teilzeitarbeitsplätze viel zu wenig zur Verfügung stehen und alle sonstigen Nebeneinkünfte sofort zur Sozialhilfekürzung führen. »Der Sozialstaat als Falle«, charakterisiert Scharpf den Konflikt, welcher vielen SozialhilfeempfängerInnen derzeit nur die Wahl zwischen Vollzeitarbeitslosigkeit (bei illegalem, schwarzem Hinzuverdienst) oder Annahme einer meistens nicht vorhandenen, oft nicht gewünschten Vollzeitbeschäftigung läßt.

Beschäftigungsgesellschaften des 2. Arbeitsmarktes können diese Lücke leider oft nicht ausfüllen. Die Bedürfnisse nach Teilzeitarbeit können sie in aller Regel nicht befriedigen, weil die Entlohnung unter das Existenzminimum absinken würden. Häufig wird den dort »geparkten« Beschäftigten etwas für die Zeit danach (den 1. Arbeitsmarkt) versprochen, was für sie Illusion bleiben wird. Trotz vielerlei Anstrengungen ist es auch bis heute in den Beschäftigungsgesellschaften des 2. Arbeitsmarktes in den meisten Fällen nicht gelungen, mehr als 20% der Gesamtkosten durch Verkauf ihrer erzeugten Güter oder Dienstleistungen auf dem freien Markt zu decken. (Ich bezweifle sehr, daß das scheinbar neue Konzept der Sozialen Betriebe in Niedersachsen aufgehen wird und diese Betriebe langfristig marktwirtschaftlich existenzfähig gehalten werden können.)

Scharpf fordert konsequent den Abschied vom Ausbau des von vielen ArbeitsmarktexpertInnen geforderten öffentlich subventionierten zweiten Arbeitsmarkts zugunsten der Förderung von zusätzlichen, legalen »jobs« im Privatsektor.

Stattdessen könnte die bedarfsorientierte Grundsicherung mit Hinzuverdienstanreizen ohne Arbeitspflicht eine Maßnahme sein, die den Beteiligten vieler der oben erwähnten Personengruppen eher entgegenkommt.

Statt das unrealisierbare Ziel einer Vollbeschäftigung im produktiven 1. Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten, könnte damit besser den Wünschen vieler Menschen entsprochen werden, die weniger arbeiten möchten, einfach nur jobben möchten, mal Arbeitspausen einlegen möchten, ohne deshalb gleich Gefahr zu laufen, unter die Armutsgrenze zu fallen, obdachlos zu werden oder gar zu verhungern. Ein legaler Niedriglohnsektor also als Chance!?

Die Gegner von Arbeitsmarktpolitik mit Grundsicherungssystemen befürchten, ganz in ihrem Vollbeschäftigungsdenken verhaftet, eine Verfestigung der Spaltung des Arbeitsmarktes und eine dauerhafte Ausgrenzung von Arbeitslosen.

Bäcker/Hanesch vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (Frankfurter Rundschau im August 1993) befürchten als charakteristisches Element eine Grundsicherung »die fehlende Wahlmöglichkeiten beim Zugang zu privilegierten Beschäftigungs- und Lebenschancen« und die »Aussteuerung vieler Beschäftiger in die Sekundär- und Armutsökonomie«.

Welche Folgen werden durch die Einführung eines legalen Niedriglohnsektors für den 1. Arbeitsmarkt, für die dort gezahlten Tariflöhne und die Tarifautonomie, insbesondere die Stellung der Gewerkschaften erwartet bzw. befürchtet?

TARIFPOLITISCHE EINWÄNDE

Sicherlich können das Ziel von Arbeitsmarktimpulsen mittels Grundsicherung nicht die Zulassung der von Gorz befürchteten »ukrainischen Arbeitslöhne« sein. Klar ist aber auch, daß nennenswerte zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, sei es im privaten oder öffentlichen Bereich, sei es als Voll- oder Teilzeitstellen, nicht zu den geltenden, am produktiven 1. Arbeitsmarktsystem orientierten Tariflöhnen geschaffen werden können. An einem untertariflichen Niedriglohnsystem wird man nicht vorbeikommen. Dieses sollte jedoch auf Wirtschaftsbereiche beschränkt bleiben, die nicht tariflich geregelt sind.

Scharpf, der offen für einen Niedriglohnsektor eintritt, konstatiert, daß die Gewerkschaften ihre »organisatorische Identität« verändern müßten. Im Unterschied zur Zielrichtung »höhere und bessere Arbeitsbedingungen« für die hochproduktiven Arbeitsplätze im 1. Arbeitsmarkt müßten deren Strategie für die Niedriglohn-Beschäftigungsverhältnisse eine andere sein. Die Einflußnahme wäre hier ausschließlich auf die Höhe der staatlich garantierten Subsistenz- und Niedriglohneinkommen auszurichten.

Bäcker/Hanesch, die sich ausführlich mit Scharpf±s Modell beschäftigten, fordern zwar grundsätzlich auch eine »Sockelung des Sozialstaats mit einer bedarfsorientierten Grundsicherung«. Bei Scharpf±s Negativsteuermodell erwarten sie jedoch, daß die Beschränkung der Niedrigeinkommen auf zusätzliche Bereiche, in denen derzeit kein Marktangebot erfolgt, nicht durchzuhalten sein wird. Zu befürchten sei vielmehr »eine Erosion von gesetzlichen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

und tariflichen Standards, die sich auch auf tarifliche Bereiche ausdehnt«.

Im Unterschied zu Scharpf fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Mindeslohngesetz, damit »Arbeitgeber die Grundsicherung nicht zur Subventionierung unbezahlter und prekärer Erwerbsverhältnisse mißbrauchen«, lassen die Höhe der Mindeslöhne in ihrem Programm aber offen. Die Grundsicherung soll außerdem ausdrücklich in arbeitsmarktpolitische Projekte und Arbeitsförderbetriebe eingebracht werden können, die aus Sicht der Bündnisgrünen als wichtiger Teil der Arbeitsmarktpolitik bestehen bleiben sollen.

Ich halte die von den Bündnisgrünen geforderte Mindestlohngesetzgebung (sofern diese unterhalb geltender Tariflöhne liegen) für einen guten Kompromiß zwischen der Notwendigkeit, Anreize für neue Beschäftigungsfelder auch im Privatsektor zu schaffen, und der Verhinderung einer frühkapitalistischen Ausbeutung billiger Arbeitskräfte mittels Minimumlöhnen durch skrupellose UnternehmerInnen.

SOZIALE GRUNDSICHERUNG – ALTERNATIVWIRTSCHAFT

Alternativbetriebe als Wirtschaftsbereich, der Arbeitsplätze schafft, sind in. Als ein wichtiger Weg aus der Massenarbeitslosigkeit wurden auf dem kürzlich in Berlin ausgerichteten 2. Europäischen Arbeitsmarkt-Kongreß von vielen ExpertInnen die Jobs im »ökosoziokulturellen Bereich« bezeichnet. (taz, 19.03.1994).

Als Alternativwirtschaft möchte ich mal einerseits den ganzen Bereich der selbstverwalteten, kooperativ geführten und/oder ökologisch orientierten gewerblichen Kleinbetriebe und andererseits der selbstorganisierten, sozialinnovativen Projekte von Kinderladen bis Arbeitslosentreff bezeichnen. Die allermeisten dieser Betriebe und Projekte sind von tariflicher Entlohnung (sei es BAT oder privatwirtschaftliche Tarife) mehr oder weniger weit entfernt. Schon jetzt ist die Alternativwirtschaft in weiten Teilen ein Niedriglohnsektor. Meistens wird das als nicht so problematisch gesehen, daß es ein entscheidender Grund zum Ausstieg sei. Wiegen doch selbstorganisierte Strukturen, Teamarbeit, kürzere Arbeitszeiten oder das Betriebsklima oft die Nachteile der Bezahlung auf. Ausnahmen sind die Grenzbetriebe, deren Löhne sich am Rande des Existenzminimums befinden. Hier sind schon ganz besondere Bindungen an den Betrieb notwendig, um diese Situation längerfristig zu ertragen.

Der Alternativsektor bietet oft nicht nur Arbeitsplätze, an denen es humaner und hierarchiefreier zugeht, sondern für viele dort Arbeitende auch die Chance, sinnvolle, weil ökologische Produkte herzustellen oder sinnvolle, weil gesellschaftlich und sozial notwendige Dienstleistungen zu erbringen.

Unbestritten und mittlerweile (siehe den Berliner Kongreß) ja auch zu den ExpertInnen durchgedrungen, sind die großen Leistungen des Alternativsektors bei der Integration von gesundheitlich oder sozial Benachteiligten oder weniger leistungsfähigen Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt ohne Chance sind.

Das netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation NRW führt seit nunmehr 3 Jahren öffentlich geförderte Qualifizierungsmaßnahmen für vorher arbeitslose Personen durch. Diese werden in netz-Mitgliedsbetrieben theoretisch und praktisch qualifiziert, um anschließend dort weiterzuarbeiten oder aber selbständig zu werden. Mit Hilfe der Maßnahmen klappt die betriebliche Integration in den allermeisten Fällen, aber an der Weiterfinanzierung von Dauerarbeitsplätzen hapert es doch manches Mal. Leider sind einige Betriebe nicht zur Weiterbeschäftigung der PraktikantInnen bei voller Finanzierung ihrer Löhne in der Lage, setzt doch oft die Konkurrenz der konventionellen Märkte einer rentablen Geschäftsausweitung enge Grenzen. Auch hier schlägt dann »die Falle Sozialstaat« zu. Für die PraktikantInnen sind der Wiederbezug von Sozialhilfe oder Lohnersatzleistungen oder aber die Annahme besser bezahlter Jobs im konventionellen Sektor oft finanziell lukrativer als die Teilzeit-Übernahme- oder Einstiegsangebote durch die Alternativbetriebe.

Eine soziale Grundsicherung könnte eine interessante Variante für die Betriebe sein. Statt daß die Qualifizierungskenntnisse gleich wieder verfallen – warum nicht die Weiterbeschäftigung zu geringen Löhnen als Aufstokkung auf die Grundsicherung?

Natürlich würde auch der konventionelle Sektor von einer Grundsicherung profitieren. Auch dieser würde für Arbeitslose neue einfache Beschäftigungsfelder ohne große Qualifikationsanforderungen außerhalb der Tarifentlohnung anbieten. Hier scheint es mir durchaus im Bereich des Möglichen, daß Niedriglohnarbeitsplätze für ehemals Schwervermittelbare und Tarifarbeitsplätze nebeneinander bestehen.

Ich verkenne nicht, daß dieses Nebeneinander von Normal- und Niedriglohnarbeitsplätze in selbstverwalteten Alternativbetrieben auf Dauer problematisch sein kann bzw. sogar mit der Betriebsstruktur gar nicht vereinbar ist. Hier kann es erstrebenswerter und sinnvoller für die Betriebe sein, nach einem Zeitraum, der durchaus 5 bis 7 Jahre betragen kann, die Gleichstellung der »grundgesicherten« MitarbeiterInnen mit den »normal« bezahlten herzustellen, die Grundsicherungsanteile also gemäß Scharpf±s Negativsteuermodell zurückzufahren.

Wahlwerbung »DIE GRÜNEN« im Europa-Parlament zur Euro-Wahl '94

IST ES REALISTISCH, DASS DIE GRUNDSICHERUNG KOMMT?

Noch handelt es sich bei den Grundsicherungskonzepten um theoretische Modelle. Die Einführung eines solchen Systems wäre quasi revolutionär für das bundesdeutsche Sozialleistungssystem. Gewinner wären, davon bin ich überzeugt, viele Menschen, die jetzt zu verarmen drohen und keine Aussicht mehr auf eine Integration in den 1. Arbeitsmarkt haben. Da hat Rainer Roth recht: »Die Grundsicherung dient den Interessen der ausgesonderten Teile der Bevölkerung – der Armutsbevölkerung.«

Da es aber eine Reihe von VerlierInnen in diesem System gibt, insbesondere in der Sozialbürokratie, aber auch bei den AkteurInnen der Arbeitsmarktpolitik, bin ich eher skeptisch bezüglich einer schnellen Einführung eines Grundsicherungssystems.

Am Beispiel etwa der KFZ-Steuer, die schon seit Anfang der 80er Jahre abgeschafft werden soll, um sie stattdessen auf die Mineralölsteuer aufzuschlagen, kann man sehen, wie lange Veränderungen im deutschen Steuersystem brauchen, selbst wenn fast alle Beteiligten sie für sinnvoll erachten.

Erste Modellprojekte laufen jedoch, wenn auch nicht unter dem Namen Grundsicherung und nur teilweise in Richtung des hier vorgeschlagenen Systems.

»Die gemeinnützige Jobbörse in Berlin, die jungen Leuten, welche Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen und trotz aller Bemühungen nicht ins Erwerbsleben integriert werden konnten, Gelegenheitsjobs zu akzeptablen Arbeitskonditionen besorgt, ist so ein Beispiel. Die Jobbörse – ein Modellprojekt des Bundesjugendministeriums – verzichtet auf jeglichen pädagogischen und sonstigen Motivierungsauftrag. Die Entgelte für die Gelegenheitsjobs werden nicht auf die Sozialhilfe angerechnet, bleiben aber auch im Rahmen der Freigrenzen.« (zitiert aus: Stellungsnahme des netz zum Vorschlag eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes, Maria Icking, 09.03.1994)●

KURZMELDUNGEN

Deutschland-Premiere:

Rente, garantiert Öko

Mit der erstmaligen Vertriebszulassung eines »Öko-Spezialfonds«, der unter anderem auch aus Anlagemitteln einer Rentenversicherung gespeist wird, hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen im März eine richtungsweisende Perspektive für den Bereich des Öko-Investments eröffnet. »VersiRente« – so heißt die erste Rentenversicherung in Deutschland, von deren Kapitalanlagebetrag 10% garantiert und nachweisbar in ökologische Unternehmen und Projekte fließen.

So unspektakulär diese Tatsache auf den ersten Blick scheinen mag: hinter den Kulissen bedeutet sie eine kleine Sensation. Denn daß die naturgemäß extrem auf Sicherheit bedachten Versicherungsunternehmen allmählich Vertrauen in den Bereich ökologischer Unternehmen fassen, zeigt einmal mehr auf, daß Ökologie nunmehr auch in den Nadelstreifen-Etagen der Finanzwelt kein Tabuthema mehr ist. Vorangegangen war der Entscheidung des Versicherungsträgers Continentale für dieses Projekt eine jahrelange Entwicklungsphase, die mit dem ersten ökologisch orientierten Versicherungsvermittler Deutschlands, Versiko in Düsseldorf durchgeführt wurde.

Die Investmentmittel (bereits 1994 werden es 1,1 Millionen DM sein) fließen aus dem Kapitalanlagebetrag der Rentenversicherung in den luxemburgischen Öko-Sar-Fonds des Bankhauses Sarasin in Basel; von dort wird das Geld nach festgelegten Anlagerichtlinien in ökologisch ausgerichtete Unternehmen investiert. Die Einhaltung der Öko-Richtlinien für das Investment wird von einer international tätigen Investment-Research-Gruppe kontrolliert.

Bremen:

Modelle einer besseren Projektfinanzierung

Eine Zukunftswerkstatt zur Projektfinanzierung, die Alternativen zur gängigen Finanzierungspraxis kultur- und sozialpolitischer Initiativen aufzeigen soll, veranstaltet die AG SPAK und die Sozialpolitische Gesellschaft vom 10. bis 12. Juni im Kulturzentrum Lagerhaus, Bremen.

Nähere Informationen und verbindliche Anmeldung bis zum 31.5.:
AG SPAK, Thomas Bacher, Brückenstr. 5, 86153 Augsburg

JAHRESTREFFEN DER ERZEUGER-VERBRAUCHER-GEMEINSCHAFTEN

»direkt, ökologisch, regional«

Zu ihrer 12. Jahrestagung trafen sich auf Einladung der EVG Rhein-Ahr Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften aus dem ganzen Bundesgebiet in der Naturschutz-Jugendherberge Altenahr.

Von Hannelore Köhler ● Durch Wolfgang Schlagwein und Wolfgang Simons vor Ort, sowie von Hannelore Köhler von der »Evangelischen Jugend auf dem Lande« organisiert, standen Exkursionsprogramm und Seminarthemen unter der Leitfrage: Welche Beiträge können die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften zur umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung ihrer Region leisten?

Gemeinsames Anliegen von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften ist die Direktvermarktung biologischer Erzeugnisse ohne lange Transportwege und Zwischenstationen (»direkt, ökologisch, regional«). Zugleich soll die Weiterverarbeitung in die Region zurückgeholt werden. Beides soll bäuerlichen Betrieben Absatzchancen eröffnen. In Verbindung mit dem biologischen Landbau können so Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft dauerhaft und umweltverträglich im ländlichen Raum geschaffen und gehalten werden.

Elmar Dimpl vom hessischen Verein zur Förderung der eigenständigen Regionalentwicklung konnte über bewährte Beispiele berichten: So hat der hesssische Wetterau-Kreis eine ganze Reihe von Wochenmärkten initiiert, die ausschließlich den örtlichen ErzeugerInnen vorbehalten sind und diesen damit Vermarktungswege öffnen. Welches Potential im örtlichen Zusammenschluß von ErzeugerInnen und VerbraucherInnen steckt, zeigte Rudolf Oberpriller von der EVG »Tagwerk« östlich von München. Sie hat in ihrer Region über 100 Mitgliedsbetriebe – vom Biolandwirtschaftsbetrieb über kleine Käsereien, Bäckereien und Metzgereien bis hin zu Bioläden. Der Umsatz der Genossenschaft in Höhe von mehreren Millionen Mark hat dort vielen landwirtschaftlichen und weiterverarbeitenden Betrieben ein Überleben gesichert, die ansonsten im Konkurrenzdruck des EG-Agrarmarktes schon längst untergegangen wären und nach gängigen Prognosen eigentlich gar nicht mehr existieren dürften.

»Von solchen Dimensionen können wir hierzulande nur träumen, aber erfolgreiche Ansätze hat auch unsere EVG bereits geschaffen«, so Wolfgang Schlagwein von der EVG Rhein-Ahr. Und bei den VerbraucherInnen zeige sich weiter ein wachsendes Bedürfnis nach regionalen Erzeugnissen aus kontrolliert biologischen Anbau. Jedenfalls bestehe kein Grund, den Rückzug der Landwirtschaft und der kleinen Lebensmittelgewerbe aus dem ländlichen Raum einfach hinzunehmen.

Eine Weinprobe bei den beiden Bio-Winzern Christoph Bäcker und Christoph Richter rundete eine Tagung ab, die bewies, daß Biolandbau in Verbindung mit Direktvermarktung und Weiterverarbeitung Perspektiven hat.

Termin und Ort für die nächste bundesweite Jahrestagung stehen jetzt schon fest: Die Tagung findet vom Freitag, den 28.4. bis Montag, den 1. Mai 1995 statt und die EVG »Tagwerk« in Bayern wird die Gastgeberin sein.

Wer Interesse an der Tagung und an den EVG's hat, wende sich bitte an Hannelore Köhler, Evangelische Jugendbildungsstätte Asel, 26409 Wittmund-Asel, Tel. (0 44 62) 52 89.●

DIE ENTWICKLUNG DER CAR-SHARING ORGANISATIONEN

(Be)herrsche und teile

Das organisierte Auto-Teilen ist den Kinderschuhen entwachsen. Zwei Jahre nach der Gründungswelle der Car-Sharing Organisationen in vielen Städten ist es an der Zeit, eine Zwischenbilanz über Ansprüche und Erwartungen zu ziehen.

Ludger Porada, Red. Genossenschaften ● Car-Sharing ist die organisierte, gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen mit dem Ziel, das Verkehrsaufkommen mit seinen negativen Folgen zu reduzieren und insgesamt die Kosten für die individuelle Mobilität zu senken. In der Regel teilen sich 12 NutzerInnen ein Fahrzeug. Das Fahrzeug steht auf einem möglichst zentralen Stellplatz und ist für jedeN NutzerIn zugänglich. Buchungen werden von Zentralen vorgenommen, die 24 Stunden erreichbar sind. Abrechnungen werden nach Nutzungszeit und gefahrenen Kilometern vorgenommen. NutzerInnen zahlen vorab, je nach Organisationsform, eine Kaution oder mehrere Genossenschaftsanteile, für die die Fahrzeuge angeschafft werden. Der durchschnittliche Auto-Teiler ist 25 bis 45 Jahre alt, hat eine Fachhochschul- oder Hochschulausbildung und legt in 21 Stunden 215 Kilometer zurück. Dabei entstehen ihm monatlich Kosten in Höhe von 150 DM (Zahlen von Statt-Auto Bonn). Die Fahrzeuge sind umwelttechnisch auf dem neuesten Stand.

MOBIL GLEICH AUTOMOBIL

Diese simple Gleichung sollte durch das organisierte Car-Sharing aufgebrochen werden. Car-Sharing gibt dem/der umweltbewegten AutofahrerIn die Chance, sein ungeliebtes Kind, das er bisher aus verschiedenen Gründen noch nötig brauchte, in eine Recyclinganlage zu fahren, ohne jedoch auf die Vorteile individueller Mobilität ganz verzichten zu müssen. Insbesondere umstiegswillige AutofahrerInnen sollten auf dem sanften Weg vom PS-Zauber entwöhnt werden, so Brigitte Kunze vom Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD), der die zahlreichen Initiativen durch Rat und Tat unterstützt. Umwelt- und verkehrspolitisch ist Car-Sharing damit ein Baustein zwischen Autogesellschaft und öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV). Betriebswirtschaftlich betrachtet, liegt hier auch die Crux des Car-Sharing: Die Kosten für Car-Sharing sollen über den Kosten des ÖPNV liegen, jedoch niedriger als bei den kommerziellen Autovermietern. Hiermit sind dem Car-Sharing enge Grenzen gesetzt. Wird der politische Anspruch eingelöst, nämlich den privaten Autoverkehr einzudämmen, so sinkt letztlich auch die Auslastung der Car-Sharing Fahrzeuge und die betrieblichen Kosten steigen. Dieser Umstand führte bereits bei der Car-Sharing-Deutschland-Genossenschaft zur Einführung von monatlichen Nutzungsgebühren, ohne die eine realistische Kostenplanung nicht mehr haltbar war. Ein wirklich tragfähiges betriebswirtschaftliches Konzept, das sämtliche Kosten für Verwaltung, Wartung und Werbung berücksichtigt, fordert deshalb Heinrich Plessner vom selbstverwalteten Betrieb »Colli-Trans« in Bielefeld, die bisher noch zögern, Auto-Teilen zu betreiben. Ein solches Konzept wäre letztlich von der »ganz normalen« Autovermietung nicht mehr weit entfernt.

VON DEN SCHWIERIGKEITEN DER SELBSTORGANISATION

Plessner, der mit seiner Einschätzung nicht allein steht, setzt sich damit jedoch dem Zorn der Öko-Fundamentalistinnen aus, die umweltpolitische Ansprüche und demokratische Organisationskultur gefährdet sehen. So ist die Szene, einmal mehr, mehrfach gespalten. Die eher kleinen, ökologisch-orientierten Non-profit Organisationen haben sich im Bundesverband organisiertes Autoteilen e.V. (BOA) zusammengeschlossen, während sich die größeren Unternehmen im European Car Sharing (ECS) zusammenfinden. Bisherige Versuche, die Autoteiler-Initiativen bundesweit einheitlich zu organisieren, scheiterten bereits im Ansatz an Organisationsfragen und der spezifischen deutschen Angst vor zentraler Planung. Die Vorteile lagen auf der Hand: Einheitliche Buchungs- und Abrechnungssysteme, bessere Konditionen beim Autokauf, Kapazitäten für fehlende Werbekonzepte, problemlose Quernutzung u.v.m. Geburtsfehler und mangelndes betriebswirtschaftliches Know-how sind noch immer entschuldigt, wenn sie nur basisdemokratisch legitimiert sind.

TEILEN WILL GELERNT SEIN

Dennoch wurde, mit Unterstüzung des VCD, die bundesweite Car-Sharing-Deutschland-Genossenschaft in Frankfurt gegründet, die inzwischen in 13 Städten Autoteilen betreibt. Mit 470 Nutzern und 28 Fahrzeugen ist die Genossenschaft, nach den Berlinern, die zweitgrößte Organisation. In den neuen Bundesländern werden bereits Schwerin und Leipzig von der Genossenschaft betreut. Vorstandsmitglied Jens Matthes äußerte sich positiv über die stetig steigenden Mitgliedszahlen, räumte aber ein, daß die Entwicklung hinter den Erwartungen zurückbleibt. Dieser Trend konnte auch von den anderen Autoteilern bestätigt werden. Die Ursachen, warum hier Potentiale nicht ausgeschöpft werden, liegen einerseits in völlig unzureichenden Werbe- und PR-Maßnahmen, die aus den o.g. Gründen kaum finanzierbar sind und andererseits auch in der mangelnden Unterstützung und Kooperationsbereitschaft der Kommunen. So ist den BonnerInnen z.B. nicht gelungen, in der Bonner Südstadt einen Anwohnerparkplatz für einen Car-Sharing-Stellplatz zu erhalten, obwohl die Südstadt im Autoblech versinkt. Auch öffentliche Fördermaßnahmen, die für den Aufbau professioneller Strukturen wichtig sind, werden nur zögerlich gewährt. »Eine Förderungsinstitution wird keiner Car-Sharing-Organisation auf Grundlage der bloßen Car-Sharing-Idee eine Förderung gewähren, sondern nach einer Unternehmenskonzeption verlangen, die auf ein zukunftsorientiertes Car-Sharing zugeschnittten ist.« Zu diesem Ergebnis führte eine Studie des VCD über Fördermöglichkeiten des Car-Sharing. Die Glaubwürdigkeit des Autoteilens sei zu erhalten und erreichen, wenn Car-Sharing als Zusatz-System zum ÖPNV etabliert wird und damit in ein zukunftweisendes Verkehrskonzept insgesamt einmündet.

TEILE UND (BE)HERRSCHE – DIE RECHTSFORMEN

Die Zufriedenheit über die Organisationsform kann allgemein als hoch bezeichnet werden. Je nach Größe und Wachstumserwartungen sowie auch nach politischer Akzeptanz werden die Rechtsformen gewählt. »Die Genossenschaft hat eine breite politische Akzeptanz als demokratische Organisationsform«, sagt Matthias Göpfert von der Car-Sharing Genossenschaft in Lübeck, die in einem gewerkschaftlich-orientierten Umfeld gegründet wurde. Für die bundesweit agierende Car-Sharing-Deutschland-Genossenschaft ist eine andere Rechtsform kaum denkbar. Jens Matthes kritisiert jedoch auch das oftmals schwerfällige »Handling« der Genossenschaft. So wartet das Unternehmen nach nunmehr zwei-jähriger Geschäftstätigkeit auf die Eintragung ins Genossenschaftsregister. Kleinere Organisationen bevorzugen die unkomplizierte Vereinslösung. Für die betriebswirtschaftliche Abwicklung wird oftmals eine Service-GmbH gegründet. So kann der gemeinnützige Charakter der Vereine erhalten werden, ohne auf eine professionelle Struktur verzichten zu müssen.

HAT TEILEN ZUKUNFT?

Der gesellschaftliche Konsens beruht auf der Bereitschaft zu Teilen, verlangen unsere Sozialpolitiker (wenn Steuererhöhungen ins Haus stehen). Kurzzeitige Ängste der AutoteilerInnen vor der Konkurrenz durch den ADAC, der nicht gerade im Rufe steht, der Autolobby das Teilen ihrer Fahrzeuge vorzuschlagen, können inzwischen als unbegründet betrachtet werden. Der ADAC fördert Fahrgemeinschaften zur Förderung der individuellen Mobilität. Gefahr droht in erster Linie von den kommerziellen Autovermietern, die mit günstigen Angeboten potentielle UmsteigerInnen locken. Die SchweizerInnen, die gemeinhin nicht in der Liste der Naturvölker geführt werden, die das Teilen zum Lebensprinzip erhoben haben, sind uns wieder einen Schritt voraus: Die Share-Com-Genossenschaft organisiert auch die Teilung langlebiger Gebrauchsgüter. CONTRASTE wird berichten. ●

Foto: PAPARAZZI/Voller Ernst

BUCHBESPRECHUNG

Was ist kooperatives Management?

Lassen sich demokratische Unternehmensstrukturen auf Dauer erhalten? Eine Veröffentlichung zum Thema Management trägt Mosaiksteine für die Stablisierung produktivgenossenschaftlicher Betriebe zusammen.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Eine Betriebswirtschaftslehre der Kooperative zu entwickeln, stellt eine der wichtigsten Aufgaben zur Stabilisierung des Selbstverwaltungssektors dar. Nur, was ist darunter zu verstehen? Welche Bereiche kann kooperatives Management abdecken? Wie wird es gegenüber partizipativen Führungsstil, wie gegenüber kollektivem Mangement abgegrenzt? Wo liegen Überschneidungen und wo entscheidende Unterschiede vor? Oder gibt es wieder einmal nur einen neuen Begriff für Altbekanntes?

Eine eindeutige Antwort darauf enthält das Buch »Kooperatives Management« nicht. Der Versuch, den »Gegenstand« einzugrenzen, geschieht mit einer Reihe durchweg sehr informativer Artikel. Am Ende bleibt der Begriff dennoch unklar. Eine Zusammenfassung oder ein Resumee hätte hier Abhilfe schaffen müssen. Das Ergebnis: lesenswerte Aufsätze, deren Veröffentlichung auch unter Sammelbegriffen wie Genossenschaftsmanagement oder Partizipation sinnvoll gewesen wäre.

KOORDINATION DURCH HIERARCHIE UND DEMOKRATIE

Einen Überblick über die interne Koordination in traditionellen und selbstverwalteten Unternehmen geben Heinrich Beyer und Hans G. Nutzinger. Hierarchie und Assoziation bzw. Demokratie sind dabei die idealtypischen Gegensätze der Koordination. Letztere läßt sich in der Theorie durch die kollektive Willensbildung von der Hierarchie klar unterscheiden. In der Wirklichkeit kommen allerdings durchweg beide Koordinationsformen zur Anwendung. Insofern gibt es eine gewisse wechselseitige Annäherung (Konvergenz) von hierarchischen und selbstverwalteten Unternehmen.

Für genossenschaftlich strukturierte Betriebe wird es zur entscheidenden Aufgabe, die Kosten der Demokratie zu senken, ohne die Grundwerte und Vorteile von Selbstverwaltung aufzugeben. Die Grenze bzw. ein endgültiges Umschlagen sehen Beyer und Nutzinger erreicht, wenn der Belegschaft selbst im Fall von Konflikten keine effektiven Kontrollmöglichkeiten mehr gegenüber dem Management bleiben. Genannte Stichworte für die Stabilisierung partizipativer Betriebe sind Qualifizierung, Vernetzung, Erfahrungsaustausch und »alternative Unternehmensberatung«.

LERNEN VON TEAMGEFÜHRTEN KLEINUNTERNEHMEN

Was eine Betriebswirtschaftslehre der Kooperative leisten muß, wird durch den Aufsatz von Hartmut Kreikebaum deutlich. Hier werden Kenntnisse und Erfahrungen aus herkömmlichen Kleinunternehmen aufgearbeitet, die für den Selbstverwaltungssektor Erkenntnis- und Stablisierungschancen bieten. Wichtige angesprochene Inhalte sind Managementteams, echte Führungsentscheidungen und Innovationsmanagement.

Erfahrungen aus der Teamforschung verdeutlichen: Gruppenorientierte Organisationsstrukturen zeichnen sich durch einen ausgeprägten Willen zum Zusammenhalt und Wir-Bewußtsein aus. Dabei sind unterschiedliche Typen vom »Bremser« bis zum »Antreiber« fruchtbar für gute Ergebnisse von Teams. »Notorische Querulanten« dagegen wirken wie der bekannte Sand im Getriebe. Nur wie die Grenzen rechtzeitig erkennbar sind, darüber gibt Kreikebaum leider keinen Aufschluß.

Echte Führungsentscheidungen sollten im Unterschied zu den übrigen in Form abgestimmter Gruppenentscheidungen getroffen werden. Nach Kreikebaum müssen sie eine ungerade Zusammensetzung aufweisen und somit mindestens drei Personen umfassen. Er will damit Mehrheitsentscheidungen in strittigen Situationen ermöglichen und Pattsituationen auf jeden Fall vermeiden. Die in der Praxis weitverbeiteten dualen Führungsstrukturen mit der Kompetenzaufteilung zwischen »Kaufmann« und »Techniker« betrachtet er unter diesem Blickwinkel kritisch.

KOOPERATIVES MANAGEMENT ALS KONFLIKTMANAGEMENT

Rainer Vierheller veranschaulicht, daß Konflikt und Kooperation nur theoretisch sich ausschließende Gegenpole darstellen. In Wirklichkeit sind sie voneinander untrennbare Erscheinungen. In Kleingenossenschaften besteht die Gefahr, daß Abweichungen von der Gruppennorm und Konflikttendenzen durch massiven sozialen Gruppendruck auf »Abweichler« bekämpft werden.

Werden Genossenschaften größer, wächst auch die Konfliktwahrscheinlichkeit durch stärkere Arbeitsteilung und Mitgliederheterogenität (-unterschiedlichkeit). Selbst bei gemeinsam beschlossenen Plänen und Vorhaben ist dann die dezentrale Konsensfähigkeit zu berücksichtigen. Im Unterschied zu häufig vertretenen Lehrmeinungen erweist sich Partizipation nicht immer als Garant dezentraler Konformität.

Bei Produktivgenossenschaften sieht Vierheller eine Form von »Intensiv-Kooperation« verwirklicht. Sie führt zu steigender individueller Betroffenheit, zu engem Austausch, zu erhöhtem Koordinationsbedarf und so zu wachsenden Kontakt- und Reibungsflächen zwischen den Beteiligten: Kooperation bedeutet deshalb in selbstverwalteten Betrieben immer auch Konfliktbewältigung.

KULTURBILDUNG: BALANCEAKT DER GRÜNDER

Daß kooperative Betriebe sich in ihrer Unternehmenskultur von anderen auffällig unterscheiden, sieht Ariane Berthoin Antal als selbstverständlich an. Sie warnt jedoch davor, nach der allgemein gültigen Form erfolgreicher kooperativer Unternehmenskultur zu suchen. Analoges geschieht in der herkömmlichen Managementliteratur ständig. Vielmehr sollte überprüft werden, ob die formulierten Ziele und Werte der Gründergeneration tatsächlich ihren Niederschlag in den sich herausbildenden Strukturen, Entscheidungssystemen und Belohnungsformen gefunden haben. Vielleicht sind schon von Anfang an Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit angelegt?

Die Herausforderung liegt darin, die Vorteile stabilisierender Wirkung einer Organisationskultur mit Veränderungsmöglichkeiten zu verknüpfen. Nur so können Selbstverwaltungsbetriebe verhindern, daß sie zu »versteinerten Rezepten von gestern« werden. Eine Empfehlung aus der Empirie: Die Lernfähigkeit erweist sich bei den Organisationen als innovativer, die in der Lage sind, »Exoten« aufzunehmen.

NOTWENDIGER BESTANDTEIL: SOLIDARITÄT

Einen inhaltlichen Höhepunkt des Sammelbandes stellt der Aufsatz von Robert Hettlage zur notwendigen strukturellen Solidarität in Genossenschaften dar. Konflikte, Eigennutz und Vorteilsüberlegungen lassen sich mit dem oft beschworenen Genossenschaftsgeist nicht ausschließen. Er bleibt aber bei aller ökonomischen Rationalität erforderlicher Bestandteil der Handlungsfähigkeit und -willigkeit in Selbstverwaltungsbetrieben. Von Boettcher wird er mit dem Begriff »Loyalität« umschrieben.

Nach einem in der Gründungszeit besonders ausgeprägten Solidaritätsgefühl tritt aus Enttäuschung über die Uneinlösbarkeit oder die massive Veralltäglichung zunehmend eine Entleerung dieses Ideals auf. Kooperatives Management muß in der Lage sein, dem entgegenzuwirken durch die »Vergenossenschaftlichung« von Genossenschaften, so Hettlage. Dazu gehört:

- die laufende Bemühung um eine Gruppenidentität, die sich an der Vision einer besonderen Unternehmensform orientiert;
- die Erprobung neuer Rollenmodelle und Teilnahmepraktiken mit deren Hilfe Wissens-, Informations- und Fähigkeitsbarrieren abgebaut werden;
- die Besetzung von Leitungsfunktionen nur mit Personen, denen kooperative Unternehmenskultur ein besonderes Anliegen ist.

Eine weitere Vertiefung und Konkretisierung solcher Elemente kooperativen Managements trägt dazu bei, daß in späteren Veröffentlichungen vielleicht einmal zu Recht von einer Managementlehre der Kooperative gesprochen werden kann. Bis dahin muß weiter auf einzelne Bausteine zurückgegriffen werden. ●

Arbeitskreis für Kooperation und Partizipation (Hg.): Kooperatives Management. Bestandsaufnahmen, Konflikte, Modelle, Zukunftsperspektiven, Baden-Baden (Nomos-Verlag) 1990, DM 48,–

REZENSIONEN

Zur Aktualität der anarchistischen Klassiker

Die Aktualität der anarchistischen Klassiker zu hinterfragen, zu wissen und in Erfahrung zu bringen, ob diese für die Gegenwart eine Bedeutung besitzen, ist ein Anliegen von acht Autoren der jüngeren Generation. Die Auseinandersetzung mit dem existierenden Kapitalismus, dem Staat sowie dem Scheitern des Sozialismus im Osten, fällt den libertären Autoren nicht leicht und überwiegend werden auch nur die Postulate der Klassiker beschrieben, um als aktuell für unsere Zeit verstanden zu werden.

In einem Rückgriff auf Proudhon, der einigen Autoren – Siegbert über Landauer und Degen über Rüdiger – zumindest in Ansätzen gelingt, hätten sich Beyer und Mohrhof vergegenwärtigen können, daß die Abhängigkeit der Massen in ihrer Eigentumslosigkeit besteht und daß der Weg zur Freiheit gerade die Emanzipation von der Abhängigkeit erfordert. Anstatt pauschale Forderungen aus dem 19. Jahrhundert aufzuwärmen, womit nicht das zeitlose Anliegen nach Freiheit und Humanität gemeint ist, wäre es angebrachter gewesen, sich eingehender mit der Wirtschaftsform des Kapitalismus, der Marktwirtschaft und den Auswirkungen der Staats- und Wirtschaftsmonopole zu befassen, um auch die Ursachen von ökonomischen Krisen besser zu erkennen und zu verstehen.

H.J. Degen beschreibt Leben, Werk und Intentionen von einem Libertären, Helmut Rüdiger, der nach 1945 in Deutschland nicht die Beachtung fand, die er verdiente. Kaum ein libertärer Sozialist hat sich, wie Helmut Rüdiger, so intensiv mit der veränderten Situation in der Gesellschaft und den Auswirkungen des Kapitalismus auseinandergesetzt und nach neuen Strategien gesucht, ohne sich in seinen Idealen und Anschauungen untreu zu werden.

Mit Rocker war sich Rüdiger einig, daß die bürgerliche Demokratie und ihr Parlamentarismus gewiß nicht einem libertären Ideal entsprechen, aber dieses politische System war und ist jedem Totalitarismus vorzuziehen und die Demokratie bietet die Alternative der permanenten libertären Evolution. Eine noch immer ungenutzte Chance!

Innerhalb der bestehenden Gesellschaft mitbestimmte und selbstverwaltete Gesellschaften zu schaffen, etwa auch Betriebe, sich für eine Erweiterung der Mitbestimmung in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft einzusetzen, ist ein ideeller Anspruch, aber niemand kann sich hinter der zuvor notwendigen sozialen Revolution verstecken. Fazit von H.J. Degen: Generell müssen dem Staat alle Funktionen entrissen werden, die er der Gesellschaft entwendet hat. Das nicht, um den Staat zu ersetzen, sondern um ihn zurückzudrängen. ●

Wolfram Beyer (hrsg.): Die Anarchisten. Zur Aktualität der anarchistischen Klassiker;OPPO-Verlag Berlin; ISBN 3-926880-074; 18 DM

Uwe Timm

Foto: Marily Stroux

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Einen Freund „vorstellen", der gefangen ist – schreiben, damit mehr Leute sich einmischen, daß er rauskommt, daß alle rauskommen, an diesem Beispiel – geht das? Was können wir sagen, was nicht alle wissen zu der Ungeheuerlichkeit von 17, 19, 22 Jahren Gefangensein?

Als wir Ostern '73 aus dem besetzten Haus Ekhofstraße in Hamburg geräumt wurden, landete Karl-Heinz Dellwo erst einmal ein Jahr im Untersuchungsgefängnis... Wir wollten ein Haus, brauchten Raum jenseits von Gleichgültigkeit, Leistung und Konsum, wir wollten leben... daß die sozialdemokratische Staatsmacht auf Aufbruch mit dem Versuch der Zerstörung der Aufbrechenden antwortete, war für uns hammerhart, wenn auch nicht neu... es hatte die Studenten- und Lehrlingsbewegung gegeben, die Aktionen der RAF gegen den US-Völkermord in Vietnam, es gab schon politische Gefangene, isoliert und im Kampf darum zu vermitteln, daß Isolation Folter ist...

Als Karl-Heinz 1975 bei der Besetzung der BRD-Botschaft in Stockholm gefangen genommen wurde, ging es um die Befreiung der damaligen RAF-Gefangenen – zuvor war Holger Meins im zweiten Hungerstreik durch gezielte Zwangsunterernährung gestorben. Es folgte eine Eskalation der Zerstörung gegen alle RAF-Gefangenen, das 24-Punkte-Programm der Isolation, Ulrike Meinhof erhängt, totale Abschottung nach außen durch „Kontaktsperre", Stammheim 1977 und immer der Kampf ums Leben, die eigene Identität, die Gruppe – unzählige Hungerstreiks... 16 Jahre saß Karl-Heinz im Trakt, seit 1979 zusammen mit Lutz Taufer und Knut Folkerts in Celle, seit 1991 nicht mehr im Trakt...

Karl-Heinz hat uns immer wieder getroffen – z.B. in den Kämpfen um die Hafenstraße 1986/87 in einer Intensität, wie sie sonst mit wenigen Leuten außerhalb der Häuser möglich war... Sein Interesse an dem, was draußen Neues entwickelt wurde, seine Fragen, warum Altes reproduziert wird, seine Gegenwart haben uns auch mit anderen verbunden, zu denen wir diese Nähe nicht haben.

Wir wollen ihn endlich wieder draußen, unter uns – und alle anderen auch.

Simone Borgstede, Brigitte Simonsen

Kritischer Agrarbericht 1994

Im Februar ist der »Kritische Agrarbericht 1994« erschienen. Das »AgrarBündnis«, das mittlerweile die Anzahl seiner Mitglieder auf 21 Verbände aus den Bereichen Ökolandbau, Tier- und Naturschutz sowie aus der Agraropposition steigern konnte, legt dieses – in Zusammenarbeit mit der AG Ländliche Entwicklung an der Gesamthochschule Kassel erstellte – Buch nun schon das zweite Mal vor.

Mit dem »Kritischen Agrarbericht« will das »Agrar-Bündnis«, seine Anstrengungen für eine flächendeckende umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft verstärken und auf die Nichtberücksichtigung Ökologischer und sozialer Belange bei Produktion, Vermarktung und Konsum von Nahrungsmitteln in der herrschenden Agrarpolitik hinweisen. Die über 50 Beiträge liefern Informationen und Einschätzungen zu unterschiedlichsten Aspekten der Agrarpolitik und Agrarentwicklung, des Agrobusiness, der sozialen Lage auf dem Land, der Regionalentwicklung, des konfliktreichen Verhältnisses von Landwirtschaft und Naturschutz und zu Tierschutz und Nahrungsmittelqualität. Ein Schwerpunkt des Bandes ist die Kritik der gentechnologischen Manipulation von Tier und Pflanze. ●

Bernd Hüttner

Kritischer Agrarbericht 1994; 291 S. B 5; ISBN 3-930413-00-0; 30,80 DM plus 3 DM Porto; Bezug bei Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

Wirtschaftsdemokratie neu diskutiert

Das Buch »Wirtschaftsdemokratie – Eine alte Antwort neu befragt« entstand im Zusammenhang mit einer öffentlichen Arbeitstagung der PDS/Linke Liste, die im Januar 1993 in Bremen stattfand. Es enthält 16 Beiträge von AutorInnen aus dem PDS- und dem SPD-Spektrum sowie aus dem der (ehemaligen) DKP-ErneuerInnen. Die Eigentumsfrage ist immer noch eine der Grundfragen jeder linken Bewegung, ergo sind auch heute konkrete Alternativen zur privatkapitalistischen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gefragt. Aber mit der Enteignung oder Verstaatlichung der Produktionsmittel sind – wie der realexistierende Sozialismus zeigte – noch längst nicht alle Probleme gelöst. Gleichzeitig ist – nach Meinung einiger AutorInnen – die neokonservative Hoffnung auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes nicht erfüllbar.

Der erste Themenblock des Buches behandelt die Fragen der grundsätzlichen Möglichkeiten ökonomischer Regulierung und ökologischen Umbaus. Joachim Bischoff (PDS) und Peter von Oertzen (SPD) stellen ihre Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie dar. Horst Dietzel (PDS) gibt einen Überblick über die Positionen von SPD, PDS und Grünen/Bündnis 90 zu wirtschaftsdemokratischen Fragen. Heinz Jung stellt sich selbstkritisch die Frage, ob die sozialistische Bewegung nicht die Notwendigkeit von breitester demokratischer Mitwirkung und der sie gewährleistenden Strukturen in Vergangenheit und Gegenwart mißachtete.

Der zweite Block behandelt das Verhältnis von Staat und Markt und beinhaltet hauptsächlich einen Beitrg von Herrmann Bömer zu Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Regulierung kapitalistischer Ökonomien: Bömer bejaht auch eine Beeinflußung der Wirtschaft über den Staat und schlägt eine Kombination von ökologischem Umbau, Arbeitszeitverkürzung und alternativer Struktur- und Regionalpolitik vor. Der letzte Block versammelt Beiträge zu konkreten Fragen der betrieblichen Mitbestimmung. Norman Peach diskutiert die Vereinbarkeit von Wirtschaftsdemokratie mit der Verfassung, während sich Lothar Peter die Frage stellt, ob betriebliche Mitbestimmung eine nur kapitalkonforme Forderung ist und sie insofern beantwortet, als er der Mitbestimmungsforderung angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitsbeziehungen eine wachsende Aktualität zuschreibt. Wolfgang Jahn berichtet schließlich über die Umwandlung agrarischer Genossenschaften in den neuen Bundesländern.

Das Buch wirkt auf den ersten Blick unscheinbar, hat es aber in sich, da es Fragen aufwirft, auf die bis heute keine emanzipatorische Bewegung oder linke Partei Antworten hat. Es ermöglicht den Blick über den Tellerrand des eigenen Projekts oder Polit-Gruppe, da es Informationen zum »harten« Brot sozialistischer Wirtschaftspolitik liefert – insofern verdient es Beachtung. ●

Bernd Hüttner

Harald Werner (Hg.): Wirtschaftsdemokratie. Eine alte Antwort neu befragt; Verlag Pahl Rugenstein Nachf. Bonn 1994; 145 S., 18,80 DM

Die neuen Grenzen des Wachstums

Im Jahre 1972 erschien von Donella und Dennis Meadows und Jrgen Randers das Buch »Die Grenzen des Wachstums«. Es wirkte sensationell und hat die Debatte über die Zukunft der Menschheit stark angeregt. Bei dem Folgewerk »Die neuen Grenzen des Wachstums« handelt es sich keineswegs um eine bloße Aktualisierung des Vorgängers. Es galt zu berücksichtigen, daß die Menschheit durch das Weiterwirken des Wachstumstrends inzwischen in eine völlig neue Lage auch im Verhältnis zu ihren Grenzen gelangt ist. Zwar sind die alten »Grenzen des Wachstums« noch immer gültig, sie werden aber jetzt im Zuge brisanter Hochrechnungen einer Systemanalyse auf der Basis aktuellster Daten entschiedener formuliert:

»1. Die Nutzung vieler natürlicher Ressourcen und die Freisetzung schlecht abbaubarer Schadstoffe haben bereits die Grenzen des physikalisch auf längere Zeit Möglichen überschritten. Wenn der Einsatz dieser Materialien und die Energieflüsse nicht entscheidend gesenkt werden, kommt es in den nächsten Jahrzehnten zu einem nicht mehr kontrollierbaren Rückgang der Nahrungsmittelerzeugung, der Energieverfügbarkeit und der Industrieproduktion.
2. Das ist aber vermeidbar, wenn zwei grundsätzliche Änderungen erfolgen: Die politischen Praktiken und Handlungsweisen, die den Anstieg des Verbrauchs und der Bevölkerungszahlen begünstigen, müssen umfassend revidiert werden; daneben sind die Wirkungsgrade des Energieeinsatzes und der Nutzeffekt materieller Ressourcen drastisch anzuheben.
3. Eine dauerhaft existenzfähige Gesellschaft ist technisch und wirtschaftlich noch immer möglich. Sie könnte lebenswertere Perspektiven haben als eine Gesellschaft, die ihre Probleme durch konstante Expansion zu lösen versucht. Der Übergang zu einer dauerhaft existenzfähigen Gesellschaft erfordert den sorgfältigen Ausgleich zwischen langfristigen und kurzfristigen Zielvorstellungen; der Nachdruck muß auf ausreichende Versorgung, gerechte Verteilung und Lebensqualität und weniger auf den Produktionsausstoß gelegt werden. Dazu ist mehr erforderlich als nur Produktivität und Technologie: gefragt sind Reife, partnerschaftliches Teilen und Weisheit.«

Diese Einsichten und Schlußfolgerungen sind das Ergebnis zweijähriger Bemühungen eines Forscherteams, daß dabei als Forschungsinstrument das formale mathematische Computermodell »World 3« geschaffen hat. In drei von acht Kapiteln werden insgesamt 14 Computerläufe mit unterschiedlichen Annahmen – simulierte Zeitverläufe vom Jahr 1900 bis zum Jahr 2100 – abgebildet und beschrieben. Einige Schlüsselgrößen sind jeweils als grafische Kurven abgedruckt, so die Hauptvariablen Bevölkerung, Umweltverschmutzung, Ressourcen (noch verfügbare), Nahrungsmittelproduktion und Industrieproduktion, ferner Lebensstandard mit Pro-Kopf-Daten und mittlere Lebenserwartung. Die verschiedenen Szenarien sollen zeigen, unter welchen Voraussetzungen eine Katastrophe für Mensch und Umwelt vermieden werden könnte und unter welchen Bedingungen nicht.

Kapitel 2 des Buches ist dem Thema »Die treibende Kraft: exponentielles Wachstum« gewidmet. Diese mathematische Beziehung wird an mehreren Beispielen ausführlich erklärt, u.a. am Wachstum der Weltbevölkerung und der globalen Wirtschaft. Auch eine Grafik über »exponentielles Wachstum beim Sparen« sowie eine Tabelle über diesbezügliche Wachstumsraten und Verdoppelungszeiten fehlen nicht (S. 39/40).

Wer sich bereits mit Zusammenhängen zwischen Zins, Zinseszins, der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (Keynes), konjukturellen und sozialökonomischen Entwicklungen, Bevölkerungsexpansion und Wirtschaftswachstum befaßt hat und nun erwartet, die Struktur des herkömmlichen Geldes würde bei den Computerabläufen als Schlüsselgröße berücksichtigt, wird enttäuscht. »Exponentielles Wachstum beim Sparen« dient hier lediglich der mathematischen Erklärung. Das reale Wachstum der Geldvermögen – und der Schulden (die Kehrseite ein und derselben Medaille) – hat für die Autoren offenbar keinen signifikanten Stellenwert; die davon ausgehende ungleiche Einkommensverteilung und Verarmung sowie einen dadurch bedingten Zwang zu ständigem Wirtschaftswachstum sehen sie nicht, wissen aber, daß Armut Bevölkerungsexpansion verursacht. Als treibende Kräfte ökonomischen Wachstums werden genannt »Bevölkerung und Industriekapital« (z.B. Maschinen, Geräte, Fabriken), nicht jedoch das Finanzkapital.

»Offensichtlich ist das exponentielle Wachstum im globalen sozialen System der Menschen tief verwurzelt.« – Das klingt beinahe mystisch, jedenfalls nicht nach sicherer Kenntnis der Ursachen. Und weiter heißt es: »Man erhofft sich also exponentielles Wirtschaftswachstum. Meist stellt es sich auch ein, weil Industriekapital neues Industriekapital erzeugen kann. (...) Geldflüsse interessieren uns hier nicht besonders, denn nur physikalisch-materielle Flüsse, nicht aber Geldflüsse, unterliegen den Begrenzungen unseres Planeten.« – Haben aber die »ewigen« Verzinsungsansprüche des Geldkapitals etwa keinen Einfluß auf die **Richtung** der Geldflüsse, auf die Wirtschaftsweisen (kapital- statt arbeitsintensiv), auf das Schuldenwachstum, die Einkommensumverteilung und die Forcierung des Wirtschaftswachstums?

Lediglich einmal wird Schuldentilgung als Problem in Erwägung gezogen, in einer Aufzählung möglicher grenzüberziehender Entwicklungen (S. 175): Wenn Investitionen zugunsten der Schuldentilgung gekürzt werden müssen und wenn »der Prozentsatz des jährlichen Outputs zur Schuldentilgung steigt.«

Die Verfasser plädieren für nachhaltiges Wachstum bzw. für »Aufrechthaltbarkeit«: Zustand eines Systems, das sich so verhält, daß es existenzfähig bleibt. Sie fordern ferner ausreichende Versorgung und gerechte Verteilung. Wie aber soll dies alles erreicht werden unter Beibehaltung der traditionellen Geldordnung? Wie kann die Wirtschaft dem Wohlergehen der Menschen und der Umwelt dienen – wovon die Autoren träumen –, wenn die Frage der Kapitalrentabilität absolute Priorität hat? Dieses Kriterium in »World 3« eingespeichert, dürften die simulierten Entwicklungen – vor allem die mit günstiger Prognose – gewiß anders aussehen.

Ein Anhang bietet Anleitungen für eigene Untersuchungen mit diesem Computermodell, auch für die Entwicklung neuer, eigener Szenarien. Gefragt sind jetzt Computerfreaks, die hier einsteigen und auch die Struktur unserer Geldordnung berücksichtigen. ●

Josef Hüwe

Donella und Dennis Meadows, Jrgen Randers: »Die neuen Grenzen des Wachstums«. Aus dem Amerikanischen von Hans-Dieter Heck. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1992. 319 Seiten.

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151

e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

NEUE BROSCHÜREN

»Ratgeber Methoden

– Ein Wegweiser zu erfolgreichen Arbeitsformen in Initiativen und Projekten«

Auch für das Lernen und Arbeiten in Eigenregie bedarf es geeigneter Methoden und Vorgehensweisen. Deshalb soll der »Ratgeber Methoden« die LeserInnen »methodisch« auf den Geschmack bringen und den Weg zu einer vertiefenden Auseinandersetzung weisen. Konzentriert auf zehn methodische Problemfelder und Handlungsansätze werden nicht nur siebzig ausgewählte Bücher mit vielfältigen Analysen und Anleitungen vorgestellt, sondern jeweils auch kurze thematische Einführungen zur ersten Orientierung geboten. Das angesprochene Methodenspektrum ist breit und bezieht sich – ohne Vollständigkeit zu beanspruchen – auf Kommunikations- und Kooperationsregeln, Moderations- und Entscheidungsverfahren, Instrumente zur Streßbewältigung und Konfliktlösung, Kreativitätstechniken, Entwicklung von Schlüsselqualifikationen und Projekten durch Planspiele und Zukunftswerkstätten, Verhandlungsführung und Rhetorik, Präsentation und Seminargestaltung, Beratung und Supervision.

Hrsg. Stiftung MITARBEIT, Reihe Arbeitshilfen Nr. 9, Bonn 1994, 96 Seiten, DM 8,–, ISBN 3-928053-54-5

Soziokultur

»Utopien leben. Kulturelle Provokationen in gesellschaftlichen Krisenzeiten«

Utopien leben – ein mutiger Titel »in einem Land, das UN-Blauhelme zu brauchen scheint, um Leben und Unversehrtheit seiner Ausländer vor der Gewalt seiner Inländer zu schützen« (Frieder O. Wolf). Das Buch dokumetiert die Beiträge des gleichnamigen Kongresses der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. vom Oktober 1992 in Berlin. Die Rolle der Kultur im Allgemeinen – und der Soziokultur im Besonderen – in Zeiten extremer gesellschaftlicher Umbrüche stand im Mittelpunkt der Diskussionen. Rassismus, Verelendung, soziale Deregulierung nicht nur in deutschen Städen – Krieg, Nationalismen, Progrome gegen Andersdenkende und -gläubige in Europa. Statt die Chancen der Annäherung zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd zu nutzen, werden die Zäune an den Grenzen, die Mauern in den Köpfen wieder aufgebaut – höher denn je.

Mit Beiträgen u.a. von Hella Bara, Andreas Bomheuer, Bazon Brock, Werner Eckl, Jerry Fedorowicz, Max Fischel, Dieter Kramer, Michael Krummacher, Benjamin Leunmi, Gerhard Johann Lischka, Janita Moltmaker, Alenka Pirman, Marianne Pitzen, Rolf Schwendter, Kazuaki Tani, Christoph Tannert, Tomislav Vignjevic, Wilhelm Wemmer, Frieder O. Wolf.

Diese Arbeitshilfe (242 Seiten, ISBN 3-924379-34-3, 18 DM) ist über die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, Wilhelm-Nieswandt-Allee 104, 45326 Essen, zu beziehen.

Mein Schatz, wo ist die Knete?

Die Finanzierungsbroschüre für Frauenprojekte liegt jetzt in der 3. Auflage vor und hat zwischenzeitlich in der ganzen Republik Verbreitung gefunden. Initiiert wurde sie erstmals 1991 von der Arbeitsgruppe mit dem verheißungsvollen Namen »Schatzsucherinnen«. Die Broschüre enthält neben wichtigen Adressen und Ansprechpartnerinnen Infos zu Berliner Finanzierungsquellen, Bundes- und Euro-Mitteln, alternativen Geldtöpfen, Stiftungen, Sponsoring/Fundraising und zusäzliche Tips & Tricks. Auch wenn der Schwerpunkt bei den Berliner Finanzierungsquellen liegt, erweisen sich die Anwendungsmöglichkeiten durchaus als exemplarisch, da in vielen Bundesländern in abgewandelter Form ähnliche Finanzierungsinstrumente existieren. Und daß die Beschränkung auf Westberlin nicht zwangsläufig eine Wessi-Beschränkung bedeutet, zeigt eine Brandenburger Initiative. Dort soll die Broschüre als Grundlage genommen werden und um die regionalen Besonderheiten erweitert werden.

»Mein Schatz, wo ist die Knete?« ist gegen einen Kostenbeitrag von 15 DM beim Arbeitskreis Autonomer Frauenprojekte, Herrmannstr. 229, 12049 Berlin, zu beziehen.

JOBS

Selbstverwaltete Tischlerei, 6 Betriebsmitglieder, Arbeitsbereiche Bau, Möbel, Innenausbau, sucht umgehend mögl. erfahrenEn Tischlermeister(in) bzw. Tischler(in) mit Ausbildungsberechtigung für gleichberechtigte- und bezahlte praktische Mitarbeit. Flexible Gestaltung der Arbeitszeit möglich.
Tischlerei Hermes
Cuvrystr. 23
10997 Berlin
☎ & Fax (0 30) 611 60 49

Für seine internationalen Workcamps in diesem Jahr sucht der Christliche Friedensdienst jeweils 2-3 Leute als TeamerInnen, die bei der Vorbereitung mithelfen und für einige Verwaltungstätigkeiten zuständig sind.
In der Bundesrepublik finden Camps statt, in denen die Teilnehmenden vor allem Friedens-, Ökologie- und Kulturprojekte kennenlernen und unterstützen können.
Durch Selbstorganisation als Gruppenprinzip hat das Team nicht die Funktion der »Macher«, sondern versteht sich als Bestandteil der Gruppe, das insbesondere in der Anfangsphase Hilfestellung bieten kann.
Für die Erfüllung der besonderen Aufgaben, wozu auch die Erstellung eines Berichts am Ende des Camps gehört, erhält jede/r TeamerIn eine Aufwandsentschädigung von 200 DM und Fahrtkostenerstattung.
Für angehende TeamerInnen bietet der Christliche Friedensdienst ein TeamerInnenseminar in Frankfurt an, bei dem Interessierte auf die Campleitung vorbereitet werden.
Für weitere Fragen steht das Büro des Christlichen Friedensdienstes, Rendelerstr. 9-11, 60385 Frankfurt/Main, Tel. (0 69) 45 90 72 zur Verfügung.

NICARAGUA

Nicaragua im Würgegriff von IWF und Weltbank
Bei einer Arbeitslosigkeit von ca. 70% ist die Übernahme »ihres« Betriebes durch die ArbeiterInnen oft die letzte Lösung um dessen Schließung zu verhindern. Der Werkhof e.V. will das »Überleben« dieser ArbeitnehmerInnenbetriebe sicherstellen und unterstützt die Betriebe mit Ausbildung, Beratung und Finanzmitteln.
Weitere Infos bei:
Werkhof e.V. · Rundeturmstr. 16
64283 Darmstadt
Spendenkonto: PGiro Ffm Nr.
117315-602, BLZ 500 100 60

JOBSUCHE

Herstellungsleiter Fachverlag - sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

Druckermeister, 33 Jahre, gelernter Offsetdrucker, sucht neue Tätigkeit in professionell arbeitender Druckerei. Möglichst im organisatorischen oder Ausbildungsbereich. Bin örtlich ungebunden. Nähere Informationen:
Ralf Barth
Burggrafenlacherweg 3
65428 Rüsselsheim
☎ (0 61 42) 1 55 86

PROJEKTE

Suchen Kontakt zu selbstverwalteten Kopierläden.
Gestochen Scharf
Elfbuchenstr. 18
34119 Kassel
☎ (05 61) 77 79 19

Das Naturtheater von Oklahoma, gegründet 1914 von Franz Kafka, arbeitet den erweiterten Kunstbegriff in alle Lebensbereiche (Landbau und Tierhaltung, Siedlungs-, Verkehrs- und Geldwesen) aus. Für unser Projekt in den italienischen Hochalpen suchen wir noch Helfer- und MitarbeiterInnen.
Kontaktadresse: Simone Keyenburg, Seestr. 101, 13353 Berlin

SOFTWARE

Hochwertige Software zu günstigen Preisen für DOS und WINDOWS: Gewerbe, Anwendungen, Utilities, Lernen & Lehren, Hobby, Spiele. Die Software wird nach dem Shareware-Prinzip (Prüf-vor-Kauf) vertrieben.
Katalog kostenlos anfordern bei:
Frank Hoffmann, Tannenbergstr. 37, 42103 Wuppertal – Tel. (02 02) 30 40 88
oder Christian Kraft, Fr.-Ebert-Str. 143 in 42117 Wuppertal – Telefon/FAX: (02 02) 31 09 32
Mitglied im D.S. – Deutschsprachige Shareware/Autoren- und Händlervereinigung.

FINANZDSCHUNGEL KOLLEKTIV

Schreiner/Schreinerin mit Verständnis für Buchhaltung gesucht, die Lust und Interesse hätte, vom 9. bis 11. Juni ein Testseminar für eine interne betriebswirtschaftliche Auswertung (bwa) mitzumachen. Nach Abschluß des Seminars winkt neben der kostenlosen Schulung die Software und Aktualisierung des Programmes. Schulungsort in angenehmer Athmosphäre ist Berlin (immer eine Reise wert). Für Übernachtung kann gesorgt werden.
Näheres mündlich bei Andreas Küstermann, Redaktion Handwerk, ☎ (0 62 21) 16 60 78, Fax 16 44 89

EUROPAWAHLEN AM 12. JUNI 1994:

Es hat geklappt – die »Liste der Unregierbaren – Autonome Liste« hat die nötigen Unterschriften zur Teilnahme an den Europa-Wahlen in letzter Minute zusammenbekommen und wurde zugelassen. Nachfolgend eine erste Pressemitteilung der Bundesgeschäftsstelle an die CONTRASTE-»Sportredaktion«:

Bei einem Treffen der Ortsgruppen der »Unregierbaren – Autonome Liste« Wuppertal und Hamburg nach dem Meisterschaftsspiel Wuppertaler Sportverein – FC St. Pauli wurde angeregt, die Wahlkampfkostenrückerstattung der »Unregierbaren – Autonome Liste« für die Europawahl dem FC St. Pauli und dem WSV zur Verfügung zu stellen. Der Bundesvorstand hat in dieser Sache folgendes entschieden:
Von der bei 2,1 % WählerInnenanteil für die »Unregierbaren« zu erwartenden Wahlkampfkosten-Rückerstattung von mindestens 1,1 Millionen DM wird Andy Möller von Turin für den FC St. Pauli gekauft. Gleichzeitig wird der Ex-Wuppertaler Carsten Pröpper ohne Ablösesumme zum WSV transferiert. Wenn der Kaufpreis für Möller höher sein sollte, wird die unserer Partei verbundene Popgruppe »Die Ärzte« den fehlenden Betrag beisteuern.
Die Unregierbaren – Autonome Liste
WSV Fans gegen Rechts – St. Pauli Fans gegen Rechts

Die Unregierbaren - Autonome Liste proudly presents:
Bei ARD und ZDF sitzen wir heute in der ersten Reihe!!!
Wahlspots: ARD 24.5.94, 22.05 Uhr · ARD 1.6.94, 23.00 Uhr · ZDF 27.5.94, 22.15 Uhr · ZDF 4.6.94, 18.45 Uhr **und im Radio!!** WDR 2 (1.6.94, 15.08 Uhr) · WDR 4 (7.6.94, 13.08 Uhr) · NDR 4 (17.5.94, 12.47 Uhr)· NDR 4 (31.5.94, 16.57 Uhr) · SWF 3 (28.5.94, 19.57 Uhr) · SWF 1 (1.6.94, 09.05 Uhr) · HR 1 (11.5.94, 06.24 Uhr u. 20.5.95, 11.47 Uhr u. 30.5.94, 19.45 Uhr) · DLF (25.5.94, 14.27 Uhr) · SDR 1 (19.5.94, 17.55 Uhr) · SDR 3 (3.6.94, 18.55 Uhr) · SFB (1.6.94, 19.25 Uhr u. 6.6.94, 17.25 Uhr) · Saar R. (20.5.94, 11.04 Uhr u. 26.5.94, 14.07 Uhr) · ODR (16.5.94, 16.57 Uhr u. 3.6.94, 16.57 Uhr) · MDR (19.5.94, 08.57 Uhr u. 2.6.94, 12.35 Uhr) · BR (27.5.94, 19.05 Uhr u. 9.6.94, 06.06 Uhr)

graswurzel revolution

Seit über 20 Jahren und jeden Monat neu
Die Graswurzelrevolution (GWR):
anarchistisch, gewaltfrei, antisexistisch

Superqualjahr

In der GWR zu lesen: Wir haben keine Wahl / militärische und gewaltfreie Interventionen in Bosnien / Volker Rühe ist beleidigt / Antirassistische Telefone / Kurt Wafner erzählt von Querdenkern unterm Stahlhelm / Vergessene Kriege im Kaukasus / Mexiko: Rebellion im "Land des Frühlings" / Kampagne "Stoppt Nazi–Zeitungen" / Anarchismus und die Gewaltfrage / Sexuelle Gewalt gegen Jungen / Die Anti–AKW–Bewegung ist wieder da: schlanker, fröhlicher und mit Mut zum Erfolg / Antifaschismus und die Rechte der Tiere: Wie eine Gesellschaft mit den Tieren umgeht, offenbart viel über ihr wahres Gesicht / u.v.a.m.

Schnupperabo (4 Ausgaben) gibt es gegen Einsendung eines 10 DM–Scheines an
GWR, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow

Für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !

Seit 19 Jahren unterstützt die Rote Hilfe e.V. politisch Verfolgte in der BRD.
Als bundesweite parteiunabhängige Organisation mit mehreren Ortsgruppen in der BRD versuchen wir unserem Anspruch - eine Schutzorganisation für die gesamte Linke zu sein - durch die praktische Organisierung von Solidarität, Prozeßkostenunterstützung, Veranstaltungen, Informationen zur politischen Repression u.a. gerecht zu werden. Die Mitglieder der Roten Hilfe sorgen mit ihren Beiträgen und Spenden für die Finanzierung von Anwalts- und Prozeßkosten von AntifaschistInnen, Totalverweigerern, HausbesetzerInnen, DemonstrantInnen und anderen, die wegen ihrer politischen Betätigung kriminalisiert werden.
Vierteljährlich erscheint **Die Rote Hilfe**, die über politische Prozesse und die Entwicklung des Repressionsapparates informiert. **Die Rote Hilfe** gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden oder gegen 4,- DM (15,- DM /Abo 1 Jahr) in Briefmarken bei u.a. Adresse.

Rote Hilfe
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel/Fax: 0431/7 51 41

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Postbank Dortmund
BLZ: 440 100 46
Konto: 19 11 00-462

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ROTE HILFE 2/94

Die neue Dimension des Terrors: Kurdenverfolgung in der Türkei und der BRD; Urteile im Düsseldorfer Kurdenprozeß; staatliche Verfolgung von Antifaschist-Innen; Bad Kleinen-Nachlese; England auf dem Weg ins Mittelalter; u.v.m.

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Fax: 0431/ 7 51 41

SICH FÜGEN HEISST LÜGEN

Verschiedene Diskussionsbeiträge zur kritischen, solidarischen Auseinandersetzung mit Erich Mühsam
Buchbroschüre, DIN A5, 127 Seiten, 1993, 10 DM

Ich bestelle gegen Vorkasse:
☐ Einzelbestellungen 12,00 DM,
☐ Sammelbestellung (25% Rabatt) jeweils inkl. Versand

Meine Anschrift:

Zahlart:
☐ Scheck ☐ Überweisung

Lorenz Hettich
Kto-Nr. 85675-106
BLZ 100 100 10
Postbank Berlin
Verwendungszweck:
Straße, Hausnummer
Bestellung über Infoladen Bambule
c/o Erich-Mühsam-Kreis,
Schönhauser Allee 20, 10435 Berlin

Neu im Mai 94
ila 175

Das Interview
ila-Gespräch mit Subcomandante Marcos über Struktur und Perspektiven der EZLN, außerdem aktueller Stimmungsbericht aus Chiapas.

Schwerpunkt: Bolivien
35 Seiten zu den Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik und dem Dilemma der Gewerkschaften und (ehemaligen) Linken, die teilweise die gegenwärtig Regierungspolitik mittragen. Dazu Interviews mit Victor Hugo Cárdenas (Vizepräsident) und Sonia Montaño (Staatssekretärin für Geschlechterfragen)

außerdem: Interview zum linken Wahlerfolg in Argentinien, ein Vorbericht zu den Wahlen in Brasilien, ein Gespräch mit dem Antifaschisten Heinz Ostrower (KPO) über sein Leben zwischen Breslau und Rio de Janeiro und ein Konferenzbericht zum internationalen Blumenhandel.

ila 175 (Mai'94)
68 Seiten, 7 DM

BESTELLEN

Informationsstelle
Lateinamerika
Heerstr. 205
53111 Bonn
(0228) 65 86 13

ila

clock work 129 a
die nr. 35/36 ist da

- ☆ das leben geht weiter. der kampf auch?-von kein friede
- ☆ interview mit der autonomen antifa m
- ☆ reform oder revolution von der initiative linker aufbruch
- ☆ kommunistische kritik von wotta sitta

einzelexemlpare gegen 4.- dm in briefmarken oder abobestellung:
clockwork 129a; leibnizstr. 24; 55118 mainz

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01099 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 12049 Berlin, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; Jugendumweltbewegung: 37073 Göttingen, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Güterbahnhofstr. 10, ☎ (0551) 48 71 03, Fax (0551) 48 71 04; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Naturkost: 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 3 47 01
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.1;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

BTX: Seite *3821001 #
Mailbox:
CONTRASTELINK-N

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

TISCHLERINNEN

Das 5. Bundesweite Tischlerinnentreffen findet in diesem Jahr vom 23. bis 25.9. in der Nähe von Kassel statt. Informationen dazu bei: Fiona Dancy, Kirchweg 1, 34269 Kaufungen.

HESSEN-REIHE

Auf dem Weg zum selbstverwalteten Großbetrieb?
Die Expansion eines Betriebs ist häufig notwendig, um sich am Markt zu behaupten, teilweise ergibt sie sich auch »naturwüchsig«.
Dennoch stellen sich folgende Fragen:
- wie können Selbstverwaltungsstrukturen erhalten und weiterentwickelt werden bei Wachstum und größeren Personenzahlen?
- welche Auswirkungen hat eine Expansion auf die inneren Strukturen, die Arbeitsorganisation und die Kommunikationszusammenhänge?
- läßt sich ein solcher Wandel organisieren ohne den Verlust der Identität des selbstverwalteten Betriebs?

Wagner & Co., Solartechnik und Regenwassernutzung, als größter selbstverwalteter Betrieb in Hessen will seine Betriebsstruktur überdenken. Das kontinuierliche Wachstum bis zu annähernd 40 MitarbeiterInnen macht Entscheidungsfindungen immer schwieriger.
Zu dieser Tagung werden VertreterInnen von einigen ähnlich großen Betrieben (sowohl selbstverwaltete wie auch andere) eingeladen, die unterschiedliche Organisationsformen und deren Wandel im Verlauf ihres Wachstumsprozeßes zur Diskussion beisteuern.
Termin: Samstag, 4. Juni 1994, 10-18 Uhr
Ort: Wagner & Co., Cölbe/Marburg
Anmeldung & Information:
AG Seminarreihe im VSBH
Karin Schröder
Lindenstr. 33a
36037 Fulda

KARLSRUHE

Führen und Leiten
Wie gestalte ich die Beziehungen zu den Menschen, mit denen ich zusammenarbeite? Welche Führungsinstrumente passen zu mir und zu der Situation in der ich stehe? Wie gehe ich mit Macht um? Wie kann ich meine MitarbeiterInnen dabei unterstützen, erfolgreich zu sein und dabei dasselbe für mich in Anspruch nehmen?
Termin: 27.-29.6.94
Training für ModeratorInnen
Ergebnisorientierte Diskussionen anstatt langatmiger Besprechungen. Effiziente Kommunikation anstatt Vielrednerei, Beiträge von allen anstatt Monologe von einzelnen. Der Weg dazu führt über die Moderation. Mit Hilfe der Moderationstechnik werden Probleme definiert, Ziele formuliert, Lösungsansätze gefunden, Widerstände analysiert und erste Schritte zur Realisierung eingeleitet.
Termin: 30./31. Mai 1994
Information & Anmeldung:
CONTRACT
Reifenhäuser & Karnath KG
Postfach 19 67
76007 Karlsruhe
☎ (07 21) 85 40 21
Fax 85 44 34

NETZ-SEMINARREIHE

Einführung in die Moderationstechnik
Termin: 26. bis 27.5.94 in Düsseldorf
Anmeldung & Information:
Netz-Bildung
Börnestr. 10
40211 Düsseldorf
☎ (02 11) 164 95 83
Fax 35 15 91

JUGENDUMWELTBEWEGUNG

Anders leben – anders arbeiten
Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, Ausbeutung der meisten Menschen auf der Erde. Hierarchien in der Gesellschaft, Konsumorientierung sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, dezentrale Strukturen sind Ansätze für eine neue herrschaftslose Gesellschaft, wie sie in libertären Theorien beschrieben wird.
Termine für die Einführungsseminare:
20.-24.5. Verden (Pfingsten)
27.-29.5. Läufertsmühle (b. Heidelberg)
10.-12.6. Asel (Ostfriesland)
Anmeldung & Information:
Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1
27283 Verden

SAARLAND

»Der arme Poet«
Der Erhalt und die Förderung der freien Kulturszene gehört zu den Lippenbekenntnissen jedes Politikers. Wir wollen mit dem Seminar die Fördermöglichkeiten von kommunaler Ebene bis hin zur europäischen Gemeinschaft aufzeigen, die Angemessenheit der Förderung diskutieren und neue Ideen zur finanziellen Absicherung entwickeln.
Termin: 27./28.8.94 im Kultur-und Werkhof Saarbrücken.
»No scolae sed vitae«
Projektentwicklung mit Planspielmethoden
Das Trainingsseminar hat zum Ziel, Methoden und praktische Regeln für die Entwicklung, Planung, Organisation und Erfolgskontrolle von Projekten zu erarbeiten und mit Hilfe von Planspielmethoden zu erproben.
Termin: 23. bis 25.9.94 im Kultur- und Werkhof Saarbrücken
»Tue Gutes und rede darüber«
Öffentlichkeitsarbeit für kleine Träger
Personen, die sich in Projekten zusammenfinden, leisten zwar in der Regel gute Arbeit, denken aber wenig daran, daß dies auch der Öffentlichkeit und den potentiellen Geldgebern deutlich werden muß. Dies gilt insbesondere für Bürgerinitiativen und -bewegungen, die mit gutem Willen aber wenig professionell arbeiten. Der alte Grundsatz der Öffentlichkeitsarbeit »Tue Gutes und rede darüber« reicht dazu sicher nicht mehr aus. Wir werden anhand eines fiktiven Vereins für die TeilnehmerInnen umsetzbare Strategien darstellen und einüben.
Termin: 8. u. 9.10.94 im Kultur-und Werkhof Saarbrücken
Information & Anmeldung:
Nauwieser 19 e.V.
Kultur- und Werkhof
Nauwieserstr. 19
66111 Saarbrücken

REGENSBURG

Systematische Ideenfindung /Kreativitätstraining
Regensburg 11.6. und Köln/Bonn 25.6.94, 210 DM
Infos & Anmeldung:
☎ & Fax (09 41) 2 44 08

SONSTIGES

1945 – Vergangenheit, die nicht vergeht
Lebensgeschichtliche Erinnerungen aus deutscher und europäischer Sicht
Pfingst-Geschichtswoche vom 22. bis 28. Mai 1994
Information & Anmeldung:
Stiftung Salencina, Orden Dent
CH-7516 Maloja/Schweiz
☎ (0 41 82) 4 32 39 (BRD)

DESSAU

Kommunalpolitik in Krisenregionen
Finanz- und rechtspolitische Handlungsspielräume für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine eigenständige kommunale Entwicklungspolitik – Konsequenzen für den Städtebau

netz NRW
Huckarder Straße 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 16 24 76

netz Hessen (VSBH)
Schäfergasse 46
60313 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 / 131 04 07

netz Baden-Württemberg
Erwinstraße 29
79102 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761 / 70 90 23

netz Bremen
c/o Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstraße 12-19
28203 Bremen
Tel.: 0421 / 70 14 61

netz Bayern
c/o IBPro
Kaulbachstraße 85
80802 München
Tel.: 089 / 34 57 23

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

netz NRW
Börnestraße 10
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 164 95 83

netz NRW
Staufenstraße 27
48145 Münster
Tel. 0251 / 3 31 99

Termin: 27. bis 28.5.94 im Bauhaus Dessau
Information & Anmeldung:
Gesellschaft für Urbanistik e.V.
c/o Bauhaus Dessau
Postfach 160
06813 Dessau
☎ (03 40) 6508-240
Fax 6508-233

BAG-ERWERBSLOSE

Bundesarbeitsgruppentreffen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
vom 9. bis 12.6.94 in Ludwigsburg
Information:
Koordinierungsstelle Alo-Inis Ba-Wü
Wilhelmstr. 45
71638 Ludwigsburg
Tel. & Fax (0 71 41) 92 05 97

AG SPAK

Sozialpolitische Tagung:
»Zukunftswerkstatt zu Modellen einer besseren Projektfinanzierung contra Projektesterben – Ideen – statt Peronalförderung« vom 10. bis 12. Juni 1994 im Lagerhaus Schildstraße, Bremen
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Marga Mitterhuber
Kirchstr. 3
72661 Grafenberg

Goldrausch – Spendensammeln mit politischem Anspruch?
Möglichkeiten und Modelle zur Finanzierung behindertenpolitischer Arbeit von Initiativen und Gruppen vom 17. bis 19.6.94 in Melsungen
Anmeldung & Information:
Jörg Fretter
Mombachstr. 17
34127 Kassel

FIAN

Blumen und Menschenrechte
Arbeitsweise und Handlungsmöglichkeiten von FIAN, dargestellt am Beispiel der Blumenarbeiterinnen in Kolumbien. Veranstaltet von FIAN, Projekt ökologisches Lernen und Handeln (PÖLH) und dem Kirchlichen Entwicklungsdienst. **Termin:** 17.-18.6.94 im Haus am Schürberg, Ammersbek/Hoisbüttel (bei Hamburg)
Infos & Anmeldung:
PÖLH, Wulfdorferweg 33
22949 Ammersbek
☎ (0 40) 605 10 14

BERLIN

Veranstaltungsreihe im El Locco Café, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin (barbata, anarchistischer Medienladen)

Den Menschen befreien, das ist die einzig legitime Einflußnahme
28.5.94, 19 Uhr
A-nti-nationale Initiative
Thema Nationalismus in Europa und Bericht aus Argentinien
29.5.94, 18 Uhr
Colpo – politische Stadtkommune
Infotreff für alle Menschen, die Interesse haben, in einer anarchistischen Stadtkommune mitzuarbeiten und sie aufzubauen.
31.5.94, 18 Uhr
Was machen eigentlich die politischen Videos
Videos waren einmal gedacht als emanzipatorische Produktionsmittel für jeden Menschen an der Basis. Heute sind Videos, auch in linken Kreisen, nur noch autoritäre Konsummöglichkeiten. Muß das so sein?
1.6.94, ab 11 Uhr
Anarchistische Positionen zu aktuellen Gegenwartsthemen
Diskussionsrunde von Berliner AnarchistInnen
2.6.94, 19 Uhr

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Buchführung für Freiberuflerinnen
Termin: 27. bis 29.5.94, 27.5. von 16-20 Uhr, 28./29.5. von 10-16 Uhr
Erzieherin – und nun?
aussteigen, umschulen, weiterbilden?
Termin: 30.-31.5.94, jeweils 10-17 Uhr
Ich will alles
Vielfalt und Gleichgewicht in der Lebensplanung
Termin: 13. bis 17.6.94, jeweils 10-15 Uhr
Jetzt habe ich einen schönen Titel – und wie weiter?
Berufsorientierung für Akademikerinnen
Termin: 20. bis 24.6.94, jeweils von 10-15 Uhr
»Öffentlichkeitsarbeit ist Chefinnensache«
Analyse, Strategie, Konzept
Termin: 20. bis 22.6.94, jeweils von 10-16.30 Uhr
Information & Anmeldung
Frau und Arbeit
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

HESSEN-REIHE

»Salto vitale«
Seminar für Neueinsteigerinnen in selbstverwaltete Betriebe und solche, die es werden wollen. Neu im Betrieb? Keine Berufserfahrung oder eine lange Pause im Erwerbsleben? – Für viele Frauen führt dies zu einem Gefühl von Unsicherheit und mangelndem Selbstvertrauen.
In diesem Seminar sollen Frauen lernen:
- ihre Stärken und Kompetenzen herauszufinden,
- Selbstvertrauen zu schöpfen,
- wie sie ihre Rolle im Betrieb finden können,
- wie sie ihre Interessen, Wünsche und Bedürfnisse artikulieren können.

Leitung: Renate Scheppe-Sondermann und Karin Schröder
Termin: 16./17.6. 1994, Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen
Anmeldung/Information: AG Seminarreihe im VSBH, Karin Schröder, Lindenstr. 33a, 36037 Fulda

FRAUENsICHT e.V.

Arbeitnehmerin-Weiterbildungs-Urlaub 1994:

Ausgebrannt – Vom Umgang mit dem Feuer: Wege der Überwindung von Streß und Resignation im Arbeitsalltag vom 12. bis 16. September in Burscheid/Bergisches Land.
Anmeldeschluß: 4. Juli 1994
Ziel des Seminars ist, Perspektiven der Entlastung für den beruflichen Alltag zu entwickeln – konkret wie symbolisch das Feuer als zentrale Lebensenergie zu verstehen, die in die Arbeit eingebracht wird. Fragen des Seminars werden sein: An welchen Strukturen arbeiten sich Frauen ab? Wie können eigene Ziele im Blick behalten werden? Wie kann vermieden werden, daß das Feuer droht auszugehen?
Gruppenarbeit als Chance für Mädchen, die sexuelle Gewalt erlebt haben vom 19. bis 23. September in Petershagen bei Minden. Anmeldeschluß: 11. Juli 1994.

In diesem Seminar wird anhand von Praxisbeispielen, Rollenspielen und psychomotorischen Übungen ein Konzept für Gruppenarbeit mit 6-12jährigen Mädchen erarbeitet. Dabei spielt das Umfeld, das Setting der Gruppe und die Vernetzung mit anderen Institutionen eine Rolle. Das Augenmerk wird sich besonders auf die physische und psychische Befindlichkeit von Mädchen richten, die sexuelle Gewalt erlebt haben.
Informationen zu weiteren Bildungsangeboten über u.a. Anschrift

Seminar:
Ohnmächtige Wut und mörderischer Haß – Agressionstraining für Beraterinnen sexuell mißbrauchter Frauen und Mädchen vom 27.06. bis 1.7.94 in Charlottenberg/Westerwald. **Anmeldeschluß:** 25.4.94.
Information & Anmeldung:
FrauenSicht e.V.
Feministische Weiterbildung
Holbeinstr. 32
50733 Köln
☎ (02 21) 737 000

FEMINALE

Feminale – Internationales Frauenfilmfestival
vom 1. bis 5.6.94 in Köln.
Information & Anmeldung:
☎ (02 21) 41 60 60

GESUNDHEIT

Zukunft der Gesundheit
Perspektiven sozial-ökologischer Gesudheitspolitik und -arbeit
Termin: 10. bis 12.06.94 in Soest/NRW
Anmeldung & Information:
Gesundheits-Akademie
Braunschweiger Str. 53b
28205 Bremen

AG SPAK

Praktikum in der »Dritten Welt«!?
Sinn und Unsinn – Interkulturelle Begegnung – »Helfen« – Rollenerwartungen – soziale Wirklichkeit in der sog. 3. Welt – Keine Vermittlung von Praktika-Plätzen.
Termin: 1. bis 3.7.94 in Nürnberg
Auskunft:
AK Päd. Paulo Freire
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
80337 München

CONTRASTE-PLENUM

Redaktionstreffen vom 24. bis 26.6.1994 im »Modell Wasserburg« (Bodensee). Nähere Informationen über die Heidelberger Redaktionsanschrift.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

__ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

__ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

__ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1